

Kämpfe: Seide (Ludwigshafen), Deutz (Köln), Toyoda (Köln)

Mittelalter

Burma/Myanmar ist ein armes Land in Südostasien. Dort herrscht eine brutale Militärdiktatur, die sogar davor nicht zurückgeschreckt hat, eine Friedensnobelpreisträgerin unter Hausarrest zu stellen. Dort müssen die Leute ohne Lohn Arbeitsdienst beim Bau von Straßen und anderen Einrichtungen für den Tourismus ableisten. Wie im Mittelalter - hätte man vor kurzem noch gedacht. Heute denkt man in Mannheim: Wie bei den Motorenwerken. Mit einem kleinen Unterschied: Wer in Myanmar ein paar Kyats übrig hat, kann sich von der Fronarbeit loskaufen - das wird bei MWM selbst dann nicht gehen, wenn man sie in DM umtauscht. Mannheim - das war einmal die Hochburg der IG Metall im »Vorreiterbezirk« Baden-Württemberg. Mit den Betrieben Daimler-Benz, BBC und MWM an der Spitze.

Nach der Bilanzpanne des Kölner Mutterunternehmens KHD verkündete der Betriebsrat sofort, die Belegschaft sei zu Opfern bereit, um den Konzern zu retten. Und sie ist es! In Abteilungsversammlungen (eine Betriebsversammlung war ihnen möglicherweise doch zu heikel, weil in dieser Situation nicht so gut kontrollierbar) stellten die Betriebsräte die ArbeiterInnen vor die Alternative: weniger Geld oder mehr Arbeit. Herausgekommen ist beides. Eine Betriebsvereinbarung wurde abgeschlossen: die ArbeiterInnen verpflichten sich dieses Jahr noch 110 vollständig unbezahlte Überstunden abzureißen und verzichten außerdem aufs Weihnachtsgeld. Nächstes Jahr noch mal dasselbe, außerdem Kürzungen bei der Betriebsrente. In der BV ist nicht mal eine Beschäftigungsgarantie enthalten, die ja eigentlich das Ziel der Opfer sein soll: »Es werden bis Ende 98 keine betriebsbedingten Kündigungen

Wildcat Zirkular 26, Juli 1996

Verantwortlich für diese Ausgabe: Wildcat Mannheim-Ludwigshafen

kontakte

Ost: Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin
Tel.: 030/612 1848 (jaa@wildber.snafu.de)

West: Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln
(wildcat@link-lev.dinoco.de)

Süd: Wildcat, Verbindungskanal Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim
Tel: 0621/657746 Fax: 0621/657747 (suba@wildcat.pfalz.de)

Nord: Wildcat, Postfach 306 325, 20354 Hamburg

abos

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Sisina, Berlin (s.o.) und Überweisung an Sisina GbR, Konto 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 10010000.

V.i.S.d.P.: P.Müller

vorgenommen... Hiervon ausgenommen sind personalreduzierende Maßnahmen, die im Zusammenhang mit strukturellen Veränderungen geplant sind bzw. werden.« Bemerkenswert wäre noch viel. Zum Beispiel, daß dieser Laden momentan sehr gut läuft (sonst bräuchten sie auch nicht diese Masse von Überstunden). Oder daß ein im kapitalistischen Sinn vernünftig denkender Mensch der maroden KHD keine müde Mark mehr leihen würde - deshalb hat auch das Land Baden-Württemberg eine Bürgschaft abgelehnt. »Standortargumente« spielen diesmal keine Rolle (mit diesen wurde früher die »Bereinigung« begründet). Es gab Einstellungen, ein neues Band soll aufgebaut werden. Die Rede war ausschließlich von Managementfehlern, von den 900 Millionen, die in Saudiarabien verloren wurden, von den »Nieten in Nadelstreifen«. Dies ist ja inzwischen ziemlich gängig, nach Vulkanpleite, Schneider, Daimler Benz, ...etc... Und es erzeugt diese widersprüchliche Haltung: das Vertrauen in die Führungen zersetzt sich weiter, es entsteht eine Wut gegen die Hierarchie (»Die sollte man alle erschießen«), und von wegen Kosten...die ArbeiterInnen ziehen sich diesen Schuh in so einer Situation nicht mehr so kritiklos an, wie in den vergangenen Jahren der Standortdebatte. Die andere Seite davon ist, daß es dennoch als unausweichlich akzeptiert wird, vielleicht mit der Faust in der Tasche geballt, (...und träumt im Bett vom Attentat...) bis hin zum Ruf nach besseren Managern.

Die Anpassung wird inzwischen selbst einigen Denkern der Unternehmern unheimlich. Ein BWL-Prof stellte kürzlich in einer Talkshow sein neues Buch »Kostenfaktor Angst« vor, in dem er vorrechnet, daß die Angst am Arbeitsplatz, gerade die Angst um den Arbeitsplatz, die Volkswirtschaft jährlich 80 Milliarden Mark koste. Kreativität, Arbeitsfreude, konstruktive Kritik... blieben bei den gedemütigten und verängstigten Belegschaften im momentanen Drohungsstakkato auf der Strecke. MWM ist kein Einzelfall: bei Vissmann Heizungen droht der Unternehmer mit Verlagerung nach Tschechien, falls nicht unbezahlte Überstunden geleistet werden, bei Krupp in Bochum wird seit zwei Jahren auf's Weihnachtsgeld verzichtet (und, und...!), auch die Tarifabschlüsse drücken nicht gerade einen »Druck von unten« aus.

Die Bonner Demo paßt da gut ins Bild. Die Gewerkschaften, die in den Betrieben alles unterschreiben und deren betriebliche Mobilisierungen der letzten Wochen, soweit ich das beurteilen kann, kaum der Rede wert waren, versuchen ihr Image verzweifelt zu retten, indem sie in Bonn und gegen(?) die Regierung mords was losmachen. Aber auch viele ArbeiterInnen suchen nach einem Ventil für die aufgestauten Ängste und die Wut. In Bonn demonstrieren kostet nicht viel - nicht nur wegen der Sonderzüge und der Gewerkschafts-Freßpakete - sondern auch im übertragenen Sinn. Es ist billiger und einfacher als ein Konflikt im Betrieb. Auch von uns waren einige in Bonn und haben Flugblätter verteilt (liegen dem Zirkular bei). Das war nicht unumstritten. Aber wir waren schließlich nicht da, um die Gewerkschaft zu radikalisieren, oder zum Generalstreik zu drängen, wie andere Linke, was ein Projekt ist, das irgendwo zwischen hoffnungslos und konterrevolutionär anzusiedeln ist. Auch nicht um eine durch und durch lasche Veranstaltung aufzupeppen oder um vorzumachen, wie man die Bannmeile stürmt... Für mich war es ein pragmatischer Grund, hinzufahren: es ist auch für uns billiger und einfacher, dort Flugblätter zu verteilen, als vor den (vielen) Betrieben. Ausdruck meiner und unserer Schwäche, die auf eine andere Art eben doch dieselbe ist wie die der Arbeiterklasse. Wem das jetzt zu pessimistisch ist: zum Ausgleich Berichte über kleine Lichtblicke in diesem Heft.

Red.

»2 Jahre Lug und Betrug...« – immer noch nicht genug?

Gulde ist ein Ludwigshafener Traditionsbetrieb der Metallindustrie (Regelventile v.a. für die Chemieindustrie). Familienbetrieb bis 1976, danach wechselnde Konzernzugehörigkeit. Seit 1987 gehört Fisher-Gulde über Fisher-Rosemount (Großbritannien) zum US-amerikanischen Konzern Emerson. Die Beschäftigtenzahl nahm kontinuierlich ab: von ~500 (1976); ~400 (1978); 308 (1990) über 242 (1993) und 221 (1994) bis heute 198, davon 21 mit befristetem Vertrag.

Als vor zwei Jahren 35 Arbeitsplätze wegfallen, gibt es nur zögerlichen Protest; eine Kundgebung im Stadtteil ist mit ca. 50 TeilnehmerInnen ein Mißerfolg. Der sozialverträglich abgewinkelte Personalabbau (Vorruhestand, Abfindungen) wird von Versprechungen seitens der Geschäftsleitung begleitet, dies diene der Sicherung der restlichen Beschäftigung. Aus dieser Zeit stammt der bis 1998 gültige Sozialplan.

1995 entwickelt sich die Auftragslage so, daß sehr viele Neueinstellungen nötig werden, allerdings nur befristet. Teilweise werden gerade »Abgefundene« wieder eingestellt. Es kommt vor, daß Leute am Freitag ihren letzten Arbeitstag als Festangestellte haben und am Montag als Befristete wieder anfangen.

In dieser Zeit stimmt der Betriebsrat sehr vielen Überstunden zu. Sie sind aber prinzipiell freiwillig, es liegt bei jedem Einzelnen, ob und wieviele er macht. Z.B. machen Donnerstags die Meister eine Liste zwecks Samstagsarbeit. Ein einfaches »Nein« reicht völlig aus, um sich dem zu entziehen.

Es gibt zwar die Diskussion, daß die Jobs nur solange sicher sind, bis die Aufträge abgearbeitet sind. Trotzdem sagen viele »ja«. Warum? Eine Mischung aus Geldgier und mangelnder Zivilcourage, verbrämt mit: »Aber die Aufträge müssen doch rechtzeitig fertig werden, sonst verlieren wir Kunden...«.

Für Anfang April 96 hatte der Chef vom Fisher-Konzern seinen Besuch bei Gulde angekündigt, um die Zukunft des Betriebs darzulegen. Ende März sagt er ab. Als die Absage bekannt wird, gehen Kollegen durch die Produktionsabteilungen: »Man« wird sich um 12.30 Uhr vor der Werkzeugausgabe treffen, um Informationen von der Geschäftsleitung zu verlangen. Tatsächlich versammeln sich 40-50 Blaumänner und ruck-zuck sind die Chefs da: »Wir verstehen ihre Sorgen..., aber leider stehen die Pläne noch nicht fest, wir können also noch nichts sagen.« Dem Betriebsrat wird ans Herz gelegt, doch Überstunden zuzulassen (die er seit Anfang 96 verweigert). Mehrere Arbeiter verlangen lautstark Arbeitsplatzgarantie wenigstens für ein paar Monate.

Kurze Zeit später stimmt der Betriebsrat einer Gleitzeitregelung für die Gewerblichen zu. Das kommt Flexibilisierungswünschen der Geschäftsleitung entgegen, ohne Gegenleistung. Allerdings ist die Freiwilligkeit von Samstagsarbeit eindeutig formuliert, auch kann jeder Mitarbeiter Arbeitsbeginn und -ende im Rahmen der Vereinbarung selbst bestimmen.

Am 10. Juni kommt der Fisher-Chef tatsächlich, um Betriebsrat und Geschäftsleitung die Pläne mitzuteilen. Vor dem Sitzungszimmer versammeln sich ca 60 (vor allem gewerblich) Beschäftigte, fordern Auskunft, die der Geschäftsführer prompt erteilt: Auslagerung fast der gesamten Produktion, bis 1997 Abbau von 90 Arbeitsplätzen (69 feste, 21 Befristete). Bevor die Emotionen so richtig hochkochen, schlägt der Geschäftsführer dem BR-Vorsitzenden eine außerordentliche Betriebsversammlung für den folgenden Tag vor. Arbeitsmäßig läuft den Rest des Tages nicht mehr viel, etliche Kollegen gehen sofort nach Hause.

Die Betriebsversammlung dauert fast den ganzen Tag. 80% der wegfallenden Stellen sind im gewerblichen Bereich. Die Produktion soll in andere Werke des Konzerns verlagert werden: mechanische Fertigung nach Ungarn, Montage nach England und Frankreich. Der Betriebsrat sieht darin die »Vorstufe zur Liquidation«. Die Argumentation der Kollegen geht sehr stark gegen den Geschäftsführer und das mittlere Management. Diese seien unfähig, würden die Firma im Konzern nicht genug vertreten, außerdem werden die Versprechen aus dem Jahr 94 in Erinnerung gerufen und der Geschäftsleitung Lüge vorgeworfen.

Es gibt auch einen Redebeitrag, der darauf hinweist, daß die Firma die Leute noch ein Jahr lang braucht. Unsere Weigerung, brav mitzuspielen, sei die einzige Sprache, die die Geschäftsleitung und die Konzernleitung versteht. Der Vertreter der Gewerkschaft unterstützt dies. Öffentlichkeitsarbeit sei aber ebenso wichtig. Betriebsrat und IG Metall waren unterdessen rührig, für den Nachmittag sind Lokalpolitiker und Medien eingeladen. Da die Presse aber nicht ins Werk darf, soll die Versammlung dann vors Tor verlegt werden. In der Mittagspause fertigen Kollegen ein Transparent aus einem Bettlaken (»Nichts ist unmöglich Wir wollen Alles«) und Plakate (»2 Jahre Lug und Betrug sind genug!«). Beim Pressetermin vorm Tor ist auch der Oberbürgermeister da und kündigt Unterstützung an. Als der Rummel vorbei ist, ist es schon eine halbe Stunde vor Feierabend und es wird beschlossen, die Betriebsversammlung am nächsten Tag fortzusetzen. Die BRs geben noch Interviews, die Kollegen stehen noch ein bißchen rum, da kommt ein UPS-Transporter, der was anliefern will. Ein Kollege stellt sich dem in den Weg, eine Kollegin stellt sich dazu und ruft »Hier geht nix mehr!«; plötzlich kommen noch andere dazu und die Laderampe ist dicht. Eine pathetische Geste, es ist kurz vor Feierabend und die Sache dauert auch nur ein paar Minuten. Der UPSler findet einen anderen Weg um sein Zeug abzuliefern.

12. Juni: Der Betriebsratsvorsitzende kündigt an, daß die außerordentliche Betriebsversammlung so lang fortgesetzt wird, bis der Belegschaft ein definitiver Gesprächstermin mit einem Vertreter des Emerson-Konzerns zugesagt wird oder die Geschäftsleitung in Oggersheim das Konzept in den Papierkorb wirft.

13. Juni, dritter Tag der Betriebsversammlung. Der Betriebsrat ist von Doris Barnett, einer hiesigen Bundestagsabgeordneten, nach Bonn eingeladen worden und kündigt an, daß am nächsten Tag die Betriebsversammlung deshalb unterbrochen wird. Wenn jemand mitfahren wolle, könne er/sie das tun. Dieser Vorschlag findet so viele Interessenten, daß der Betriebsrat für den nächsten Tag einen Bus bestellt. Zahlreiche Kollegen wollen zwar nicht mitfahren, nehmen sich den Tag aber trotzdem frei.

14. Juni (Freitag): 35 KollegInnen begleiten die sieben Betriebsräte nach Bonn, was ein gewisser persönlicher Aufwand ist, immerhin muß man dafür einen Tag Urlaub oder Freizeitausgleich opfern. Die Betriebsräte lassen sich bei der Abgeordneten absetzen, die Arbeiter werden zum Ollenhauerhaus gekarrt. Dort gibt es zwar Getränke und Mittagessen, ansonsten ist Warten angesagt. Die Betriebsräte kommen mit »guten Neuigkeiten«: Frau Barnett hätte volle Unterstützung zugesagt, der Betriebsrat könne jetzt ein Konzept ausarbeiten. Was für ein Konzept? Das könne leider nicht öffentlich gemacht werden, damit die Gegenseite nichts erfährt. Die Betriebsversammlung müsse zur Ausarbeitung des Konzeptes unterbrochen werden. Die meisten Kollegen sehen diese etwas nebulöse Zusage positiv und sind außerdem skeptisch, ob es überhaupt möglich wäre, die Betriebsversammlung bis zur Erfüllung des Ultimatums fortzuführen (Teilnehmerzahlen gingen zurück, Themen gingen aus usw.). Die Stimmen,

die darauf hinweisen, daß damit die Waffe der Nichtproduktion ohne Not aus der Hand gegeben wird, finden keine Resonanz. Am Montag soll vormittags noch mal kurz Betriebsversammlung sein, wo der Betriebsrat die »positiven Entwicklungen« und die »Unterbrechung« der Betriebsversammlung verkünden will.

17. Juni: Der Betriebsrat teilt nicht nur die »Bonner Ergebnisse« mit, sondern auch, daß am folgenden Tag der Fisher-Chef noch mal nach Ludwigshafen kommt, diesmal zu einem Informationsgespräch mit dem OB, der zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat »vermitteln« will. Einer der Betriebsräte schlägt (»als Kollege, nicht als Betriebsrat«) vor, daß alle hingehen. Die Betriebsversammlung endet vor der Mittagspause, während dem Rest des Arbeitstages bereiten die Leute die Demo vor - der Betriebsrat muß sich ja aufs Informationsgespräch vorbereiten.

Von wo aus demonstrieren? In die Innenstadt laufen? Oder mit den Autos? Abfahrzeiten der Straßenbahn? Wir brauchen ein neues Transparent, damit auch Passanten mitkriegen, um wen und um was es geht - man einigt sich auf



18. Juni: Gute Stimmung bei der Demo. Alle sind entzückt über die sehr gute Beteiligung. An die 100 Leute, auch die Angestellten sind sehr gut vertreten. Da die Sitzung um 8 Uhr anfängt, ist in der Fußgängerzone noch nicht viel los. Ein paar Müllmänner rufen: »Ihr müßt den Laden selbst übernehmen!«. Im Anschluß an die Demo gehen wir zum Sitzungssaal im Rathaus. Einige Leute versuchen Stimmung zu machen. Lieder wie »Fisher schmeiß den Wonisch [Geschäftsführer in Ludwigshafen] raus, denn der Wonisch ist ein Graus« oder Sprechchöre wie »Guldeleute sind wir, Arbeitsplätze wollen wir«. Von Zeit zu Zeit kommt ein Betriebsrat raus, um den Wartenden mitzuteilen, daß der Konzernchef keinerlei Entgegenkommen signalisiert. Fünf Minuten vor Ende der Sitzung: Der Betriebsrat hat vier Wochen Zeit gekriegt, um Alternativen zum Konzept des Konzerns zu erarbeiten. Einige Kollegen reagieren mit Hohn und Spott: »Genug gelogen«, »das ist doch alles Scheiße«, »Nur eine Beruhigungspille«. Die ursprüngliche Absicht, den Chefs den Weg nach draußen zu versperren ist trotzdem hinfällig, es fehlt an Entschlossenheit.

Zurück im Betrieb ist nochmal kurz Betriebsversammlung, denn der Betriebsrat muß ja jetzt schwer an den »Alternativen« arbeiten. Die Kritiker (»Laßt Euch nicht einseifen, die vier Wochen Aufschub dienen nur der Firma, es ist absolut nichts erreicht, wir müssen weiterkämpfen«) bekommen auf der Versammlung selbst keine Zustimmung, wohl aber hinterher, sozusagen hinter vorgehaltener Hand.

Die nächsten Tage findet ein Kleinkrieg um die Wiederaufnahme der Arbeit statt. Die meisten Leute machen erstmal langsam, aber es gibt nur einen kleinen Kreis von Aktivisten, die die Nicht-Arbeit offensiv betreiben. Die Widersprüche in den individuellen Interessen kommen zum Vorschein. Es gibt Leute, die lieber bald die Abfindung möchten, schließlich wird z.Z. die Änderung des AfG vorbereitet, sodaß möglicherweise in Zukunft Abfindungen aufs Arbeitslosengeld angerechnet werden.

Auch der Betriebsrat propagiert die Arbeitsaufnahme. »Ihr braucht euch nicht den Arsch aufzureißen, aber ihr werdet von der Firma immer noch bezahlt, alles andere wäre Streik...«. Außerdem Gesülze, daß wegen der möglichen »Alternativen« die Kunden nicht verprellt werden dürfen. Es kommt zu Schreiereien, es ist aber nicht so, daß der Betriebsrat eine streikbereite Belegschaft an die Arbeit zurückprügelt. Die Mehrheit hat irgendwelche vagen Hoffnungen, außerdem will man nicht so kurz vor der Abfindungen eine Kündigung wegen Arbeitsverweigerung riskieren. Am selben Tag wird bekannt, daß eben jener Manager, der dem Betriebsrat die Zusage gemacht hat, sich die »Alternativen« wenigstens anzusehen, den Konzern verläßt.

Es ist also noch nichts vorbei. Spannend wird es dann, wenn sich der vierwöchige Aufschub erneut als »Lug und Betrug« und die »Alternativen« des Betriebsrat als dummes Zeug herausstellen.

S.

BILD-Zeitung, 19. Juni 96, Regionalseite

Belegschaft in Wut! Galgenfrist für Fisher-Gulde

Ludwigshafen – Pfiffe, Schreie, Trillerpfeifen. Der 15. Stock des Rathauses glich gestern früh einem Heerlager. Die Belegschaft der Firma Fisher-Gulde (177 Personen) protestierte vor dem Sitzungssaal Nr. 1506. Drinnen gab es hitzige Debatten zwischen Dr. Peter Wonisch, Geschäftsführer Fisher-Gulde, deren Europa-Präsidenten, Tom Oliver, sowie dem Betriebsrat und OB Dr. Wolfgang Schulte.

Es ging um die Zukunft der Traditionsfirma. 90 der 177 Arbeitsplätze sollen abgebaut werden. Schulte wollte vermitteln.

Draußen Sprechchöre: »Fisher schmeiß den Wonisch raus, denn der Wonisch ist ein Graus.« Ge-

schäftsführer Wonisch – gegen ihn richtet sich die ganze Wut der Belegschaft. »Der will uns nur plattmachen. Er sät nur Unfrieden, hat von Management keine Ahnung,« so ein Arbeiter. Wonisch zu BILD: »Seit fünf Jahren schreiben wir nur rote Zahlen. Den Betrieb erhalten? Im Kommunismus, ja, da wäre sowas möglich. Vermutlich will die Belegschaft den Kommunismus.«

Drei Stunden dauerten die Gespräche hinter verschlossener Tür. Dann die Nachricht: **Der Betriebsrat soll in den nächsten vier Wochen Alternativen vorschlagen, wie der Betrieb weitergeführt werden kann.** Ein Arbeiter: »Quatschköppe! Wir kriegen nur eine Galgenfrist!« **el**

»Bündnis für Arbeit« überschattet siebentägigen selbständigen Streik

An Pfingsten 1996 ließ das Management des Kölner Maschinenbaukonzerns Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) eine Bombe platzen. Durch illegale Bilanzmanipulationen bei der im Anlagenbau tätigen Tochterfirma Humboldt Wedag sei ein Schaden von einigen hundert Millionen Mark entstanden. In der Öffentlichkeit wurde der Eindruck erweckt, damit stünden sämtliche 9400 Arbeitsplätze bei KHD, davon etwa 5500 in Köln, auf dem Spiel. Zur selben Zeit wehrten sich im rechtsrheinischen Kölner Stadtteil Kalk die 530 Beschäftigten der Traktorenfabrik Deutz-Fahr gegen die Schließung ihres Betriebes. Diese KHD-Tochterfirma war erst letztes Jahr an die mittelständische italienische Firma Same in Treviglio verkauft worden. Nach deren Willen soll die Traktorenproduktion nun nach Lauingen in Bayern verlagert werden, wo Deutz-Fahr eine Mähdrescherfertigung betreibt.

Im Bewußtsein der Bevölkerung gehören Deutz-Fahr und KHD nach wie vor zusammen. Wer in Kalk Traktoren zusammenschraubt, der ist eben bei KHD. Aufgrund der rechtlichen und organisatorischen Trennung verliefen die Konflikte in den beiden Firmen aber höchst unterschiedlich. KHD wurde im Hauruck-Verfahren und durch ein Verzichtangebot der IG-Metall von 110 Millionen Mark innerhalb weniger Tage »gerettet«. Die ArbeiterInnen wurden erst nach dieser Operation über ihren Verzicht informiert, wie es – nicht nur bei KHD – mittlerweile üblich ist. Ähnliche »Beiträge der Belegschaft« hatte die IG-Metall auch bei Deutz-Fahr angeboten und deeskalierend auf die wütenden ArbeiterInnen eingewirkt. Als Same stur blieb, nahmen ArbeiterInnen die Sache in die eigene Hand. Am 3. Juni begannen sie selbständig einen unbefristeten Streik.



Drei Tage später titelte die Kölner Boulevardzeitung »express« (nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Zeitung für Gewerkschaftsarbeit aus Offenbach!): »KHD GERETTET«. Selbst im Stadtteil Kalk wunderten sich viele, warum denn jetzt bei Deutz-Fahr weitergekämpft werde. Der Streik in der Traktorenfabrik konnte erst durch Interventionen des Betriebsrats von KHD (!) und der Kölner IG-Metall am 12. Juni abgebrochen werden – zu einem Zeitpunkt, als Same durch den Produktionsausfall zunehmend unter Druck geriet. Ein selbständiger Streik wie bei Deutz-Fahr hat Seltenheitswert in der Bundesrepublik – und er paßt nicht zum »Bündnis für Arbeit«. Als Anfang Juni die Möglichkeit bestand, an dem traditionellen Zusammenhang der KHD-ArbeiterInnen anzuknüpfen und damit die Einsamkeit der Belegschaften in der Krise zu überwinden, wurden Versuche in diese Richtung von der Kölner IG-Metall zurückgewiesen. Seit der Zerschlagung des KHD-Konzerns Ende der 80er Jahre hatten Betriebsrat und Gewerkschaft alle Rationalisierungsmaßnahmen konfliktentschärfend begleitet, warum sollte sie sich jetzt anders verhalten?

Die planmäßige Abwicklung von KHD – ein Rückblick

Vor neun Jahren übernahm die Deutsche Bank nach Fehlspekulationen der Familie Klöckner-Henle und einer Fehlinvestitionen in den USA die Regie über KHD. In Köln befanden sich ihre drei Hauptsparten: die Motorenproduktion mit angeschlossener Gießerei und Teilefertigung im Stadtteil Deutz, die Traktorenfabrik mit Teile- und Getriebeproduktion sowie der Anlagenbau in Kalk. Mitte der 80er Jahre waren noch über 12 000 ArbeiterInnen in Köln beschäftigt. Der im Sommer 1987 von der Deutschen Bank eingesetzte Sanierer Kajo Neukirchen lagerte fast die gesamte Teilefertigung aus und stützte KHD auf einen Montagebetrieb zurück. Der Gesamtkonzern wurde in »Strategische Geschäftseinheiten« aufgespalten, die sich einzeln reibungsloser abwickeln ließen. In nur zwei Jahren wurden in Köln etwa 6000 Arbeitsplätze beseitigt. Einige ArbeiterInnen konnten danach wieder bei KHD arbeiten – als Leiharbeiter zu wesentlich schlechteren Löhnen und ohne Absicherung, teilweise sogar von einer KHD-eigenen Leihfirma vermittelt. Wie Neukirchen auf verschiedenen Managerfachtagungen betonte, sei diese »schnellste Sanierung der deutschen Industriegeschichte« nur durch die enge Zusammenarbeit mit dem IGM-Betriebsrat möglich gewesen.

Die ArbeiterInnen kämpften gegen Arbeitsplatzbeseitigung, Umsetzungen auf schlechtere Arbeitsplätze und für höhere Abfindungen mit wilden Streiks, spontanen Belegschaftsversammlungen und Belagerung der Hauptverwaltung. Dem setzte der Betriebsrat ein wechselndes Register taktischer Mittel entgegen: Massiver Druck auf Vertrauensleute und andere Einzelpersonen (bis hin zum Versuch, einen Teil der widerspenstigen Vertrauensleute auf einer Tagung in der Eifel mit Kontakt- und Telefonverbot zu isolieren), ständige Lügen über geplante Stilllegungen und Umsetzungen wechselten mit falschen Versprechungen. Eine geplante Demonstration über die Rheinbrücken zur Deutschen Bank im April '89 konnte vom Betriebsrat durch eine eilig ausgehandelte Vereinbarung verhindert werden, die sich noch am selben Abend als Makulatur herausstellte.

Zunächst reagierte auch die Firma mit Geheimhaltung der Pläne und Entlassungsdrohungen, versuchte dann mit »Informationsveranstaltungen« in die Offensive zu kommen, da sich die in »dubiosen Flugblättern« verbreiteten Interna allzuoft als richtig herausgestellt hatten – wie z.B. Neukirchens Forderung, die neue Motorenfabrik in Köln-Porz »ausländerfrei« zu halten. Gegen die »Informanten« und Flugblattverteiler wurden Privatdetektive eingesetzt, um den Informationsfluß zu kappen.

Es half nichts, die Identifikation der ArbeiterInnen mit der Firma war im Zuge der Konflikte zusammengebrochen. In Managementkreisen galt die Belegschaft als »versaut«, weiterer Druck von oben steigerte nur die Ausschußrate. Sabotage war in diesen konfliktreichen Jahren ein offenes Geheimnis bei KHD.

Für ein neues, 600 Millionen Mark teures Motorenwerk im weiter außerhalb gelegenen Stadtteil Porz wollte Neukirchen ursprünglich nur neue, junge Arbeiter – und eben keine Ausländer – einstellen, um die Kampferfahrungen von KHD fernzuhalten. Aufgrund des Drucks der ArbeiterInnen mußten doch einige übernommen werden. Die Hoffnung auf einen sicheren Arbeitsplatz in Porz wurde als Instrument zur Spaltung und zur Disziplinierung genutzt. Durch ein willkürlichen Auswahlverfahren und psychologische Einstellungstest, in denen die »Gruppenarbeitsfähigkeit« überprüft werden sollte, wurde

ausgesiebt. Neu eingestellte ArbeiterInnen bekamen befristete Verträge und wurden mit vagen Übernahmeversprechungen unter Druck gesetzt. Als es auch hier wegen der Arbeitszeitflexibilisierung zu Protesten und ersten Arbeitsniederlegungen kam (z.B. wurde die Belegschaft morgens bei einem Systemausfall ohne Bezahlung wieder nach Hause geschickt), schloß der Betriebsrat eine »98-Stunden-Arbeitszeitregelung« ab. Zwei Schichten arbeiten täglich 9 Stunden, die erste Schicht am Samstag noch 8 Stunden. Zwischen den Schichten liegt eine Freistunde, sodaß auch die erste Schicht »nacharbeiten« kann, wenn wegen Systemausfällen nicht die geforderte Motorenzahl montiert wurde – ein aus Japan bekanntes Schichtsystem. Statt Überstundenzulagen gibt es Freizeitkonten. Eine Obergrenze für das Arbeitssoll wurde nicht festgelegt, sie soll durch den »Kontinuierlichen Verbesserungsprozeß« ständig hochgeschraubt werden. Den Wortlaut der Betriebsvereinbarung kennen die Arbeiter nicht – bei KHD durchaus üblich. Es gehört zum Prinzip der modernen Managementkonzepte, möglichst wenig zu regeln, um flexibler reagieren zu können. Nur im Konfliktfall werden Regelungen eingeführt, die aber möglichst vieles offen lassen sollen. So gibt es z.B. keine Ankündigungsfristen für produktionsbedingten Arbeitsausfall, der nicht bezahlt wird, sondern nachgearbeitet werden muß.

Ein inszeniertes Kriminalstück

Bis 1995 hatte KHD jährlich dreistellige Millionensummen an die Deutsche Bank abzuführen, und das, obwohl die neue Fabrik wegen Fehlplanungen bei der Kapazität, der Fertigungstechnik und den Motormodellen (zu aufwendig, zu teuer) nie einen Gewinn erwirtschaftete. 1995 führte dies zu einer ersten Pleite, die durch einen Kapitalschnitt und Neuauflegung von Aktien aufgefangen wurde. Die Deutsche Bank reinvestierte einen Teil des abgesaugten Kapitals.

Der Industrieanlagenbereich KHD-Wedag erweiterte in der Zeit seit der Sanierung seinen Marktanteil mit Dumpingangeboten, was KHD schon seit Jahren von Konkurrenten vorgeworfen wird. Neukirchen hatte vorgegeben, daß die in der Holding verbleibenden Sparten auf dem Weltmarkt die Nummer Eins in ihren Bereichen werden mußten. Bilanzen lassen sich im Anlagenbau besonders leicht manipulieren, da die Anzahlungen den tatsächlichen Kosten weit vorauslaufen – und bei KHD wurden schon immer Bilanzen manipuliert. »Geschichte geschrieben hat KHD in den zurückliegenden Jahren vor allem mit legalen Bilanztricks, die noch lange Stoff für Universitätsseminare bieten werden.« (FAZ, 4.6.96)

Die aus den Dumping-Praktiken resultierenden Verluste der Humboldt Wedag wurden wie üblich verschleiert – die Grenze zwischen legal und illegal ist dabei fließend. Aber diesmal wurde diese Praxis zu einem Kriminalfall hochgespielt und mit großem Geschrei ein neuer Zusammenbruch von ganz KHD an die Wand gemalt. Und es funktionierte: Kaum war das Debakel bekannt geworden und noch bevor sich Deutsche Bank, Vorstand oder sonstige »Verantwortliche« geäußert hatten, verkündete der Konzernbetriebsratsvorsitzende Scherer, die Belegschaft sei zu großen Opfern bereit, um die Firma zu retten. Natürlich waren die ArbeiterInnen nicht gefragt worden, und selbst Alternativen, die sich in der Logik des Arbeitsplatzerhalts um jeden Preis bewegen, wurden erst gar nicht diskutiert – von einer Mobilisierung der Beschäftigten ganz zu schweigen.

Bei einem Konkurs wäre die Firma entschuldet worden, Aufträge hätten in einer

Beschäftigungsgesellschaft abgearbeitet und die daran interessierten Arbeiter weiterbeschäftigt werden können. Aber die Deutsche Bank und andere Anteilseigner würden dabei ihr Kapital und ihre Zinsfründe verlieren. Sie sind die alleinigen Interessenten an einer Fortführung und Weiterverschuldung dieser Firma, die schon vor der erneuten Pleite mit etwa 1,5 Mrd. Mark Schulden belastet war. Daß diese Interessenlagen nicht zur Sprache kamen, dafür sorgten Betriebsratsvorsitzender Scherer und der Kölner IG-Metall-Chef Theo Röhrig mit ihrem Geschrei nach Opfern der Belegschaft. Sie ist nach der jetzt abgeschlossenen Betriebsvereinbarung die einzige Beteiligte, die draufzahlt und keine Gewinne macht. Die Deutsche Bank behält und erweitert ihre Schuldentitel, Zinsfründe und Eigentumsrechte. Stadt und Land erwerben zur Stützung dieser Gaunerei wertvolle Grundstücke im Innenstadtbereich. Die Pensionskassenversicherung zahlt aus ihren Rücklagen einen Zuschuß und die ArbeiterInnen verzichten auf 110 Millionen Mark durch Kürzungen beim Lohn und der betrieblichen Altersversorgung, durch weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit und unbezahlte Mehrarbeit. Garantien für die Arbeitsplätze gibt es keine – wahrhaftig ein »Bündnis für Arbeit«!

Deutz-Fahr: eine brave Belegschaft radikalisiert sich

Bei den Aktionen der KHD-ArbeiterInnen Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre fiel die Belegschaft des Traktorenwerks in Kalk eher durch Zurückhaltung auf. Mitte der 80er Jahre waren neue Bänder installiert worden, die Taktzeiten wurden verschärft und durch den massenhaften Einsatz von Leiharbeitern (zeitweise kam ein Drittel der Arbeiter an den Bändern von solchen Sklavenhändlern) wurde die Belegschaft gespalten und unter Druck gesetzt. KHD suchte nach Kooperationspartnern im Traktorengeschäft und verhandelte schon 1991 unter anderem mit dem italienischen Landmaschinenhersteller Same, woraus zunächst nichts wurde.

Erst Anfang 1995 gelang es KHD, die »Strategische Geschäftseinheit« Deutz-Fahr an Same zu verkaufen. Die italienische Firma konnte dadurch ihre Produktpalette um die von Deutz-Fahr produzierten Großtraktoren ergänzen und profitierte von dem bekannten Markennamen. KHD versüßte Same das Geschäft durch günstige Bedingungen: Firmengelände und Maschinen mußte Same nicht kaufen, sondern konnte sie von KHD mieten. Same wollte sich also keineswegs auf den Standort Köln festlegen. Es gab auch keine langfristigen Versprechungen, wie der Betriebsrat später behauptete. Jedem aufmerksamem Beobachter war klar, daß KHD einen »Abwickler« gefunden hatte, der nun die Drecksarbeit übernahm – für rüde Methoden im Umgang mit ArbeiterInnen ist Same in Italien bekannt.

Im April 1996 kündigte Same an, die Produktion in Kalk wegen der zu hohen Kosten in Köln bis Ende des Jahres zu schließen und nach Lauingen zu verlagern. Den 530 Beschäftigten wurde angeboten, mit nach Bayern umzuziehen – wohl wissend, daß dies für die allermeisten nicht in Frage kommt. In Lauingen kursierte die Information, daß nur 200-250 neue Arbeitsplätze durch die Verlagerung entstehen sollten.

Unterwürfigkeit ist kein Druckmittel

Der Betriebsrat von Deutz-Fahr bemühte sich im Folgenden verzweifelt, die Qualität des

Standorts Köln anzupreisen. Auf Veranstaltungen betonte er, wieviel die ArbeiterInnen geleistet hätten, um die jetzige Qualität zu erreichen. So mußten sie im Winter, wenn wenig Traktoren verkauft werden, Teile ihres Urlaubs nehmen, bei Produktionsstockungen wegen fehlender Teilezulieferungen (die sich aufgrund der Auslagerung häuften) Freizeit ausgleich. Lief die Produktion auf Hochtouren, wurde Samstags und Sonntags gearbeitet. Man habe eine flexible Arbeitszeitregelung vereinbart, die ihresgleichen suche: täglich zwischen 6 und 9 Stunden, in der Woche zwischen 30 und 45 Stunden, Ausgleichszeitraum 16 Monate. Seit Mitte letzten Jahres werde in der Montage täglich 9 Stunden gearbeitet, im Schnitt habe jeder Mitarbeiter 150-200 Stunden auf seinem Zeitkonto gut. Bezeichnend für das Verhalten des Betriebsrat nach der Verlagerungsankündigung war, daß er weiterhin Überstunden, Samstagsarbeit und dem Einsatz von Leiharbeitern zustimmte. Auf einer öffentlichen Veranstaltung auf diesen Widersinn angesprochen erklärte er, man suche nicht den Konflikt, sondern wolle Kooperationsbereitschaft demonstrieren. Es wurden auch keine Einwände erhoben, als schon jetzt die ersten Arbeiter aus Lauingen in Kalk angelernt wurden.

Same blieb stur. Mit einer Belegschaft, die schon bisher alles geschluckt und sich unterwürfig gezeigt hatte, schien sich leicht kurzer Prozeß machen zu lassen. Von Betriebsrat oder IG-Metall waren keine wilden Aktionen zu befürchten. Diese orientierten auf Verhandlungen, boten Zugeständnisse an und bemühten sich um Stützungsmaßnahmen von Stadt und Land. Die IG-Metall preschte mit Verzichtsangeboten vor, von denen die ArbeiterInnen überrascht wurden. Vier Millionen Mark wurden als »Beitrag der Belegschaft« geboten. Ein Arbeiter rechnete nach und wunderte sich, wie er mehr als 7000 Mark für das notleidende Unternehmen aufbringen solle.

Unabhängig von Betriebsrat und IG-Metall und von diesen argwöhnisch beobachtet hatte sich im Stadtteil eine Initiative »Arbeit in Kalk« gebildet. Die wöchentlichen Treffen und Veranstaltungen wurden zu einem offenen Diskussionsort für ArbeiterInnen, die in irgendeiner Weise selber aktiv werden wollten. Obwohl die parteipolitisch gebundenen Initiatoren der Initiative wider alle Erfahrungen bei KHD auf eine enge Zusammenarbeit mit Betriebsrat und Gewerkschaft setzten, wurde zunehmend deutlich, daß diese kein selbständiges Handeln der ArbeiterInnen oder der Initiative wünschten. Als z.B. am 10. Mai eine Aktion am Tor organisiert wurde, nach der eine Demonstration durch den Stadtteil zusammen mit den ArbeiterInnen stattfinden sollte, war Röhrig rechtzeitig zur Stelle, um die ArbeiterInnen davon abzuhalten. Die Leute von der Initiative fauchte er an, sie sollten sich gefälligst nicht in »blinden Aktionismus« stürzen. Diese Politik der Gewerkschaft und das kaltschnäuzige Auftreten der Geschäftsleitung waren möglich, weil die aktiven KollegInnen in der Minderheit blieben. Kurze Arbeitsniederlegungen, spontane Informationsveranstaltungen und Besuche beim Betriebsrat oder der Geschäftsleitung gingen von einzelnen Abteilungen aus, während in anderen weitergearbeitet wurde. Auf den Treffen wurde immer wieder die Frage laut, wie ein längerer Streik finanziell zu verkraften sei. Die Geschäftsleitung glaubte, die Situation mit der bewährten »Zuckerbrot und Peitsche«-Strategie im Griff behalten zu können. Am 21. Mai reagierte sie auf die bisherigen Produktionsunterbrechungen mit zwei gleichzeitig verteilten Aushängen: in dem einen wurde allen Beteiligten an solchen Aktionen mit Abmahnung und Kündigung gedroht, in dem anderen wurde eine Produktionsprämie bis zum Beginn der Werksferien angekündigt. Ab einer Tagesstückzahl von 30 gibt es für jeden weiteren Traktor 5 Mark. Bei zwanzig Arbeitstagen mit einer Produktion

von täglich 35 Stück wären das 500 Mark im Monat, rechnete der Aushang vor. Auch wenn diese Zettel teilweise wütend zerrissen wurden, so verfehlten sie bei einigen nicht ihre Wirkung.

Da alle Verhandlungen zwischen Firma, Betriebsrat, Gewerkschaft und Stadt Köln (10 Millionen Mark wurden geboten) zu keiner Rücknahme des Verlagerungsbeschlusses führten, willigte die IG-Metall ein, sich an einer Demonstration durch den Stadtteil Kalk am 30. Mai zu beteiligen. Die Orientierung auf Verhandlungen war nicht länger glaubwürdig. Mit der Demonstration sollte ein Ventil für den aufgeregten Unmut geschaffen werden: ursprünglich auf 12 Uhr angesetzt, was wegen des Schichtendes um 14 Uhr zumindest eine zweistündige Arbeitsniederlegung bedeutet hätte, verschob man den Beginn nach und nach auf 13.45 Uhr! Offensichtlich ging es nicht darum, mit der Demonstration die Geschlossenheit und den Mut für wirksame Aktionen zu erreichen und die Produktion zu blockieren. Ebensowenig gab es einen Aufruf der IG-Metall oder des KHD-Betriebsrats an die KHD-ArbeiterInnen, die zu diesem Zeitpunkt um ihre eigenen Arbeitsplätze fürchten mußten, zur Beteiligung an der Demonstration. Solidarisierungen zwischen den verschiedenen Belegschaften, die einmal zum selben Großkonzern gehört hatten, waren nicht erwünscht. Auf einer Veranstaltung der Kalker Initiative, die noch vor der KHD-Krise stattfand, hatte es ein KHD-Azubi gewagt, eine gemeinsame Belegschaftsversammlung der ArbeiterInnen von KHD und Deutz-Fahr vorzuschlagen, und war dafür von Röhrig aggressiv runtergeputzt worden: so was hätte doch überhaupt keinen Sinn. Da sich der KHD-Anlagenbau auf dem selben Gelände wie die Traktorenfabrik in Kalk befindet, beteiligten sich dann doch viele Beschäftigte von Humboldt Wedag an der Demonstration.

Auch ohne Gewerkschaft möglich: Streik!

Am folgenden Montag, dem 3. Juni, legten etwa 300 ArbeiterInnen bei Deutz-Fahr die Arbeit nieder und blockierten bis zum 12. Juni die Produktion und den Abtransport fertiger Traktoren. Was war passiert?

Durch das Verhalten von Betriebsrat und Gewerkschaft und aufgrund der Spaltung unter den ArbeiterInnen ermutigt, hatte die Geschäftsleitung angekündigt, daß es keine Abfindungen geben werde (außer in »Härtefällen«: über 56 Jahre, mehr als drei Kinder, 50 % schwerbehindert oder eine pflegebedürftige Person zu Hause)! Schließlich habe man allen einen Arbeitsplatz in Bayern angeboten. Bei der Sanierung von KHD waren Abfindungen das wichtigste Schmiermittel gewesen, in den Kämpfen ging es oft nicht mehr um die Arbeitsplätze, sondern um die Höhe der Abfindung. Viele ältere Kollegen waren damals froh gewesen, mit Abfindung oder Frühverrentung von den verhaßten Bändern wegzukommen, bevor sie an ihnen ihr Leben völlig ruinierten. Aufgrund dieser Tradition bestand auch bei Deutz-Fahr die Erwartungshaltung, wenigstens mit einer hohen Abfindung herauszukommen. Für einige war die Verlagerung sogar ein gewisser Hoffnungsschimmer, da es zuvor so gut wie keine Abfindungen in Kalk gegeben hatte. Mit der Drohung, nicht einmal eine Abfindung zu bekommen, schlug die Stimmung um. Eine Mehrheit ließ sich von den aktivsten Kollegen für einen selbstorganisierten Streik mobilisieren, etwa ein Drittel entzog sich dem finanziellen Risiko durch Krankenschein oder Urlaub. In der Fabrik wurde ein Streikkomitee gewählt, in dem sich weder ein Betriebsrat noch ein Vertrauensmann der IG-Metall befanden.

Zunächst ließ sich die Geschäftsleitung nicht beeindrucken. Man könne auch einen längeren Streik verkraften, verkündete Geschäftsführer Graf im Lokalfernsehen und verwies auf einige Hundert fertigmontierte Traktoren auf dem Betriebshof. Der Betrieb war nicht besetzt worden, sondern die ArbeiterInnen versammelten sich während der regulären Arbeitszeit auf dem Werksgelände. Allerdings wurde versucht, den Abtransport der fertigen Schlepper durch kleine technische Manipulationen zu verhindern. Aus zwei Gründen geriet die Firma bald unter Druck. Bestellte Traktoren konnten an die Händler nicht ausgeliefert werden, was mitten in der Saison bei diesen Besorgnis auslöste und den guten Ruf von Deutz-Fahr bedrohte. Zweitens – und damit sind wir wieder bei KHD – liefert die Blechfertigung von Deutz-Fahr Teile an die KHD-Motorenproduktion. Aufgrund des streikbedingten Ausfalls wurden dort nach einigen Tagen ArbeiterInnen unbezahlt nach Hause geschickt. Die Firma verlor ihre vorgespielte Ruhe, am Ende der Woche erstattete sie Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Sabotage und Nötigung. Traktoren seien zerstört, Teile gestohlen und Arbeitswillige an der Arbeit gehindert worden. Höchste Zeit für das eingespielte Team von KHD-Betriebsräten und Kölner IG-Metall, aktiv zu werden.

Streikabbruch für ein »Bündnis für Arbeit«

Am Dienstag, den 11. Juni, soll der Betriebsratsvorsitzende von KHD beim Betriebsrat von Deutz-Fahr angerufen haben, um nachzufragen, wann denn die Blechfertigung endlich weiterarbeiten würde! So sieht »Solidarität« unter Betriebsräten aus. Parallel dazu versuchte die Geschäftsleitung, diese Abteilung aus der Streikfront herauszubrechen. Es fand sich eine Firma in Troisdorf bei Bonn, die diese Abteilung übernehmen will, und der Betriebsrat verkündete, alle 32 Arbeiter der Blechfertigung würden von dieser übernommen werden.

Am Mittwoch morgen konnte Theo Röhrig mit einem weiteren Erfolg aufwarten. Same habe den Topf für Abfindungen von 8 auf 16 Millionen Mark aufgestockt. Bei 530 Beschäftigten ergibt sich daraus ein Durchschnittsbetrag von 30.000 Mark – bitter wenig für die zumeist langjährig bei Deutz-Fahr Beschäftigten, und die Einschränkung auf »Härtefälle« gilt immer noch. Als Röhrig am Mittwoch in der Fabrik auftauchte, war sein Ziel klar: Streikabbruch. Er beginnt seine Ansprache mit Pessimismus: Der Streik sei eine große finanzielle Belastung für die einzelnen und er müsse ihnen leider sagen, daß die Zahlungen auf das eingerichtete Spendenkonto nur tröpfelnd eingingen. Von der Geschäftsleitung wurde sein Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit mit einigen Zugeständnissen unterstützt: in Zukunft soll nur noch 7 Stunden täglich gearbeitet werden, der Vertrag mit einem besonders verhassten »Motivationsmanager« wird nicht verlängert, die Streiktage werden als Freizeitausgleich abgegolten (die Forderung nach Bezahlung der Streiktage war damit vom Tisch). Schriftliche Garantien wurden nicht verlangt, so auch kein Maßregelungsverbot, obwohl einige Kollegen bis zu drei Abmahnungen erhalten hatten.

Auf dieses Manöver der IG-Metall waren auch die Aktivisten des Streiks nicht vorbereitet gewesen. Es gab niemanden, der in dieser Situation überzeugend dafür hätte sprechen können, den Streik fortzuführen, da er doch gerade jetzt Wirkung zeigte. Immerhin wurde noch erreicht, daß die Produktion erst am nächsten Tag wieder anlief. Es gab keine förmliche Abstimmung, aber die Streikführer schätzen, daß nach der Rede von Röhrig etwa 70 Prozent für Arbeitsaufnahme waren.

Auf dem abendlichen Treffen der Kalker Initiative an diesem Mittwoch herrschte Wut und Niedergeschlagenheit. Es war klar, daß der Streik zum falschen Zeitpunkt abgebrochen worden war und das Ergebnis in keinem Verhältnis zu dem schon entwickelten Druck auf die Firma steht. »Wir sind vom Röhrig verarscht worden!« Es wird zwar betont, - daß der Streik nur unterbrochen sei und jederzeit wieder aufgenommen werden könne. Aber daran will niemand so recht glauben. Am deutlichsten brachten einige Frauen von Arbeitern ihre Wut zum Ausdruck. Sie waren während des Streiks ständig mit ihren Kindern am Tor gewesen und hatten die Männer unterstützt. Eine Frau schilderte, wie mies sie sich durch Betriebsrat und Gewerkschaft behandelt gefühlt habe: die hätten sie, die Frauen, doch gar nicht dahaben wollen, die hätten sie vom Betriebsgelände geschickt. Und wozu hätten sie eigentlich in der Hitze herumgestanden, wenn jetzt der Streik mit einem solchen Ergebnis abgebrochen wird! Deutlich wurde auch, daß die IG-Metall entgegen ihren Versprechungen nichts für die Solidarität aus anderen Betrieben unternommen hatte. Wie Nachfragen durch Verwandte und Bekannte ergeben hatten, waren Informationen über den Streik oder Solidaritätsaufrufe weder bei KHD noch bei Ford und anderen Metallbetrieben angekommen. Am Tag der Betriebsversammlung von KHD wurde bei Deutz-Fahr wieder gearbeitet. Die Gefahr, daß sich die zum Verzicht erpreßten ArbeiterInnen ein Beispiel an dem selbständig geführten Streik nehmen könnten, ist abgewendet.

Der Betriebsrat von Deutz-Fahr will nun weiter über einen Sozialplan verhandeln. Auf die Forderung von Arbeitern, diese Verhandlungen öffentlich zu führen, reagierte er mit der Frage, ob sie denn kein Vertrauen mehr zu ihm hätten. Albern, das noch zu fragen, sagen die Streikführer. Die Geschäftsleitung hat mittlerweile die Einigungsstelle angerufen, um Zeit zu gewinnen. Terminiert ist auf den 25. Juni.

Der Streik bei Deutz-Fahr hat den Abgrund verdeutlicht, der zwischen einem selbständigen und emanzipatorischen Handeln von ArbeiterInnen auf der einen Seite und gewerkschaftlicher Konfliktverwaltung von oben auf der anderen klafft. Auch wenn die ArbeiterInnen in Kalk Zeit brauchen werden, um die von ihnen als Niederlage erlebte Erfahrung zu verarbeiten - ihr Beispiel sollte Schule machen und nicht im Bündnis-Rummel untergehen. (21.6.96)

Im Frühjahr dieses Jahres entwickelte sich bei Toyota in Köln ein bemerkenswerter Konflikt, der die Anfälligkeit von Just-in-time und die Grenzen der modernen Managementkonzepte aufzeigte. Während das Problem von Just-in-time meistens nur im Zusammenhang mit Verkehrsproblemen diskutiert wird, zeigte sich hier die Anfälligkeit gegenüber maßloser Leistungsverdichtung. In dieser Situation funktionierte auch die Erpressung mit »Standortgefährdung« und »Auslagerung« nicht mehr.

Das Teile- und Zubehörwesen von Toyota-Deutschland zählt zu den bestorganisiertesten innerhalb der Branche. In Köln ist das Zentrallager für Deutschland, darüberhinaus gab es drei regionale Vertriebszentren. Eines davon war in Bruchsal. Im letzten Sommer wurde im Rahmen weiterer Rationalisierungsmaßnahmen entschieden, das Lager in Bruchsal im März '96 zu schließen. Durch einige Änderungen im Logistikbereich und weiterer Leistungsverdichtung in den restlichen Lagern sollte die Arbeit der 22 dort Beschäftigten von den übrigen Lagerpersonal übernommen werden. Über 90 Prozent der Händlertouren von Bruchsal, d.h. die Belieferung der einzelnen Toyota-Händlern mit Ersatzteilen, sollten von dort nach Köln verlagert werden. Auch in Köln hatte in den letzten Monaten eine ständige Leistungsverdichtung stattgefunden und die Zahl der Lageristen war von 54 auf 45 gesenkt worden. Der Prozeß der Leistungsverdichtung wäre ein eigenes Thema, Hauptpunkt waren die Verkürzung der Laufwege und die Optimierung der Zeitabläufe, sodaß der Arbeitsprozeß keine organisatorisch bedingten »Erholpausen« mehr zuläßt. Dieser Prozeß wurde mit enormem Druck durchgezogen, teilweise mit Androhung von Abmahnungen durch die Vorgesetzten.

Eine Weihnachtsfeier ohne Chefs ...

Diese Situation ließ schon Ende letzten Jahres soviel Unmut aufkommen, daß die Leute kein Interesse an einer Weihnachtsfeier mit den Vorgesetzten hatten. Die Betriebsräte und Ersatzbetriebsräte aus dem Lager, fünf Leute, teilt dies auch in einem Schreiben der Betriebsleitung und der Personalabteilung offen mit. Daraufhin gab es ein Gespräch mit den drei Vorgesetzten und den fünf Betriebsräten, wo alle Kritikpunkte genannt wurden. Grundsätzlich änderte dies nichts an der Situation. Die Weihnachtsfeier der KollegInnen fand dann ohne Vorgesetzte statt, womit auch auf jede finanzielle Unterstützung für die Feier vom Unternehmen verzichtet wurde. Im Nebenraum einer Gaststätte wurde dann bis nachts um drei gefeiert. Es herrschte eine gute, solidarische Atmosphäre, kein Vorgesetzter bestimmte den Abend, noch mußte sich irgendjemand anbiedern. Es gab einige Redebeiträge, die den Zusammenhalt beschworen und die ins Gedächtnis brachten, daß wir keine Akkordlöhner sind und uns den Druck nicht anzuziehen brauchen. Ein Italiener forderte auf, die Kalender, die es von der Firma zum Jahresende gibt, nicht anzunehmen. Und am letzten Arbeitstag vor Weihnachten wurde sie der Vorarbeiter auch nicht los. Hier geht es darum, die Würde zu bewahren, und sei es durch solche Gesten. In einem vom japanischen

Management und seiner Betriebsfamilien-Ideologie bestimmten Unternehmen sind schon solche Kleinigkeiten wichtige Schritte, um den Zusammenhalt der KollegInnen in Konflikten mit dem Management zu entwickeln. Die Feier hatte eine wichtige Funktion, man hatte sich gelöst von der Erwartungshaltung, die Firma organisiert uns eine Feier. Wir können das auch selber und auch selber zahlen.

Regionallager Bruchsal wird geschlossen

Ab Anfang des Jahres wurden nach und nach Ersatzteile für die früher von Bruchsal belieferte Region nach Köln verlagert. Ab Montag, den 25. März, wurden dann alle Händlerbestellungen von dort in Köln zusammengestellt. Die im Sommer '95 im Wirtschaftsausschuß gemachte Aussage, daß ab diesem Zeitpunkt in Köln fünf Leute mehr benötigt würden, zählte nicht mehr. Erst einmal wurde versucht, ob die Umstellung nicht auch ohne Neueinstellung möglich sei. Schon am Dienstag wurde klar, daß dies nicht zu schaffen ist. Kurzfristig wurden fünf Aushilfen über eine Leihfirma angefordert. Bald stellt sich schon heraus, daß dies auch nicht ausreichte, und die Betriebsleitung beantragte Überstunden. Die Situation spitzte sich weiter zu. Die KollegInnen klagen über die Leistungsverdichtung, den Druck und die zunehmende körperliche Belastung. Gleichzeitig zeichnet sich ab, wie anfällig das Just-in-time-System ist. Die Anzahl der nicht ausgepackten Teile nimmt zu, der Platz im Lager wird immer enger, und die ersten Container mit Ersatzteilen bleiben bereits in Rotterdam stehen. Das Just-in-time-System beinhaltet auch, daß die Lagerbestände äußerst niedrig gehalten werden, so daß die Anzahl der leeren Lagerorte ständig zunimmt.

Dem Antrag auf Überstunden wird vom BR nur zugestimmt unter der Vorgabe von Freizeitausgleich. Daran hatte die Betriebsleitung letztendlich kein Interesse, was verdeutlichte, daß es ein grundlegendes Problem ist und nicht nur eine Anfangsschwierigkeit. Bei den KollegInnen herrschte die Meinung vor, zuerst Neueinstellungen zu unserer Entlastung und dann Überstunden gegen Bezahlung. Erschwerend kam hinzu, daß es einen Wechsel im Management gab. Der für diese Planung zuständige Manager verließ Toyota Ende April. Er war aber auch vorher schon für alle auftauchenden Schwierigkeiten nicht erreichbar. Seine Aussage blieb aber bestehen: »Dies sind nur organisatorische Probleme, die Anzahl der Leute ist ausreichend.«

Die Anzahl der Beschwerden häuften sich und die KollegInnen blieben dabei, Samstags weiter nicht arbeiten zu wollen. Ende April wurden weitere fünf Aushilfen »ausgeliehen«. Auch danach war es nicht möglich, die Rückstände aufzuarbeiten. Im Gegenteil, die Anzahl der zwischengelagerten Container in Rotterdam stieg.

Konflikt um die Auszahlung der Lohnerhöhung

Ende April wurden die Gehaltsabrechnungen verteilt, aus denen hervorging, daß die ausstehende Lohnerhöhung immer noch nicht umgesetzt war. Bereits seit dem 8.2. lag der Tarifaabschluss von 2,6 Prozent vor. Die toyotaspezifische Beurteilungsrunde der Vorgesetzten, die einen individuellen Prozentsatz der Lohnerhöhung festlegt, war noch nicht durchgeführt worden. Entsprechend war die Stimmung im Lager: mehr Arbeit, Druck und Streß, schlechteres Arbeitsklima aufgrund der Hetze, überall Preissteigerungen, aber keine Lohnerhöhungen. Es wurde dann überlegt, eine Abschlagszahlung für die Monate März und April zu verlangen. Dies

erfolgte in Form persönlicher Anträge auf eine selbst festgelegte Abschlagszahlung, die von allen sofort gestellt wurden. Die Anträge wurden dem Personalchef übergeben und fast hatten eine Bargeldauszahlung gefordert. Die Idee war es, zusammen durch die Verwaltung zur Kasse zu gehen, um dies auch bei den Angestellten bekannt zu machen. Der Personalchef reagierte sehr überrascht und wies darauf hin, daß es so etwas noch nie gegeben hatte. Um den Demonstrationseffekt zu verhindern, erfolgte die Bargeldauszahlung bereits einen Tag später durch den Lagerleiter, der sichtlich sauer über diese Aktion war. Für die LageristInnen, die sich über den symbolischen Stellenwert dieser Aktion im klaren waren, war der schnelle Erfolg von enormer Bedeutung, einfach durch Geschlossenheit etwas zu erreichen.

Eine stürmische Abteilungsversammlung

Am 9. Mai fand dann eine Abteilungsversammlung statt, unter Teilnahme der Geschäftsleitung, Personalabteilung und der internen Pressestelle. Im Vorhinein hatten Gespräche mit den einzelnen Arbeitsbereichen (Wareneingang, Retouren, Versand usw.) stattgefunden. Die Probleme wurden erörtert und eine Forderung formuliert. Wir waren der Meinung, daß wir zwölf weitere LageristInnen, einen Sachbearbeiter und einen Vorarbeiter brauchen. Unter reger Beteiligung der Belegschaft wurde die Situation auf der Versammlung dargestellt. Etwa 15 KollegInnen meldeten sich zu Wort. Ein Schwerpunkt war es dabei auch, auf die gesundheitlichen Folgen, die die Arbeitsverdichtung mit sich bringt, hinzuweisen. Dazu konnte ein Beispiel von einem Kollegen genannt werden, in dessen Bereich die größte Leistungsverdichtung bereits stattgefunden hatte, und der aufgrund dessen zwei Monate ausgefallen war. Neben der Forderung nach Neueinstellungen wurde die Forderung nach zusätzlichen Erholzeiten aufgestellt. Außerdem sollte eine REFA-Untersuchung stattfinden, da wir davon ausgehen, daß wir Akkord arbeiten, aber nur im Zeitlohn bezahlt werden. Für die meisten ging es bei dieser mehr symbolischen Forderung nicht darum, tatsächlich in den Leistungslohn zu kommen, sondern darum, auf die Leistungsverdichtung hinzuweisen. Deutlich wurde von den KollegInnen formuliert, daß sie erst nach Neueinstellungen zu Überstunden bereit sind. »In der momentanen Situation brauchen wir den Samstag zur Erholung!« Die Betriebsleitung stellte dann auch selber eine Berechnung vor, daß sie neun weitere LageristInnen und einen Sachbearbeiter braucht. Der Vertreter der Geschäftsleitung nahm alles dankend zur Kenntnis, nicht ohne dem Betriebsrat vorzuwerfen, er würde »Klassenkampf in die Auseinandersetzung bringen«. Vor der Belegschaft äußerte er sich nicht zu den Vorwürfen der gesundheitlichen Beeinträchtigung, machte aber nachher im kleineren Kreis deutlich, daß er diese Problematik nicht ernst nimmt. Im Anschluß fand eine Lagerführung statt.

Toyota kommt unter Druck

Inzwischen mehrten sich auch die Beschwerden der Toyota-Händler, die Kunden nicht mehr bedienen können, da Ersatzteile zur Reparatur fehlen. Mechaniker können in ihrer Arbeitszeit nicht voll eingesetzt werden und für den Kunden sind Leihwagen zu zahlen. Das Problem wurde von Tag zu Tag gravierender, auch wenn soweit wie möglich dringende Teile (die in den Containern feststeckten) aus Japan per Flugzeug hergeschafft wurden. Relativ bald nach der Versammlung wurde deutlich, daß die Geschäftsleitung nicht zu Neueinstellungen

bereit war. Sie ging davon aus, durch organisatorische Veränderungen sowie Auslagerung und weitere Leistungsverdichtung dem Problem gerecht zu werden. Unmittelbar danach wurden Klimaanlage und Felgen an einen Spediteur ausgelagert. Der Betriebsleiter nahm Abstand von seinem Konzept der neuen Einstellungen, holte sich stattdessen die Lagerleitungen der anderen Regionallager zur Unterstützung und versuchte die Arbeit weiter zu verdichten.

Das erste Angebot waren dann sechs befristete Einstellungen bis Ende des Jahres, dazu leihweise LageristInnen aus den anderen Lägern – anstelle der bisherigen zehn Leiharbeiter. Das war natürlich völlig indiskutabel. Das nächste Angebot waren drei Festeinstellungen und drei Befristete. Auch dies wurde abgelehnt, d.h. wir waren auch weiterhin nicht gewillt, Überstunden zu machen. Mehrheitsposition war es, bei sechs Festeinstellungen Überstunden zu machen, die aber nur auf freiwilliger Basis, wo sich jeder einzelne jede Woche neu entscheiden kann. Ein von der Geschäftsleitung gefordertes Mehrarbeitskontingent von 12 Stunden pro Woche (Freitags 4 und Samstags 8) wurde abgelehnt.

Zwischenzeitlich hatte bereits ein Vorstandsmitglied des Händlerverbandes beim Betriebsrat angerufen und ihn verantwortlich für die Situation gemacht wegen des Überstundenboykotts. Der Betriebsrat verlangte daraufhin sofort ein Gespräch mit der Geschäftsleitung und hat sich dagegen verwahrt, für interne Konflikte nach außen als Sündenbock dargestellt zu werden. Am 21.5. kam der Sprecher des Händlerverbandes zum Betriebsrat, um seine Sicht zu hören. Zu diesem Gespräch wurde auch der Personalchef gebeten. Er stellt dar, daß sich die Händler überlegen, eine Pressemitteilung darüber zu machen, daß das Just-in-time bei Toyota nicht mehr funktioniert. Außerdem würden sie überlegen, Schadensersatzklagen gegen Toyota anzustrengen. Der Betriebsrat konnte diesen Druck auf die Geschäftsleitung nur unterstützen. Inzwischen standen 17 Container in Rotterdam. Am 22.5. kam dann die schriftliche Mitteilung, daß sechs Neueinstellungen vorgesehen sind. In einer weiteren Verhandlungsrunde wurden die Details festgelegt: sechs sofortige feste Neueinstellungen, die zehn ursprünglich bis Juni ausgeliehenen Leiharbeiter bleiben bis September, Überstunden nur auf freiwilliger Basis, jede Woche neu abgesprochen und Samstags nur sechs Stunden.

Insgesamt ein Erfolg für das geschlossene Auftreten einer Belegschaft, die letztlich aus dem Ausgepowertsein an den Punkt kam: nur Neueinstellungen helfen uns. Darüberhinaus ist das Selbstbewußtsein gewachsen und auch Raucherpausen werden wieder offensiver genommen. Als ein Vorgesetzter einen Kollegen großzügig nach dem Kommissionieren zum Rauchen schicken wollte, sagte dieser, »Das leg ich noch selber fest«, kehrte zur Arbeit zurück und ging zehn Minuten später Rauchen. Der Druck und die körperliche Belastung waren so groß geworden, daß auch die ständig im Raum stehende Drohung einer völligen Verlagerung nach Belgien aufgrund einer neuen Europolistik oder einer Auslagerung an eine Speditionsfirma die KollegInnen nicht länger einschüchtern konnten.

Ein Kollege von Toyota

Bündnis für Arbeit??

Das hat uns gerade noch gefehlt!

(Eine neue »Deutsche Arbeitsfront«?)

Im Frühjahr hielten wir es einfach nicht mehr aus. Das tägliche, ja stündliche Gewinsel um Arbeit, das aus allen Lautsprechern quoll, die »Bündnisse für Arbeit«, die in jeder Klitsche geschlossen wurden, wollten wir nicht länger so stehen lassen. Zumal fast die gesamte »Linke« bis hin zu den antinationalen Trampert/Ebermann nur runjammerten, das eigentliche Ziel, die Arbeitsplätze würden doch gar nicht wirklich geschaffen. Mit ein paar anderen Leuten hier in Köln haben wir uns daher zusammengesetzt und überlegt, wie wir dazu eine Veranstaltung machen können. Dabei sind wir uns über den Charakter und die Funktion der Veranstaltung nicht ganz einig geworden: sollte es zunächst einmal darum gehen, grundlegende Positionen zu Arbeit, Kapitalismus und Kommunismus zu diskutieren, oder sollte die Veranstaltung ein Einstieg in praktische Mobilisierungen zu den Angriffen der Unternehmer und der Regierung sein. Zu letzterem gab es wenige konkrete Ansatzpunkte in dem Vorbereitungskreis, es blieb eigentlich nur die Diskussion um einen »revolutionären Block« auf der Demo, der aber auch nicht näher bestimmt wurde; andererseits sollte es auf der Veranstaltung aber auch nicht bei der politischen Diskussion bleiben. Das Ergebnis war, daß die Veranstaltung etwas zu überfrachtet war. Nach dem ersten Teil mit den grundlegenden Referaten entwickelte sich eine Diskussion über Kapitalismus und Alternativen, über die Gründe der aktuellen Schwäche im Klassenkampf usw., die aber wegen der folgenden drei Teile zu betrieblichen Erfahrungen abgebrochen wurde.

Es herrschte auch nicht gerade Massenandrang zu der Veranstaltung. Wir hatten die Mobilisierung damit verbunden, daß wir sehr breit und kurz vor dem 1. Mai ein auffälliges Plakat, das sich gegen das Bündnis für Arbeit und gegen die Arbeit richtet, verklebten. Im Gegenzug hatten wir auf eine Mobilisierung über die üblichen linken Kanäle (Stadtzeitung, Flugblatt, Mailbox) verzichtet. Leute außerhalb der bekannten Politszene sind dadurch nicht gekommen, auch wenn das Plakat von anderen Leuten aufmerksam wahrgenommen wurde (u.a. von der MLPD, die wohl aus Wut über diese Diffamierung ihrer Liebe zur Arbeit alle Plakate am Aufmarschort der 1.-Mai-Demo überklebte).

Im ersten Teil der Veranstaltung hielten wir drei Referate, die leicht überarbeitet und mit Angaben zum Weiterlesen im Folgenden abgedruckt sind. Im zweiten Teil wurde aus drei Betrieben berichtet. Die Berichte zu KHD und Toyota sind mittlerweile überholt, stattdessen könnt ihr in diesem Heft zwei ausführlichere Artikel dazu lesen, die den aktuellen Stand wiedergeben. Ein dritter Bericht handelte von einem kleinen Metallbetrieb in der Innenstadt, der alle Beschäftigten rausgeschmissen und dann zu mieseren Bedingungen wieder eingestellt hatte. Diesen Bericht haben wir leider noch nicht schriftlich bekommen.

Referate

1) Einleitung: Wann geht's hier endlich los?

»Bündnis für Arbeit«, das heißt im Klartext: Mehr arbeiten. Noch mehr arbeiten, für weniger Lohn, und dabei als »Arbeitsplatzbesitzer« noch froh und glücklich darüber sein und Arbeitsfreude zeigen.

Was in letzter Zeit gegen ArbeiterInnen durchgesetzt wird, hätte noch vor ein paar Jahren wohl niemand von uns für möglich gehalten. Da werden Löhne gekürzt, Arbeitszeiten verlängert, die Arbeitshetze gesteigert und die Flexibilisierung auf immer neue Spitzen getrieben. Der Vorläufer dieses Angriffs, die sogenannte Prekarisierung in den 80er Jahren, sieht dagegen fast schon harmlos aus. Damals wurde mit der Ausweitung von befristeten Verträgen und Sklavenhändlerjobs ein Teil der ArbeiterInnen von bis dahin geltenden Garantien ausgeschlossen und verschärften Ausbeutungsbedingungen unterworfen. Diese Bedingungen betreffen heute schon längst nicht mehr nur einen »Rand«, sondern breiten sich rapide aus und dringen ins Zentrum vor.

Und die Leute lassen es sich gefallen. Warum?

★ Der BRD-Sozialstaat bietet im Vergleich zu anderen Ländern noch erhebliche Abfederungen. Trotzdem ist auch hier ein Prozeß von Verelendung nicht zu übersehen. Die Zahl der Menschen, die im wahrsten Sinne des Wortes auf der Straße liegen, steigt und die Angst vor einem solchen Abrutschen, vor Arbeitslosigkeit und Verarmung, ist weit verbreitet. Geschürt wird die Angst auch durch das Trommelfeuer von Propaganda, das mit der sogenannten Standortdebatte entfacht wurde. Jeden Tag bekommen wir zu hören, daß der deutsche Sozialstaat zu teuer ist, daß der »Standort« nur durch drastische Einschnitte zu retten ist, und daß folglich mit der »sozialen Hängematte« und dem »Freizeitpark« Schluß sein muß. Ob sich das Kapital tatsächlich von dem Sozialstaatsmodell, das so gut für die Produktivität funktioniert hat, verabschieden will, ist sehr fraglich. Aber die Propaganda hat Wirkung. Es verbreitet sich eine diffuse Angst, die oft mit der realen Situation (z.B. in der Firma) nichts zu tun hat, aber die Stimmung erzeugt: Lieber stillhalten, denn es könnte alles noch viel schlimmer kommen...

★ Ein weiterer fester Bestandteil der täglichen Propaganda ist das Hohelied auf die Arbeit. Auf die Arbeit zu fluchen oder darüber zu stöhnen, das findet heute nur noch in kleinem Kreise (vorzugsweise bei der Arbeit...) statt. In der Öffentlichkeit ist es nicht mehr angesagt. Da verkündet die gemeinsame Propaganda von Gewerkschaften, Parteien und Staat die Arbeit zum Hauptlebensinhalt, und den Arbeitsplatz – egal wie, und koste es was es wolle – zum absoluten Hauptziel. Hauptsache Arbeit.

★ Die Linke hat dem bisher nichts entgegengesetzt. Im Gegenteil: Unter dem Eindruck der Arbeitslosigkeit akzeptiert sie immer mehr die Parole, daß »Arbeit geschaffen werden muß«. Dabei vergißt sie alles, was wir früher mal wollten und auch laut sagen durften: Daß Arbeit Gewalt ist, daß dieses System nur mit Arbeitszwang funktioniert, daß Arbeit die Menschen krank macht und die Umwelt zerstört, daß wir nicht eine andere oder gar noch mehr Ausbeutung wollen – sondern keine.

Solche grundsätzliche Kritik ist fast völlig aus der politischen Landschaft verschwunden. Stattdessen macht sich wieder Hoffnung in die Gewerkschaften breit: daß die mit ihrem

Reformismus uns vielleicht doch noch vor dem Schlimmsten bewahren könnten. Dieser Reformismus erfindet mittlerweile interessante Parolen: Engelen-Kefer vom DGB meinte vor kurzem bei einer vom Kölner Stadtanzeiger organisierten Veranstaltung unter dem Titel »Hauptsache Arbeit« in Köln-Mülheim, man müsse nun »ein Abgleiten des Kapitalismus verhindern«.

Wenn Linke heute die Gewerkschaften und ihr »Bündnis für Arbeit« kritisieren, dann mäkeln sie nur rum, daß doch so, durch solche Kniefälle, nicht wirklich Arbeitsplätze geschaffen würden. Das falsche Ziel »Hauptsache Arbeit« wird nicht mehr infrage gestellt, sondern mitgetragen.

Eine andere Verirrung linker Politik ist der Ruf nach dem Staat. Mit unserer Kampagne gegen die Razzien, gegen die Menschenjagd auf illegalisierte ArbeiterInnen, sind wir auch innerhalb der Szene oft auf Unverständnis gestoßen und auf die Frage: Ja aber wie wollt ihr denn dann verhindern, daß Leute für fünf Mark arbeiten, wenn ihr gegen die Razzien seid? Gegenfrage: Seit wann können wir auf Staat und Bullen hoffen, wenn wir gegen die Ausbeutung vorgehen wollen? Eine Ursache für den hilflosen Ruf nach dem Staat ist sicher der Frust über unsere eigene Schwäche und über das Ausbleiben von Kämpfen, an denen wir uns beteiligen könnten. Oder wie weit spielt dabei auch die Abhängigkeit der Linken von ABM-Geldern eine Rolle, die immer wieder zu ekelerregender Bettelei gegenüber dem Staat führt?

Wann, wenn nicht jetzt?

★ Trotz allem Gerede, wie schön doch die Arbeit sei, und trotz aller Propaganda für sie: tatsächlich wird sie immer mehr in Frage gestellt. Soziologen untersuchen die »Freizeitgesellschaft« und verkünden den »Wertewandel«. Links-Gewerkschafter dürfen in DGB-Zeitungen über »Muße für Alle« philosophieren.¹ Trotz hoher Arbeitslosigkeit haben manche Firmen Schwierigkeiten, ihre Arbeitsplätze zu besetzen. In manchen Sektoren arbeiten mangels williger Ansässiger schon fast nur noch MigrantInnen. Und in manchen Fällen sagen ArbeiterInnen auch in den 90er Jahren noch deutlich, daß es ihnen nicht ums Arbeiten geht. So z.B. die ArbeiterInnen von Nokia, die bei der Schließung der Firma eine Beschäftigungsgesellschaft abgelehnt haben – das viele Geld, das für diese Arbeitsplätze ausgegeben werden sollte, wollten sie lieber direkt als Abfindung mitnehmen.²

Die Kritik an der Arbeitsgesellschaft ist untergründig vorhanden, aber sie muß öffentlich und offensiv werden – eine Propaganda-Aufgabe für uns.

★ In den umliegenden Ländern ist es bereits zu Kämpfen gekommen; nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen Ländern, wovon wir hier zum Teil kaum etwas mitbekommen haben (Belgien, Österreich, GB). Wo finden Kämpfe gegen den verschärften Arbeitszwang statt? Wie können wir sie verbreiten und verbreitern?

¹Siehe: Bodo Zeuner, Muße für alle als gewerkschaftliche Utopie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 7/95. Seine Überlegungen zu Muße werden aber letztendlich zur philosophischen Flankendeckung einer gewerkschaftlichen Politik der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, statt den vorhandenen Reichtum als konkrete Möglichkeit von wesentlich weniger Arbeit zu thematisieren!

²Siehe den Bericht in Zirkular Nr. 8.

★ Alle sagen: So kann es nicht weitergehen. Viele sagen: Bald wird es knallen. Zum Glück sind soziale Explosionen nicht voraussagbar. Wir wissen also nicht wann. Aber wir sollten sie vorbereiten und uns drauf vorbereiten.

2) Das »Bündnis für Arbeit« ist die richtige Gewerkschaftspolitik

Das »Bündnis für Arbeit« wird heute von vielen als Verrat der Gewerkschaften gegenüber ihren eigentlichen Aufgaben kritisiert. Damit wird die Hoffnung darauf gerichtet, die Gewerkschaften wieder zu den Kampf- und Widerstandsorganisationen zu machen, die sie eigentlich sein sollten. Daß der DGB jetzt mit Streik droht, da seine Wünsche in der aktuellen Sparpolitik zu wenig Berücksichtigung finden, nährt solche Hoffnungen. Wir wollen vor solchen Illusionen warnen. Den Kampf um bessere Bedingungen und gegen die zunehmende Ausbeutung müssen wir selber in die Hand nehmen. Gewerkschaften werden uns dabei wie immer im Weg stehen.

Von vielen Linken werden Gewerkschaften als ein freiwilliger Zusammenschluß von Arbeiterinnen und Arbeitern betrachtet, deren Aufgabe es sei, sich gegen die Ausbeutung zur Wehr zu setzen und die Konkurrenz unter den ArbeiterInnen auszuschalten. »Solidarität« sei das grundlegende Prinzip gewerkschaftlicher Organisation.

Mit der Wirklichkeit hat dieses **Idealbild** wenig zu tun, und es ist müßig, die real existierenden Gewerkschaften mit diesem Ideal zu konfrontieren. Im Gegenteil, es sichert ihnen ihre Legitimation – schließlich berufen sie sich selber gerne auf diese Vorstellungen.

Vier Thesen zu Gewerkschaft:

1. Freiwillige Zusammenschlüsse von ArbeiterInnen zur Durchführung von Streiks oder anderen Kämpfen waren und sind immer sehr **instabile Gebilde**. Sie zerfielen wieder, wenn die Bewegung und der Aufruhr vorüber war.

Regelrechte Organisationen, die über eine kurze Phase des Kampfes hinaus Bestand hatten, entstanden auch früher nur in besonderen Bereichen, vor allem bei Handwerkern und Facharbeitern, die schon durch ihre Qualifikation vor Konkurrenz geschützt waren, und diese nicht erst über die Organisation verhindern mußten. Zur Ausschaltung der Konkurrenz war es daher nötig, die Beachtung der Qualifikation oder anderer Merkmale bei der Einstellungspraxis zu fordern: z.B. den Ausschluß von Ungelernten, von Frauen oder von zugewanderten ArbeiterInnen. Im letzten Jahrhundert forderten die in den handwerklichen Bereichen entstehenden Gewerkschaften immer wieder solche Abschottungen der Arbeitsmärkte, wobei es teilweise fließende Übergänge vom traditionellen Zunftwesen gibt.

2. Für die dauerhafte und massenhafte Organisation auch der ungelerten ArbeiterInnen war es erforderlich, daß **die Unternehmer und der Staat diese Organisationen anerkannten**, d.h. ihnen die Funktion der Regulierung des Arbeitsmarkts und der Lohn- und Arbeitsbedingung zuwiesen. Diese Anerkennung erfolgte historisch immer dann, wenn die Kämpfe und der Aufruhr ein solches Ausmaß angenommen hatten, daß die Herrschenden ihre Herrschaft und die Ausbeuter ihre Ausbeutung bedroht sahen; oder wenn sie z.B. in Kriegssituationen die Arbeitenden für ihre nationalen Interessen mobilisieren wollten.

In Deutschland war der Erste Weltkrieg die entscheidende Phase: hier erfolgten die wichtigsten Weichenstellungen für die endgültige Anerkennung der Gewerkschaften und der Einrichtung des Sozialstaats. Wenn wir heute leichthin von den »sozialen Errungenschaften« sprechen, sollten wir nie vergessen, daß sie die Errungenschaft des ersten großen imperialistischen Gemetzels waren!

3. Was bedeutet diese Anerkennung, die von Gewerkschaftern durchweg als etwas Positives und Erstrebenswertes betrachtet und gefordert wird? Sie bedeutet einen **grundlegenden Funktionswandel** der zunächst freiwilligen Zusammenschlüsse. Anerkennung heißt, der Unternehmer sagt: »O.k. Jungs, ihr seid von nun an die, mit denen ich Verträge darüber abschließe, zu welchem Preis Eure Leute sich an mich verkaufen und wie ich sie ausbeuten darf. Aber dafür müßt ihr jetzt dafür sorgen, daß keiner aus der Reihe tanzt, daß nach geschlossenem Vertrag alle so wie vereinbart arbeiten, daß es nicht zu wilden Streiks kommt usw.« Der Preis für die Anerkennung ist es, daß die Gewerkschaften den produktiven Frieden aufrechterhalten, daß sie weniger als Macht gegen den Unternehmer funktionieren (mit dem haben sie sich ja geeinigt), sondern als Kontrollmacht gegen die ArbeiterInnen. Politisch und ideologisch heißt es, daß sie sich zum positiven Wert der Arbeit bekennen, denn nach dem Vertragsabschluß darf das regelmäßige Arbeiten nicht mehr in Frage gestellt werden.

Für die ArbeiterInnen hingegen ist der Konflikt mit dem Tarifvertrag nicht erledigt, sondern er geht jeden Tag auf der Arbeit weiter. Dort stehen ihnen dann die Gewerkschaften als Kontrolleure gegenüber, da sie den spontanen Haß auf die Arbeit nicht ausbrechen lassen dürfen.

4. Auf sich allein gestellt, als bloß freiwilliger Zusammenschluß von ArbeiterInnen wären die Gewerkschaften aber nicht in der Lage, diese Funktion zu erfüllen. Daher werden sie bei ihren Bemühungen vom Unternehmer und vor allem vom Staat unterstützt. Da sie vom Staat in allgemeiner Weise unterstützt werden, ergeben sich auch Gegensätze zwischen den staatlichen Regelungen und den Interessen einzelner Unternehmer, die es nicht für nötig halten, gerade in ihrem Betrieb die Gewerkschaften anzuerkennen (z.B. aktuell in Köln McDonalds). Dies ändert aber nichts daran, welche Funktion den Gewerkschaften insgesamt zukommt. (Als vor einigen Jahren die Unruhe unter den McDonalds-Beschäftigten zugenommen hatte, war die Firma schnell bereit, einen Vertrag mit der NGG über die Einrichtung von Betriebsräten zu schließen. Denn sobald die ArbeiterInnen sich selbst in Bewegung setzen, spürt auch der Unternehmer das Bedürfnis, auf eine kontrollierende und regulierende Instanz zurückgreifen zu können.)

Diese staatliche Unterstützung besteht in einer Vielzahl von arbeitsrechtlichen Regelungen, in der staatlichen Zuweisung eines Streikmonopols für die Gewerkschaften (jeder andere Streik ist illegal!) und in ihrer Einbeziehung in die sozialstaatlichen Verwaltungsgremien. Auch auf dieser allgemeinen staatlichen und gesellschaftlichen Ebene haben sie dafür den Preis zu bezahlen, die produktive Ordnung in der Nation aufrechtzuerhalten.

Zusammenfassend: die Organisierungsfähigkeit der Gewerkschaften hängt wesentlich davon ab, wie weit sie von Staat und Unternehmern anerkannt werden und von ihnen mit Funktionen beauftragt werden (Extrembeispiel Belgien: Auszahlung der Arbeitslosengelder durch die Gewerkschaftsbüros). Das erklärt, warum es für sie oberste Priorität hat, an Entscheidungen

beteiligt zu werden, mit am Tisch der Herrschenden zu sitzen, selbst dann, wenn dort nur noch über die Verschlechterung der Lebensbedingungen geredet wird (die folgenden Hinweise auf die Gewerkschaftspolitik vor 1933 stellt nur einen Extremfall dieses allgemeinen Verhaltensmusters dar). Da der Staat sich der Treue der Gewerkschaften versichern will, wird er ihnen dabei die Gelegenheit geben, sich auch gegenüber den ArbeiterInnen als »ihre« Organisation zu profilieren (z.B. gab's dann nur 3 statt 5 Prozent Kürzung bei der Arbeitslosenhilfe, das Gerangel um die Lohnfortzahlung ist möglicherweise ein abgekartertes Spiel, ein Scheinangriff, dessen Abwehr sich die Gewerkschaften dann auf ihre Fahnen schreiben können).

Es ist also kein böser Wille der Funktionäre, kein Verrat der gewerkschaftlichen Ideale, wenn sie solche Bündnisse wie jetzt eingehen. Es ist ihr nüchternes Wissen darum, worauf die sogenannte »Stärke« der Gewerkschaften beruht – nämlich auf ihre Anerkennung durch Staat und Unternehmer, also werden sie diese nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

[Hier folgte noch ein Teil zu den Mobilisierungen der IG BAU, die sich an der Darstellung und Dokumentation im Zirkular 25 orientierte.]

3) ADGB-Politik in den 20er und 30er Jahren

Es geht in diesem Teil darum zu zeigen, daß dieses aktuelle widerliche Gewinsel nach Arbeit (und zwar eben nicht nur als notwendiges Übel, weil man hier sonst nix zu fressen kriegt, sondern als völlige Überhöhung im Sinne von: wir sind alle scharf darauf, uns in euren Betrieben kaputtzumachen, unser Leben wird ohne Arbeit völlig leer) prinzipiell nichts DGB-spezifisches ist.

Bei den folgenden kurzen Hinweisen auf die Weimarer Republik und den ADGB³ geht es uns nicht darum, einen neuen Faschismus an die Wand zu malen oder auszumachen, ob wir uns jetzt im historischen Vergleich im Jahr 1931 oder 1932 befinden.

Wir wollen an einigen Punkten Parallelen zwischen ADGB- und DGB-Politik aufzeigen. Das Hauptziel beider Organisationen war und ist es, immer dabei zu sein und sich positiv auf den Staat zu beziehen, so daß sie mitreden und die Arbeit bzw. die Arbeitskraft mitverwalten dürfen und von Staat und Unternehmen als Verhandlungspartner anerkannt bleiben.

³Verwendete und weiterführende Literatur zu diesem Teil: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927-1933, Herausgegeben von Wolfgang Luthardt, 2 Bände, Frankfurt am Main 1978, (edition suhrkamp 923, 934); Peter Dudek, Erziehung durch Arbeit. Arbeitslagerbewegung und Freiwilliger Arbeitsdienst 1920 - 1935, Opladen 1988; Timothy Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich - Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1978 (2. Auflage); Siegfried Mielke / Peter Rütters, Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) - Modell für den gewerkschaftlichen Wiederaufbau? Diskussion in der Emigration und in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland, in: Vollmann, Hans-Erich (Hrsg.), Ende des Dritten Reiches - Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 675ff. (Eine Kurzfassung des Artikels erschien in der Nr. 5/1995 der Gewerkschaftlichen Monatshefte!); Voller Ullrich, Abmarsch der Arbeiter, in: Die Zeit, 30.4.1993; Karsten Linne, Walter Pahl - Eine Gewerkschafter-Karriere, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Nr. 4, 1988; John Zerzan, Unionism and The Labor Front, in: Telos, Nr. 28, Summer 1976.

Für diese Grundhaltung ein paar Beispiele:

– Der ADGB hat in jeder politischen Situation die unter einer SPD-Regierung im Oktober 1923 eingeführte Schlichtungsordnung inkl. der staatlichen Zwangsschlichtung anerkannt. Nachdem die NSDAP im September die ersten großen Stimmengewinne erzielt hatte, hieß es im ADGB-Zentralorgan »Gewerkschaftszeitung« am 15. November 1930: *»Grundsätzlich erkennen die dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften das Schlichtungswesen einschließlich der Verbindlichkeitserklärung in seiner heutigen Gestalt an. Warum? Weil es sich bei dem Schlichtungswesen einschließlich der Verbindlichkeitserklärung um ein staatspolitisches Problem, also um eine grundsätzliche Frage handelt, die nicht je nach der politischen Konstellation anders beantwortet werden kann.«*

– Ab Juni 1930 wurden Arbeitsgemeinschaften mit den Arbeitgebern zur Vermeidung von Arbeitskämpfen gebildet.

– Ab 1930 Unterstützung und Tolerierung der Notverordnungspolitik aller Präsidialkabinette bei Sozialabbau, Lohnsenkungen, Erhöhungen der Sozialversicherungsleistungen.

– Unterstützung der Arbeitsbeschaffungsprogramme, die immer mit Lohnsenkungen verbunden waren – nach anfänglicher Kritik des Freiwilligen Arbeitsdienstes (der Jugendliche »von der Straße holen« sollte) ab Juni 1931 dann die Parole »sozialistischer gegen nationalsozialistischen Arbeitsdienst«. Ab Anfang 1932 setzte sich in den Gewerkschaften angesichts der Krise die Meinung durch, die Arbeiterbewegung dürfe hier ihren Einfluß nicht verspielen, müsse die Stellung der rechten Verbände aufweichen und den FAD als kleineres Übel im Vergleich zur drohenden Dienstpflicht akzeptieren. Deshalb im Mai 1932: Schaffung eines eigenen Trägervereins ab 1932 (SPD, ADGB, Reichsbanner, AFA-Bund).

Das so akzeptierte und geförderte »kleinere Übel« ging dann (wie fast immer in der Geschichte) problemlos in das »größere Übel« über: ab Juni 1935 in Gestalt der Arbeitsdienstpflicht für alle Jugendlichen von 18 bis 25.

Nach dem 30. Januar 1933 suchte der ADGB das Gespräch mit NSDAP-Organisationen, um auszuloten, wie man eine nützliche Rolle unter der neuen Regierung spielen könne, so z.B. im April 1933 mit der NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) über eine zukünftige gemeinsame Organisationsform.

ADGB-Chef Leipart in einem Brief an Hitler am 21. März: *»Die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften müssen erfüllt werden, gleichviel welcher Art das Staatsregime ist.«*

Zitat aus der »Arbeit«, März 1933, Erdmann: *»Wir sind Sozialisten, weil wir Deutsche sind. Und eben deshalb ist für uns nicht das Ziel »der« Sozialismus, sondern das sozialistische Deutschland ...«*

Zitat aus der letzten Ausgabe der »Gewerkschaftszeitung«, 29. April 1933, Walter Pahl: *»Wir brauchen wahrhaftig nicht »umzufallen«, um zu bekennen, daß der Sieg des Nationalsozialismus, obwohl er im Kampf gegen eine Partei errungen wurde, die uns als Träger der sozialistischen Idee galt, auch unser Sieg ist, insofern die sozialistische Aufgabe heute der ganzen Nation gestellt ist.«* (Pahl war auch Leiter der Zentralstelle für den Freiwilligen Arbeitsdienst beim ADGB und wurde nach 1945 der erste Chefredakteur des DGB-Theorieorgans »Gewerkschaftlichen Monatshefte«.)

Programmatisch und praktisch hatte sich der ADGB in der Weimarer Republik mit jeder Regierung angefreundet und auf jeden ernsthaften Widerstand verzichtet, entsprechend verhielt sich der ADGB zur »Machtergreifung« wie zu einem ganz normalen Regierungswechsel und nicht wie zu dem Bruch, wie in der Geschichtsschreibung immer behauptet wird.

Einige Zitate aus Gewerkschaftszeitungen können dies illustrieren: »Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben« (Juli '32), »Laßt euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten« (Anfang Februar '33), »Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden« (April '33).

Der 2. Mai 1933, in der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung das Datum, das für die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen steht, war dann von den Faschisten aus gesehen in Wirklichkeit eher eine radikale Scheinaktion zur Beruhigung ihrer aufgeputschten Anhänger und zur Einschüchterung der Bevölkerung, während die Gewerkschaften vorher eine Politik der Selbstgleichschaltung betrieben hatten.⁴ Ganze ADGB-Ortskartelle konnten ab Mai 1933 in die DAF übernommen werden, die alle Betriebsmitglieder entsprechend der Volksgemeinschaftsideologie in einer zentralen Einheitsorganisation zwangsweise zusammenfaßte.

Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) – Modell für den gewerkschaftlichen Wiederaufbau?

[Der folgende Teil zur Kontinuität von Strukturen der DAF im Aufbau-prozeß des DGB wurde auf der Veranstaltung nicht mehr ausgeführt. Er beruht im wesentlichen auf dem Aufsatz von Mielke / Rütters, siehe Literaturhinweise.]

Interessanterweise hat der zentralistische Aufbau der DAF mit territorial gegliederten Organisationseinheiten, organisatorisch unselbständigen und untergeordneten Reichsbetriebsgemeinschaften sowie Zwangsmitgliedschaft und Zwangsbeiträgen auf die Diskussionen zur Neugründung von »freien Gewerkschaften« nach Ende des Faschismus starken Einfluß gehabt. Dabei ging es im wesentlichen um die Struktur der zentrale Einheitsorganisation, welche als Ziel bereits während der Weimarer Republik intensiv diskutiert worden war. Die Zerschlagung des ADGB schaffte für die anstehenden Entscheidungen neue Voraussetzungen.

In verschiedenen Exilländern wurde unter deutschen Gewerkschaftsfunktionären diskutiert, ob das organisatorische Gerippe der DAF zur Überwindung der Richtungsgewerkschaften (»Schluß mit den Splitterorganisationen!«) und zur Einführung von Zwangsmitgliedschaft nicht (zumindest zeitweise) zu erhalten sei. Typisch z.B. Tarnow, ein altgedienter ADGB-Spitzenmann: »Die Zusammenhaltung aller Arbeitnehmer in einer Einheitsorganisation zur besseren Aufrechterhaltung der Ordnung während der schicksalentscheidenden Übergangszeit und zu Schulungs- und Erziehungszwecken entspricht ebenso dem gewerkschaftlichen als auch dem Staatsinteresse.«

Nach Mai 1945 stellte sich aber schnell heraus, daß es nichts von der DAF zu übernehmen gab: Sie war von den Alliierten verboten worden, und ihre Funktionäre hatten Organisations- und Verwaltungsunterlagen weitgehend vernichtet. Die Anordnungen der Militärregierungen betonten die Notwendigkeit eines demokratischen Neuaufbaus der

⁴Siehe die Mason-Zusammenfassung in Zirkular Nr. 17.

Gewerkschaften von unten (also nicht zentralistisch) und einer demokratischen inneren Willensbildung. Lohn- und Arbeitszeitfragen durften aber zunächst nicht Gegenstand von Kollektivverhandlungen sein! Faktisch trugen die komplizierten Genehmigungsverfahren und die ständigen Eingriffe der Militärregierungen zur Hemmung derjenigen Gründungsmodelle bei, die in Anlehnung an die DAF Zwangsmitgliedschaft und -beiträge sowie zentralistische Strukturen bevorzugten.

Viele lokale Gewerkschaftsgründungen verstanden sich sowieso eher als Teile einer zukünftigen Gesamtorganisation, während regionale Initiativen sich eher als maßgebliche Kerne einer neuen gesamtdeutschen Gewerkschaft sahen. Letztere bewiesen in ihren Debatten 1945/46 durchaus strukturelle Nähe zur DAF. Der angestrebte Zentralismus wurde von Leuten wie Hans Böckler hauptsächlich mit zwei Argumenten begründet: 1. müßten Gewerkschaften die Ressourcen bündeln, um nach 12 Jahren Faschismus eine Erziehungsfunktion wahrzunehmen (»die geistige Umstellung der arbeitenden Masse entschieden in Angriff zu nehmen«, Originalton Böckler); 2. hätten die Gewerkschaften in der neuen Wirtschaftsordnung und dem neuen Staat nicht mehr den alten Klassengegner gegenüber und würden eine maßgebliche Kontrolle der ganzen Wirtschaft erreichen, eine Funktion, die nur eine zentralistisch organisierte Gewerkschaft wahrnehmen könnte. ★



Proletarier aller Länder, unterbietet Euch?

Über Razzien, Entsendegesetz und die Arbeitsbedingungen von Flüchtlingen in der BRD

Bedroht unkontrollierte Zuwanderung den bundesdeutschen Sozialstaat? Viele neu Zugewanderte müssen sich mit den miesesten Jobs herumschlagen, oft ohne jede soziale Absicherung. Das paßt bestens zur derzeitigen Deregulierungs-Offensive von "oben". Deutsche GewerkschafterInnen antworten mit Rufen nach Razzien und "Grenzen dicht".

Das Tübinger ZAK (Zentralamerikakomitee) veröffentlicht in diesen Tagen eine Broschüre, in der Flüchtlinge in Interviews über ihre Arbeitsbedingungen berichten (Gastronomie, Müll-, Putz- und Baubranche). In mehreren Hintergrundtexten analysiert das ZAK den Zusammenhang von Flucht/ Migration und ökonomischer Deregulierung in der BRD. Das folgende Diskussionspapier ist das (leicht gekürzte) Schlußkapitel der Broschüre (Bestelladresse siehe Anzeige auf dieser Seite).

Wir treten grundsätzlich für die rechtliche und soziale Gleichstellung von MigrantInnen und Deutschen ein. Wer volle politische Rechte (einschließlich des Aufenthaltsrechts) hat, kann auch besser für soziale Rechte kämpfen. Allerdings ist es nicht damit getan, einfach nur "Bleiberecht für alle" zu fordern, wie wir (und viele andere antirassistische Gruppen) es bisher getan haben. Wir müssen uns auch darum kümmern, wie Flüchtlinge und MigrantInnen hier ihren Alltag und Lebensunterhalt bewältigen müssen. (...) Einerseits haben Menschen in der Dritten Welt und Osteuropa nach jahrhundertelanger Ausplünderung jedes Recht, am westeuropäischen Wohlstandskuchen teilzuhaben. (Gerade in Osteuropa, woher heute die meisten MigrantInnen kommen, hat sich Deutschland beim Ausplündern besonders hervorgetan!) Wer es schafft, in die Bundesrepublik zu gelangen, kommt dabei freilich noch lange nicht in die "Konditorei", sondern

Neue Broschüre ueber Arbeitsbedingungen von Fluechtlings in der BRD

"Rechtslos auf Arbeit - Fluechtlings berichten" heisst eine neue Broschüre des ZAK (Zentralamerikakomitee) Tuebingen. Die Broschüre wendet sich an alle Menschen in der Asyl-, Fluechtlings- und Gewerkschaftsarbeit.

In zehn Interviews kommen Fluechtlings zu Wort, die ihre Arbeitsbedingungen in der Gastronomie, beim Muell-Sortieren, beim Putzen und auf dem Bau schildern. Dazu gibt es Hintergrundtexte ueber auslaendische Frauen auf dem deutschen Arbeitsmarkt und ueber den Zusammenhang von Flucht/Migration und oekonomischer Deregulierung/Sozialabbau in der BRD. In einem Abschlusskapitel werden Thesen zu Razzien und Entsende-Gesetz formuliert und die bisherigen gewerkschaftlichen Positionen dazu kritisiert.

Die Broschüre (64 Seiten) ist erhaeltlich beim ZAK, Beihlestr. 40, 72070 Tuebingen, Tel. 07072-60298.

(1 Ex. 7 Mark, 5 Ex. 20 Mark, 10 Ex. 35 Mark, jeweils bereits inkl. Porto). Nur gegen Vorauszahlung (Briefmarken oder Ueberweisung): Konto P.Seitz/ZAK, KSK Tuebingen, BLZ 64150020, Nr. 155 8726.

muß oft schon froh sein, ein bißchen hartes Brot verdienen zu können.

Andererseits untergraben die neuen ZuwandererInnen mit ihrer Bereitschaft zu niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen die bisherigen Standards. Dies stellt den bisherigen Lebensstandard der Einheimischen in Frage. Eine rücksichtslose Konkurrenz "aller gegen alle" auf dem Arbeitsmarkt führt zu einer endlosen Spirale nach unten, bei der am Ende alle Lohnabhängigen verlieren und nur das Kapital gewinnt.

Deutsche Facharbeiter gegen tschechische Pendlers?

Dieses einerseits-andererseits führt nicht selten zu einem unlösbaren Widerspruch. 50jährige einheimische Bauarbeiter in der Oberpfalz finden keine Arbeit mehr, weil die Baufirmen zu einem Spottpreis genügend junge tschechische Pendlers anheuern. Die Pendlers gehören wiederum in ihren Herkunftsländern zu den Privilegierten. Wer hat da "Recht"?

Als Flüchtlings-UnterstützerInnen verteidigen wir das Recht des Pendlers, in die BRD zu kommen und hier am Wohlstand teilzuhaben. Und, wenn es nun mal nicht anders geht, auch für nur fünf Mark die Stunde zu arbeiten und damit die teurere deutsche Konkurrenz zu unterbieten. Warum soll ein tschechischer Pendlers weniger Recht auf Einfamilienhaus, Neuwagen und Satellitenfernsehen haben als sein deutscher Kollege?

Als Gewerkschafts-Mitglieder protestieren wir dagegen: Niemand hat das Recht, auf eigene Faust kollektiv erkämpfte Errungenschaften (z.B. Tariflohn) zu unterlaufen. Das öffnet der Willkür der Unternehmer Tür und Tor. Wir verteidigen die mühsam erkämpfte Absicherung des Oberpfälzer Facharbeiters, dessen

Angst vor dem sozialen Abstieg sich nicht einfach als "Wohlstands-Chauvinismus" abtun läßt (wie es manche AntiRassisten gern tun). Allerdings rechtfertigt diese Angst in keinem Fall rassistische Angriffe gegen ausländische Vertragsarbeiter.

Es geht uns nicht darum, moralische Noten zu verteilen, wer am meisten "Recht" hat, sondern darum, die realen Konflikte zu verstehen. Diese Konflikte lassen sich nicht mit wohlfeilen Parolen von der "Einheit der Arbeiterklasse", "internationaler Solidarität" oder "offenen Grenzen" auflösen. Die alte Parole "Black and white, unite and fight!" ist zu einfach.

Es gibt vielfältige Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Gruppen. Die herkömmlichen Trennungen nach Herkunft, Geschlecht, Alter, Qualifikation (etc.) werden ständig neu (re-)produziert oder weiter ausdifferenziert. Von diesen Spaltungen profitiert nicht nur das Kapital, auch unter den Beschäftigten gibt es NutznießerInnen und VerliererInnen. Ein Beispiel: Weil ImmigrantInnen die dreckigsten und am niedrigsten bezahlten Arbeitsplätze im Betrieb übernehmen, können ihre deutschen KollegInnen in besser bezahlte (VorarbeiterInnen-)Jobs aufsteigen.

Freilich sind nicht immer Deutsche die Privilegierten und AusländerInnen die Benachteiligten. Die Konfliktlinien laufen manchmal auch quer zur Staatsangehörigkeit. Ein Beispiel: Ein langjähriger türkischer Daimler-Arbeiter gehört zur abgesicherten einheimischen Kernbelegschaft. Dagegen findet seine deutsche Nachbarin nur 590-Mark-Jobs. Wenn wir von einem Interessenkonflikt zwischen Einheimischen und ImmigrantInnen reden, dann ist das selbstverständlich eine Vereinfachung. Im Einzelfall muß mensch immer genau beschreiben, wer auf welcher Seite steht. In welchem Verhältnis stehen nun die Interessen von "einheimischen Kernbeleg-

schaften" zu den Interessen von "neuen ImmigrantInnen"? An welchen Punkten überwiegen die Gemeinsamkeiten? Wo überwiegt die Konkurrenz?

Konkurrenz "ganz unten"

In der Regel (außer auf dem Bau) sind es kaum deutsche FacharbeiterInnen, die mit neuen ImmigrantInnen konkurrieren. Denn für Flüchtlinge und Illegale bleibt meist nur der "unqualifizierte" Arbeitsmarkt. Das gilt auch für viele hochqualifizierte ImmigrantInnen, weil ihre Zeugnisse hier nicht anerkannt werden. Die Arbeitsmärkte für qualifizierte und für unqualifizierte Jobs sind so stark segmentiert (aufgeteilt), daß zwischen den beiden Bereichen kaum eine unmittelbare Konkurrenz besteht.

Die eigentliche Konkurrenz findet "weiter unten" statt: Die "Neuen" konkurrieren vor allem mit bereits "etablierten" ImmigrantInnen und prekär beschäftigten Deutschen. Hier wirkt die Spirale nach unten am brutalsten. Ähnliches gilt übrigens auch in den USA und in anderen Einwanderungsländern. Da haben junge Deutsche mit Uni-Diplom (so wie wir) gut reden. Unsere Arbeitsplätze macht uns so schnell kein Billiglohn-ArbeiterIn streitig.

Trotzdem gibt es die Probleme "Lohnrückerei durch Billig-Arbeitskräfte" und "ausgehöhlte Standards" nicht nur auf dem Bau oder in der Gastronomie. Langfristig werden auch die traditionellen "Kernbelegschaften" bedroht, wenn in den "unteren" Sektoren die Standards immer weiter abbröckeln, wenn es immer selbstverständlicher wird, daß Leute ohne geregelte Arbeitszeit, Sozialversicherung und Urlaubsanspruch malochen. Auch der Daimler-Facharbeiter mit 13. Monatsgehalt und Kündigungsschutz hat eine Drohung vor Augen: den indischen Mechaniker, der in einer Schwitzbude in Bombay oder in

Böblingen zum Hungerlohn die Zuliefer-Produktion übernehmen kann.

Bei allen gegenläufigen Interessen haben beide Gruppen doch auch Gemeinsamkeiten. Wenn es nach dem Kapital geht, dann sollen alle ihre Arbeitskraft immer billiger verkaufen, dann sind die sozialen Sicherungen für alle zu großzügig. Wenn die Löhne der (relativ gut bezahlten) FacharbeiterInnen sinken, bekommen das früher oder später auch ihre KollegInnen am unteren Ende der Hierarchie zu spüren. Wenn soziale Sicherungen "unten" abgebaut werden, ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch "oben" gestrichen wird. Jeder Einbruch an einer bestimmten Stelle schwächt die Gesamtheit der abhängig Beschäftigten.

Deswegen wäre es durchaus im Eigeninteresse der Gewerkschaften, sich um die Arbeitsbedingungen "ganz unten" zu kümmern - dort, wo viele Flüchtlinge und illegalisierte MigrantInnen arbeiten. In vielen Fällen wäre schon viel gewonnen, wenn die Betroffenen "nur" ihr gesetzliches Recht bekämen. In Branchen wie Hotel und Gaststätten, Einzelhandel und Bau gelten sogenannte Bundesrahmentarifverträge, die zumindest auf dem Papier gewisse Mindeststandards für alle sichern - auch wenn der/die ArbeitgeberIn keinen Tarifvertrag unterschrieben hat. Bundesurlaubs-, Entgeltfortzahlungs- und Kündigungsschutz-Gesetze gelten auch ohne schriftlichen Arbeitsvertrag. Die meisten Flüchtlinge haben davon keine Ahnung. Und selbst diejenigen, die Bescheid wissen, trauen sich angesichts der Kräfteverhältnisse nur selten, ihre Rechte einzufordern.

Mindeststandards für alle?

Ein erster Schritt könnte sein, überall gewisse Mindeststandards durchzusetzen und so zu verhindern, daß sich die Spirale bei den Löhnen und Arbeitsbedingungen immer

weiter nach unten dreht. In diesem Wohlstandsland soll niemand mehr für sieben Mark Stundenlohn Küchenböden schrubben müssen. Für viele Flüchtlinge wären "12 Mark plus Sozialversicherung" schon ein Riesen-Fortschritt.

Allerdings ist auch dieses Minimalziel nicht unproblematisch (mal dahingestellt, ob es überhaupt wirklich flächendeckend realisierbar ist). Die Durchsetzung von Mindeststandards könnte kurzfristig "neuen" MigrantInnen schaden. Denn mancheR KneipenbesitzerIn mag sich sagen, "für 12 Mark Stundenlohn plus Versicherung finde ich auch einen deutschen Jobber". Die "neuen" MigrantInnen und Illegalisierten könnten ihren "Wettbewerbsvorteil" nicht mehr ausspielen - eben billiger zu sein. Es gäbe folglich immer weniger Nischen, in denen diese MigrantInnen - zu den bisherigen brutalen Ausbeutungsbedingungen - Arbeit finden könnten.

Mindeststandards und Tarifverträge haben auch etwas Ausschließendes gegen diejenigen, die es nicht schaffen, in ein solches "gesichertes" Arbeitsverhältnis reinzukommen. Ein Beispiel dafür ist das sogenannte Entsendegesetz für die Bauwirtschaft. Damit sollen gewisse "allgemeinverbindliche" Mindeststandards durchgesetzt werden - mit der Absicht, ausländische Billig-Arbeitskräfte vom deutschen Markt fernzuhalten. Höhere Mindeststandards in der BRD können auch dazu führen, (potentielle) MigrantInnen noch weiter aus der "Wohlstandsfestung Westeuropa" auszugrenzen.

Razzia? Nix da!

Der Staat gibt vor, bestimmte Mindeststandards durchsetzen und "Schwarzarbeit" und "illegale Beschäftigung" bekämpfen zu wollen. Sein Mittel: Razzia. Auch viele

GewerkschafterInnen rufen nach Arbeitsamt-Kontrollen und Polizei, um Lohn-Dumping zu bekämpfen. Auch manche Linke sehen - angesichts der eigenen Ohnmacht - den Staat als einzigen Schutz gegen Über-Ausbeutung durch UnternehmerInnen. Angeblich sollen Razzien auf Baustellen, in Kneipen und Bordells "skrupellosen Menschenhändlern" das Handwerk legen. Die Leidtragenden solcher Razzien sind allerdings meistens nicht die Bauunternehmer, Kneipenbesitzer und Zuhälter. Sie können die fälligen Bußgelder in der Regel aus der Portokasse bezahlen. Die Beschäftigten werden dagegen festgenommen und abgeschoben - und werden so sogar noch um den ihnen zustehenden Lohn betrogen.

Razzien verschlimmern nur die Situation der irregulär Beschäftigten. Weil ihnen ständig die Angst vor der nächsten Polizeikontrolle im Nacken sitzt, trauen sie sich noch weniger, Forderungen zu stellen und sich für ihre Interessen zu organisieren. Ohne das Druckmittel "Razzia" könnte mancher Unternehmer wohl kaum dermaßen beschissene Arbeitsbedingungen erzwingen. Was viele (auch in den Gewerkschaften) übersehen: Razzien verhindern nicht die Beschäftigung von Illegalisierten. Sie sorgen "nur" dafür, daß die KollegInnen ohne gültige Papiere eingeschüchtert werden. Damit dienen Razzien als Instrument zur Lohnsenkung und Arbeitsintensivierung gegen alle Beschäftigten.

Wer soll Mindeststandards durchsetzen?

Gesetzliche Mindeststandards lassen sich auch ohne Razzien durchsetzen. Beispiel USA: Dort kann jedeR (auch "Illegale") vor Gericht gegen Verstöße gegen das Mindestlohnsgesetz oder gegen Arbeitsschutz-Bestimmungen klagen - ohne daß Justiz oder Polizei den Aufenthaltsstatus der KlägerIn ermitteln.

Wenn dagegen in der BRD "Illegale" vor Gericht gehen würden, droht ihnen die Abschiebung.

Unter den gegebenen Bedingungen in der BRD ist für uns klar, daß "anständige" Löhne und Arbeitsbedingungen nicht von "außen" (etwa durch das Arbeitsamt) durchgesetzt werden können, sondern nur von den Betroffenen selbst. Unsere Aufgabe ist es, solche Bemühungen zu unterstützen. Die Beschäftigten müssen über ihre Rechte informiert werden. Sie brauchen materielle Ressourcen, um sich zu organisieren (Treffpunkte, Telefon, Flugblätter,...). Wenn es die Betroffenen wünschen, können wir helfen, ihre Ausbeutung öffentlich zu machen, und können sie mit Aktionen unterstützen.

Innerhalb eines Betriebes braucht es die Solidarität der besser gestellten und abgesicherten KollegInnen. Wenn ALLE Beschäftigten tatkräftig protestieren würden, wenn ihre "illegalen" KollegInnen (bzw. Flüchtlinge oder Werksvertrags/Saison--ArbeiterInnen) um ihren Lohn geprellt werden, wäre diese weitverbreitete Praxis schnell vorbei.

Auch andere gesellschaftliche Institutionen und soziale Einrichtungen sind hier gefragt. Caritas, Diakonie, Wohlfahrtsverbände und Flüchtlingsräte müssen die sozialen Bedingungen, unter denen Flüchtlinge und Illegalisierte in diesem Land leben müssen, stärker zum öffentlichen Thema machen. Ein wichtiger Schritt zur tatkräftigen Solidarität wäre auch hier eine gezielte Rechtsberatung für Arbeits- und Sozialrecht, die selbstverständlich vertraulich erfolgen muß.

Die skrupellose Ausbeutung vieler Flüchtlinge und ImmigrantInnen wäre kaum möglich, wenn alle Menschen hier den gleichen rechtlichen Status hätten. Damit wäre zwar nicht das System der

Ausbeutung abgeschafft, aber zumindest gäbe es weniger Ansatzpunkte für Spaltungen unter den Beschäftigten und Einschüchterung von "Illegalen" - und mehr Ansatzpunkte für eine gemeinsame Gegenwehr. Deswegen:

- Aufhebung der Deutschen-Bevorzugung durchs Arbeitsamt (Blüm-Erlaß)!
- Keine Razzien!
- Arbeitsrechtliche Klagemöglichkeit für "Illegale" ohne Gefahr für den Aufenthalt!
- Legalisierung und Aufenthaltsrecht für alle "Illegalen"!
- Bleiberecht für Alle!
- Abschaffung aller Sondergesetze gegen MigrantInnen und Flüchtlinge!

aus: ak 391 vom 30.5.1996

Kritik der Antinationalen

Im Moment läuft hier in Leipzig ein Papierkrieg zwischen der örtlichen Abteilung der Antinationalen und mir, der in dem Leipziger "Magazin für Phantasie und Praxis" Klarofix öffentlich ausgetragen wird. Ausgangspunkt war ein Text der Antinas, den sie als Referat bei einer Diskussionsveranstaltung mit der "Offensive in der PDS", einer Gruppe von ziemlich jungen Leuten, die sich innerhalb der PDS organisieren und das auch noch gut finden. In dem Text, der hier als erstes in wesentlichen Auszügen (fremde Texte kürzen ist vielleicht 'n Scheißjob) abgedruckt ist, lamentieren die Antinas im wesentlichen gegen den Massenansatz der PDS, der sie (zurecht) vorwerfen, durch ihren unkritischen Massenbezug (ich würde dazu Stimmenfang sagen) latent und offen nationalistisch und rassistisch zu argumentieren. So nach dem Motto: die Massen sind rassistisch, wenn ich sie also erreichen will, muß ich irgendwie ihren Nerv treffen. Hier in Leipzig hatte das dazu geführt, daß ein Dresdner PDSler während einer Podiumsdiskussion von einem "positiven Nationalismus" gesprochen hat, den man gegen die "internationale Politik des Kapitals" entwickeln müsse.

Bei den Antinas geht die Ablehnung dieses Ansatzes dann dorthin, wo wir sie kennen: von "Klasse und Kapital" kann nicht mehr gesprochen werden, die "Masse" muß bekämpft werden, unser Sinn ist auf jeden Fall ohne revolutionäre Perspektive. Als "besonders obszönes Beispiel" wird die Mannheimer wildcat-Gruppe aufgeführt (ohne daß sie jedoch namentlich benannt wird), und es wird völlig verzerrend aus der WILDCAT#60 zitiert. So ähnlich ist das ja auch im Vorfeld der Paderborn/Büren-Geschichte vom ADAC in der Interim gemacht worden.

Dem habe ich in meinem Artikel versucht, einen anderen Ansatz von "Klasse und Kapital" und von "Massenbezug" entgegensetzen, das alles dürfte hier ja aber nicht so neu sein. Ich stelle das hier trotzdem zur Diskussion, auch in Leipzig ist die Sache wohl noch am Laufen (wie ich gehört habe, haben die Antinas eine Reaktion auf meinen Artikel verfaßt, obwohl sie nun gerade nicht diejenigen waren, mit denen ich mich in Zukunft zu streiten gedachte).

Revolutionäre Perspektiven, Massenansatz und antinationale Kritik

...
"Die Zugehörigkeit zu Nationen gehört zum objektiven Befund der Gesellschaft. Man kann aus seiner Nation nicht aussteigen. Nationaler Nihilismus ist im Grunde umgekehrter Nationalismus. Gegen die Gefahr von rechts richtet er nichts aus, die Adressaten linker Politik verunsichert er auf einem elementaren Feld ihres Selbstverständnisses."
Ludwig Elm, Mitglied d. Bundestages, PDS (sic!)

Wahlslogans 1994:

CDU: Arbeit durch Aufschwung!

SPD: Arbeit! Arbeit! Arbeit!

REP: Arbeit für Deutsche!

PDS: Arbeit her!

"Es herrscht völliges Chaos. Der Kapitalismus befindet sich in der Auflösung. ...du und ich sollten voller Hoffnung auf eine nicht allzu ferne Verwirklichung des Sozialismus sein und schon

heute alles für dessen Verwirklichung tun - mit all unserer Kraft."
Jürgen Kuczynski, Ökonom, 1996

Ausgangspunkt für Überlegungen zu revolutionären Perspektiven sollte immer Lenins Definition der revolutionären Situation sein:

Die Herrschenden wissen auf bisherige Weise nicht mehr weiter, die Unterdrückten wollen nicht mehr weiter.

2 Punkte sind in diesem Zusammenhang m.E. wichtig:

1.) Existiert nach allgemeinem Verständnis von Herrschenden und Unterdrückten (Ausbeuter- und ausgebeutete Klasse, heute also: "Lohnabhängige und Kapital" -> marxistische Sicht bzw. "arm und reich" -> nichtmarxistische Sicht) eine solche Situation bzw. besteht die Chance, daß sie einmal existieren wird?

2.) (hätte eigentlich vor der 1. gestellt werden müssen, verlangt aber tieferes Eingehen)

Wer genau sind Herrschende und Unterdrückte? Die Überlegungen beziehen sich auf das uns umgebende Wirtschaftssystem: Marktwirtschaft/Kapitalismus.

Zum 1. Punkt:

Weder wollen die Unterdrückten nicht mehr weiter, noch wird diese Gesellschaft in absehbarer Zeit zulassen, daß größere Massen auf ein Niveau verelenden, das sie nicht mehr weiterwollen läßt. Die Offensive teilt diese Einschätzung, wie ich annehme. Es gibt sicherlich nur einige wenige tragikomische Linke, die den Kapitalismus aktuell in der Barbarei versinken sehen. ... Doch auch wenn eine Verelendung breiter Massen bevorstünde, ist kaum glaubhaft, daß diese die lichten Höhen des Sozialismus erobern werden, denn diese Massen tendieren nicht zum Kommunismus sondern zum Faschismus (Elsässer). In einer Zeit, in der die Bourgeoisie neue Märkte erschließen muß und nicht gewillt ist, den Kapitalfluß an den Grenzen zurückzuhalten, in der sie besorgt ist, daß rassistische Anschläge sich ungünstig auf

den Export auswirken, kurz: in der sie sich kosmopolitisch, antinationalistisch verhalten muß, bettelt das "revolutionäre Subjekt" um seine Ausbeutung innerhalb der nationalen Grenzen. Träger des Nationalismus mit Tendenz zum Faschismus ist somit nicht die Bourgeoisie, sondern das angestammte Hätschelkind der Linken: das Proletariat.

Das verzweifelte Festhalten am revolutionären Subjekt im Kapitalismus, d.h., an der Arbeiterschaft (ganz schlaue Marxmodernisierer dehnen den Begriff auch auf alle auf irgendeine Art und Weise vom Kapital Unterdrückten aus) entspringt, glaube ich, dem Mangel an vorstellbaren Alternativen. Es scheint für viele Kritiker antinationaler Positionen keinen Sinn zu machen, auf Massen zu verzichten; denn wie anders soll die Idee zur materiellen Gewalt werden, wenn sie nicht die Massen ergreift?

Die Frage ist falsch, denn es ist bis jetzt nach wie vor ungeklärt, wer Herrscher und wer Unterdrückter, wer Minorität, wer Majorität ist.

2. Herrscher und Unterdrückte.

Obwohl das Kapitalverhältnis in dieser Gesellschaft nach wie vor besteht, Eigentümer von Produktionsmitteln und Lohnarbeiter existieren, werden die scharfen Klassengegensätze verwischt. Der geknechtete, 14h täglich schuftende Prolet, der mit seinen Klassenbrüdern auf engstem Raum zusammengepfercht ist, gehört der Vergangenheit an, ebenso wie der zynische, dicke Kapitalist mit Melone. Teamarbeit und "Geschäftsprozessoptimierung" werden vom vermeintlichen revolutionären Subjekt begeistert auf- und nicht angegriffen. Nicht nur denkbar, sondern in großer Zahl vorhanden sind Arbeiter, die Aktienbesitzer, mithin Eigentümer von Produktionsmitteln sind und andererseits hedonistische Manager, die Dienst nach Vorschrift machen und ihren Lohn (denn sie sind ja lohnabhängig!) entweder vollständig verjubeln bzw. in antirassistische Projekte "investieren".

Hinzu kommt, daß in Zeiten, in denen die entwickelte kapitalistische Produktionsweise in ihren Zentren (wir leben in einem solchen Zentrum) dafür sorgt, daß nach wie vor niemand von akuter Armut

betroffen sein muß, mitnichten nur die Möglichkeit existiert, Klassegegensätze zu sehen, sondern (mindestens) auch den Gegensatz, zwischen "dem Individuum als Träger von Produktionsverhältnissen und dem 'freizeit-orientierten', hedonistischen Individuum im Nichtarbeitsbereich" (G. Jacob), heißt: Klassenzugehörigkeit ist in weitem Umfang wählbar, der Zwang zur Lohnarbeit, um die pure Subsistenz zu sichern, existiert in unserem Umfeld nicht mehr (i. vgl. zu Marx' Zeiten, bzw. noch nicht in Bezug auf die Attraktivität deutscher Sekundärtugenden, bei denen "Arbeitswille" jedoch nach wie vor an oberster Stelle steht)... Spätestens im Taumel nationaler Besoffenheit sanken sich nationales Kapital und nationale Arbeiterschaft in die Arme: nicht die Klasse, "sondern der Ursprungsmythos 'Ethnizität' (wurde) zur entscheidenden Vergemeinschaftungskategorie" (G. Jacob).

... Wer also gehört zum revolutionären Subjekt: Diejenigen, die in Rostock-Lichtenhagen das Feuerwerk zündeten (und die hinterher von massenbegeisterten Linken aufgefordert wurden, sich in eine antirassistische Demonstration einzureihen), oder das Lübecker Ehepaar, das anlässlich einer Demonstration zum Brandanschlag in ihrer Stadt bemerkte: "Weizen und Mais muß man trennen. sonst klappt es nicht."?

All das seien Extreme, nicht repräsentativ für die Menschen dieses Landes, wird behauptet.

Davon abgesehen, daß (nach Angaben einer gut informierten MigrantInnengruppe) 80% der Täter/-innen bei rassistischen Angriffen nicht zum rechtsextremen Rand gehörten, sondern Normalbürger waren und daß ¾ der Einwohner dieses Landes einen Führer wünschen (Forsa-Umfrage 1992), ist auch sonst offenkundig, daß sich im Angesicht eines rassistischen Konsens' in diesem Land jede Massenagitation verbietet: eine breite Mehrheit dieses Landes trug den sogenannten Asylkompromiß mit und auch in trad. SPD-Wähler-Haushalten wurde es zum Gemeinplatz, daß – bei aller Sympathie für den Döner-Mann

um die Ecke – ein ungebremsster Ausländerzuzug Deutschland überfordert. Ebenfalls nicht zur extremen Rechten zählen die Leipziger Studenten, die nichts gegen das Aussprechen von Hausverboten wegen Drogenhandels in der Mensa unternahmen, obwohl selbst von der LVZ zugegeben wurde, daß eindeutig rassistische Kriterien zur Auswahl der zu Durchsuchenden herangezogen wurden. Die Hausverbotslisten blieben hängen.

...

Auch die Bewohner aus dem Arbeiterviertel Mannheim-Schönau – durch die Bank keine faschistischen Kader oder rechten Skinheads – die mit Gewalt gegen Asylbewerber vorgingen, sind potentiell revolutionäres Subjekt. Und prompt wurden sie auch aus Anlaß ihrer Angriffe gegen dort lebende Asylbewerber von einigen linken Dumpfbacken umworben, von Leuten, die behaupten, daß die "Rebellion" der Bewohner gerechtfertigt sei, sich nur eben gegen das falsche Ziel richte. "Hauptsache, Massen sind auf der Straße, irgendwie weisen wir ihnen schon den Weg", scheint ihr Motto zu sein. Bei ihrer Werbung machen sie auch vor blankem Rassismus nicht halt: "es ist klar, daß die Unterbringung von über 200 Menschen ... die aus verschiedenen Kulturkreisen kommen zu Spannungen führt." (aus dem Flugblatt). Ein der Gruppe nahestehendes Zirkular führt die schlechten Wohnbedingungen in Schönau an und sekundiert: "Es gibt eine sehr große Drogenszene, vermutlich ... weil es viele GI's gibt". Die linken Flugblattverteiler kommen nicht einmal auf die Idee, den Normalbürgern von Schönau ins Hirn zu hämmern, daß es unanständig ist, Wehrlose anzugreifen, nein, ihre größte Sorge gilt den Befindlichkeiten des Mobs und dessen Verhalten, das von ihnen, als gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet, eingeschätzt wird (was sie aber nicht daran hindert, die "Ereignisse als Probleme des Klassenkampfes zu interpretieren"). Dieses ganz besonders obszöne Beispiel der Anbiederung an das vermeintliche revolutionäre Subjekt, lege ich der "Offensive" ausdrücklich als Warnung ans Herz. Jede primär antikapitalistische Gruppe ist der Gefahr ausgesetzt, durch Massen-

orientierung Zugeständnisse an das rassistische Vokabular der Masse zu machen.

Und übrigens verstehen sich auch die Autonomen, die in schöner Regelmäßigkeit griechische Restaurants, französische Kaufhäuser und die Autos türkischer "Bonzen" (auch der Gemüsehändler könnte damit gemeint sein), zerstören - als antikapitalistisch, von der "Nationalen Alternative" ganz abgesehen. Das Ressentiment der "Zukurzgekommenen" als Grundlage der "neuen Gesellschaft" ist eine finstere Perspektive.

...

In einem solchen Klima, das wohl am besten mit dem Begriff "rassistischer Konsens" belegt wird, ist der Versuch einer Aufklärung von Werktätigen über ihren wahren Feind, die Bourgeoisie geradezu aberwitzig.

...

Was ist zu tun nach dem Absterben der traditionellen Arbeiterbewegung und damit dem Schwinden einer revolutionären Perspektive, dem Ende des Reformismus' und der vollständigen Integration der Neuen Sozialen Bewegungen?

Angebot eines Auswegs: Keine Illusionen bezüglich der Masse zu pflegen, sich selbst als frei denkendes Individuum "über dem Getümmel" (R. Rolland) zu halten, versuchen, innerhalb des linken Häufleins sich über die gegenwärtige Gesellschaftsordnung klar zu werden, auch wenn das nach Theoriezirkel klingt. Ohne diesen Prozeß ist alles andere Kraft- und Zeitverschwendung. Gemeinsame Basis sollte eine Opposition gegen Deutschland sein und kein Kampf gegen Frankreich (weil der "Wahnsinnige von Paris" schon wieder Atombomben geschmissen hat), kein Kampf gegen Atomkraftwerke, Tierversuche und für neue Radwege oder den internationalen Frauen- u. Mädchentag (Themen: s. GAVROCHE - Zeitung der Offensive (?)). Wenn wir uns zur Aufgabe machen, immer dort, wo sich das fette Deutschland feiert, neue Schweinereien anzettelt oder alte fortsetzt, zu intervenieren, haben wir alle Hände voll zu tun. Wir sollten zwar das Marx-Lesen nicht seinlassen, doch die Agitation der Arbeiter noch ein wenig zurückstellen, zumindest

solange, wie es für einen deutschen Arbeiter greifbar ist, daß er bevorrechtet ist - nicht nur gegenüber seinen ausländischen Klassenbrüdern, sondern auch seinen ausländischen Klassegegnern, die beide auf Grund des gleichen Blutrechts in diesem Land diskriminiert werden, kurz: solange wie die Klassegegensätze von einem nationalen Konsens verschüttet werden.

Zum Trost für den Verlust des revolutionären Subjekts biete ich eine Überlegung von Heiner Möller an: "Wenn die Arbeiter des 19. Jahrhunderts kein Vaterland hatten (so das 'Kommunistische Manifest'), dann sind in den imperialistischen Metropolen diejenigen, die kein Vaterland haben (wollen), die 'Arbeiter' des ausgehenden 20. Jahrhunderts". Eigentlich eine verlockende Vorstellung: Nicht mehr auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt schlappzumachen, sondern sich selbst als solches zu begreifen!

...

Wer jedoch Revolutionsrhetorik vermischt mit altlinkem Sozialkitsch auf die Straßen bringt und denkt, daß ein von Jahr zu Jahr größerwerdendes Meer von roten Fahnen bei der traditionellen Liebknecht-Luxemburg-Demonstration für eine wachsende Massenbasis steht und damit ein Schritt zur Umwälzung herrschender Verhältnisse ist, dem muß entgegengehalten werden, daß ein Berauschen an alten Traditionen nichts mit grundsätzlicher Opposition zu tun hat. ... Ihre jährliche Zunahme (die der Teilnehmer/innen bei der Demo-d.S.) steht eben nicht dafür, daß eine starke Opposition gegen dieses Land sich konstituiert, sondern lediglich für eine immer grotesker werdende Verkennung des "Hauptfeindes" der - ganz richtig - im eigenen Land steht. Daß dieser jedoch das deutsche Volk ist (also alle diejenigen, die sich einem "deutschen Nationalcharakter" zurechnen) und eben nicht "die aggressivsten Kreise des Monopolkapitals", gilt es zu begreifen. (Leider muß immer noch erklärt werden, wer mit "deutsches Volk", das es anzugreifen gälte, gemeint ist: Niemals sind pauschal Menschen, die innerhalb der Grenzen dieses Landes leben, gemeint [das ist nur der Wahn der anti-antideutschen Kritiker, z.B. von jw-Redaktions-

dumppfacke Holger Becker, der der antideutschen Fraktion unterstellt, sie würde sich über den Geburtenrückgang in Ostdeutschland freuen], sondern die, die mit ihrem Gerede von Wesen, Rasse, Mentalität, Nation das Vorhandensein eines deutschen Gen-Pools behaupten.)

...
Wer ... (konstruktive Opposition) will, braucht eine Herde, auf deren Niveau er sich begibt; mindestens muß eine der Masse verständliche Terminologie benutzt werden. Wenn sich das rassistische Handeln der Masse in rassistischem Vokabular niederschlägt, wird linke Massenagitation latent rassistisch. Nur auf diese Art und Weise kann man "die Leute dort abholen, wo sie stehen" - nämlich rechts. Und genau hier, bei diesem problematischen Verhältnis zu den "Volksmassen" liegt auch die Ursache für die unselige Vermischung der Gegensätze links-rechts durch sozialrevolutionäres Gerede. ... Es geht um - Massen, koste es was es wolle - auch Inhalte. Tragisch wird's, wenn sich eine Linke -voller Ekel- in die Scheiße begibt, um dann zu bemerken, daß sich die Agitierten dort ganz wohl fühlen und mitnichten mitkommen wollen. Auf diese Weise sind beide in der Scheiße gelandet.

...
(Hier stehen Zitate aus der "Jungen Freiheit" und dem "Brandenburger Beobachter" der Nationalen e.V. die zur Zurückhaltung gegenüber der PDS aufrufen - d.S.)

Eine Jugendorganisation, die sich "Offensive in der PDS" nennt, ... sollte ... erkennen, daß die Hauptstoßrichtung "Antikapitalismus" auch von Leuten vertreten wird, die uns allen gleich unlieb sind.

Zwei Dinge würden die "Offensive" vor Verwechslungen mit den o.g. Widerlingen bewahren: 1. ein klares antinationales Statement, 2. Abbruch der Suche nach einer Massenbasis im rassistischen, deutschen Mob.

Solange die Mehrheit jede deutsche Schweinerei gegen das Schaffen von "Dichtern und Denkern" aufrechnet, solange die Nazi-Omas und -Opas davon reden, daß nicht alles schlecht war ("die

Autobahn", "der Arbeitsdienst"), solange der "Standort Deutschland" von Arbeitern, Gewerkschaften und Staat (und nicht von Kapitalisten, die haben Profit und nicht Deutschland im Sinn!) gegen Billiglöhniimporte verteidigt wird (mit Baseballschlägern, Appellen und Gesetzen), solange linke Haderlumpen von französischen Atombomben reden und von Antisemitismus in diesem Land schweigen, solange die hysterische Menge antiamerikanischer Hetzer aus Autonomen, PDS-lern, Grünen, Friedensbewegten, Maoisten und neurechten Historikern, die alle gemeinsam ihren Lieblingsfeind, den USA-Imperialismus angreifen (und aus Anlaß des Golfkrieges in zynischer, menschenverachtender Manier die Bedrohung des Landes der Auschwitz-Überlebenden - Israel - in Kauf nehmen), nicht kleiner wird, solange ist ihnen allen Strafe zu gönnen:

Den Arbeitern z.B. Arbeitszeitverlängerung (damit sie in Zukunft keine Zeit mehr haben, ausländische Kollegen aus ihren Wohnwagen zu vertreiben), den Nazi-Rentnern massive Rentenkürzungen (damit sie weniger konsumieren müssen und mehr über spartanisches Leben, Durchhaltewillen und andere Front-tugenden des "Volkes der Dichter und Denker" nachgrübeln können), den Studenten die Bafög-Verzinsung (auf alle Fälle, solange 1000 Studenten bei einer Bafög-Demo und kaum mehr als 100 Menschen anläßlich der Demo zur Reichspogromnacht auf der Straße sind), den Traditions-Linken und Arbeiterklasse-Anbetern ihre völlige Marginalisierung, damit sie endlich zu denken anfangen. Die Aufgabe einer entschiedenen Linken in diesem Land sollte darin bestehen, den Einzelnen und seine Individualität gegen die Masse in Schutz zu nehmen, auch wenn das wie bürgerlicher Scheißdreck klingt. Die mit Abstand gefährlichste Masse in diesem Land ist die, die in sich ein Nationalgefühl spürt. Diese Masse und ihre Schwindelkategorie der Nation als Schutz- und Schicksalsgemeinschaft anzugreifen und nicht ein nebulöses revolutionäres Subjekt zu umschwärmen, steht auf der Tagesordnung.

"Veränderung beginnt mit Opposition."
- einer Opposition gegen Deutschland!

antinationale Gruppe Leipzig

"Soziologen, die die Zeitmaschine angehalten haben und - unter beträchtlichem Aufwand an begrifflichem Geächze und Gestöhne - in den Motorraum hinabgestiegen sind, erzählen uns, daß sie nicht in der Lage waren, irgendwo eine Klasse zu lokalisieren oder zu klassifizieren. Sie können nur eine Vielzahl von Menschen mit verschiedenen Beschäftigungen, Einkommen, Status-Hierarchien und was es sonst so gibt, finden. Sie haben natürlich recht, >Klasse< ist ja nicht dieser oder jener Teil der Maschine, sondern die Art und Weise, wie die Maschine funktioniert, wenn sie einmal in Gang gesetzt ist - nicht dieses und jenes Interesse, sondern die Reibung von Interessen - die Bewegung selbst, die Hitze, das donnernde Getöse. Eine Klasse ist eine soziale und kulturelle Formation (oft mit institutionellem Ausdruck), die nicht abstrakt oder isoliert definiert werden kann, sondern nur über die Beziehung zu anderen Klassen; und im Grunde kann diese Definition nur im Medium der Zeit vorgenommen werden - Aktion und Reaktion, Veränderung und Kampf. Wenn wir von einer Klasse sprechen, dann denken wir an einen sehr lose definierten Zusammenhang von Menschen, die dieselbe Anhäufung von Interessen, sozialen Erfahrungen, Traditionen und Wertesystemen teilen, die dazu neigen, wie eine Klasse zu handeln, sich selbst in ihren Handlungen und ihrem Bewußtsein im Verhältnis zu anderen Gruppen klassenmäßig zu bestimmen. Aber Klasse ist kein Ding, sondern ein Geschehen."

(E.P.Thompson)

Klassenansatz, Massenbeschimpfung, revolutionäre Perspektiven

Kritik der antinationalen Kritik im Mai-Klaro

Im Wesentlichen soll dieser Text einige Überlegungen zu den Ausführungen in "Revolutionäre Perspektiven, Massenansatz und antinationale Kritik" im letzten Klaro enthalten. Ein Großteil der Verwirrungen, die in dem besagten Text auftauchen, sind begriffliche, aber auch inhaltliche. Da diese teilweise in breiten Kreisen (nicht nur) der Linken auftauchen, was auch zu entsprechenden Schlußfolgerungen führt, sollen zunächst einmal einige Begrifflichkeiten geklärt werden.

Klasse und Kapital

In dem Text der AntiNas ist ständig von Arbeiterklasse und Bourgeoisie, von Kapital und Ausbeutung zu lesen. Obwohl uns die Autoren nicht erklären können, was sie unter "Klasse" verstehen, wissen sie doch, daß "es... bis jetzt nach wie vor ungeklärt (ist), wer Herrscher und wer Unterdrücker, wer Minorität, wer Majorität ist." Ohne einige klare Überlegungen wird das wohl auch noch eine Weile so bleiben.

Das Wesen von Klassengesellschaften würde ich darin sehen, daß es Menschengruppen gibt, die über das Leben bzw. einzelne Lebensbereiche anderer Menschengruppen verfügen können. Bei den bisherigen Klassengesellschaften, vom alten Babylon, über die feudalen Strukturen des Mittelalters bis hin zu den modernen kapitalistischen Gesellschaften, ging das einher mit der Trennung der Produktivkräfte (Sklav/inn/en, Leibeigene, Bäuer/inne/n, Arbeiter/innen) von den Produktionsmitteln (und es braucht einige Phantasie, eine Klassengesellschaft zu

konstruieren, in der das nicht so ist). Das bedeutet nicht die räumliche Trennung (das wäre ja absurd), sondern daß die Produzent/inn/en nicht über die Produktionsmittel (Boden, Geräte, Maschinen) verfügen können. Während sich dieser Umstand sich in klassischer Lesart inform von Eigentum niederschlägt, gibt es heute natürlich intelligentere Mechanismen. "Nicht nur denkbar, sondern in großer Zahl vorhanden sind Arbeiter, die Aktienbesitzer, mithin Eigentümer an Produktionsmitteln sind..." schreiben die AntiNas der Klasse ins Stammbuch und meinen, endgültig aufgedeckt zu haben, daß es gar nicht so einfach wäre, Herrscher/innen und Beherrschte auszumachen. Dabei übersehen sie, daß es eben nicht um Eigentum geht, sondern um den Umstand, daß die Arbeiter/innen weder über die Fabriken und Maschinen noch über das Ergebnis ihrer Arbeit verfügen können. Aufmerksame Menschen werden bemerkt haben, daß es in der DDR privates Eigentum an Stanzmaschinen, LKWs und Bohrtürmen kaum gegeben hat, und das es trotzdem Leute gab, die über andere bestimmt haben - das Eigentum ist nur eine Form, in der sich Herrschaft manifestiert, nicht notwendig und nicht hinreichend. Die Arbeiter/innen, die sich für ihre paar Kröten eine VW-Aktie kaufen, werden deshalb nicht zum "Herrschenden" - über die Maschinenparks von VW verfügen ganz andere. Ähnlich gelagert sind die lächerlichen Gewinnbeteiligungen, die in Frankreich gezahlt werden müssen, dadurch werden aus den Arbeiter/inne/n keine "Herrschenden".

In dieser "Fremdbestimmung" liegt dann auch der (Klassen-)Widerspruch zwischen (Arbeiter/innen-) Klasse und Kapital. Unter der "Klasse" verstehe ich den Teil der Gesellschaft, der sich als "Arbeiter/in" im Gegensatz zum Kapitalverhältnis begreift, und dem die Tendenz zur Auflösung desselben innewohnt. Wo immer sich Leute gegen die kapitalistische Aneignung lebendiger Arbeit organisieren, wo immer Leute Betriebe besetzen, um gegen ihre beschissene Situation anzugehen, wo sie sich in ihrer Rolle als "Arbeiter/innen" artikulieren, da ist die "Klasse" (Daß dabei die erstrebten Lösungen meist auf eine andere Organisation kapitalistischer Wohlfahrt hinauslaufen, ist die traurige Realität aber keine Gesetzmäßigkeit). "Klasse" bedeutet eben nicht die Gesamtheit aller Arbeiter/innen oder sonstwie Lohnabhängigen zu jedem Zeitpunkt, wie das die AntiNa versteht. Das ist Schulbuchmarxismus übelster Sorte (Staatsbürgerkunde und so). Auch wenn (oder gerade weil) breite Kreise in der Linken "Klasse" in dieser statischen Art und Weise definieren, muß damit aufgeräumt werden, das bringt uns im Verständnis der Verhältnisse nicht weiter. Die Konsequenz ist nämlich, über die Trägheit, Dummheit, den Rassismus der geliebten (oder verhaßten) "Klasse" zu jammern, wo sich gar keine "Klasse" äußert. Die Leugnung von Klassengegensätzen oder der Existenz der "Klasse" ist nur eine Etappe auf diesem traurigen Weg. Aber selbst aus der oben beschriebenen dynamischen Definition von Klasse folgt nicht, daß die Klasse irgendwie homogen oder gar ständig "gut" sei (wobei ich derart moralische Kategorien ohnehin ablehnen würde). Nein, selbstverständlich ziehen sich die gesellschaftlichen Widersprüche, die sich z.B. in Rassismus und Sexismus äußern, quer durch die Klasse, ebenso wie sich der Widerspruch Klasse-Kapital quer durch die Masse der Immigrant/inn/en und sonstwie von Rassismus betroffen oder durch die Frauenbewegung zieht, oder wie sich selbst der Rassismus quer durch die Opfer desselben ziehen läßt. Deshalb wird keines der Herrschaftsverhältnisse, die diese Gesellschaft prägen, irgendwie "unwesentlich".

Ebensowenig wie Arbeiter/innen, die Aktien besitzen, die Nichtexistenz der Klasse belegen, beweisen "Manager, die Dienst nach Vorschrift machen und ihren Lohn in antirassistische Projekte investieren", daß es keine Klassengegensätze (mehr) gibt. Niemand hat jemals behauptet, es existiere nur eine allgemeingültige Organisationsform des Kapitalverhältnisses (und die

müsse rassistisch, sexistisch und so weiter sein). Daß Manager/innen (oder junge Selbständige) Geld für Flüchtlingsdinge übrig haben, heißt doch nicht, daß sie nicht trotzdem die Aneignung der lebendigen Arbeit in den Betrieben (eben die kapitalistische Ausbeutung) organisieren. Sie repräsentieren, zumindest während sie überlegen, wie mit weniger Arbeiter/innen mehr produziert werden kann, eben das Kapital. Das macht aus ihnen nicht unbedingt schlechte Menschen ("Klassenfeinde" wie die AntiNas ironisierend schreiben), aber das bedeutet sehr wohl, daß sie als Manager/innen auf dem Weg zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft irgendwie bekämpft und abgeschafft werden müssen, wobei es mir in letzter Konsequenz gar nicht darum geht, die Kapitalist/inn/en oder Chef/innen als Personen zu bekämpfen (obwohl das natürlich gut Spaß machen kann) sondern als Kapitalist/inn/en und Chef/innen. Es geht mir nicht darum, sie zu erschießen (wahlweise erhängen, Arbeitslager etc.) sondern darum, das Verhältnis, in dem ich mich zu ihnen befinde, aufzulösen, sie als Kapitalist/inn/en bzw. Organisator/inn/en der Ausbeutung abzuschaffen. Hier wird es auch klar, was es bedeutet, die Klasse im Rahmen einer klassenlosen Gesellschaft abzuschaffen. Da sich die Klasse nur im Gegensatz zum Kapitalverhältnis begreifen läßt, verschwindet sie mit dem Aufhören dieses Verhältnisses (deshalb werden aber natürlich nicht die Personen verschwinden, die ihr angehören).

Daraus folgt nicht, daß sich die Geschichte mit der Abschaffung des Kapitalverhältnisses erledigt hat, denn es gibt, wie gesagt, noch andere Herrschaftsverhältnisse, die sich mit etwas Phantasie auch ohne kapitalistische Ausbeutung denken lassen. Wohl aber bedeutet es, daß dieses Verhältnis einer der wesentlichen Stützpfeiler der momentanen Gesellschaftsform ist, und das es geradezu dümmlich wäre, es auszublenden oder als nicht existent zu betrachten. In diesem Sinne würde ich auch das Festhalten am Klassenansatz betrachten, nämlich "daran festzuhalten, daß Emanzipation als soziale Befreiung letztlich nur durch die Klassenkämpfe hindurch erreicht werden kann; was aber eben nicht heißt, daß sie sich in ihnen erschöpft." (Martin Rheinlaender - Die Rassismusfalle in WILDCAT-Zirkular #14)

Revolutionäre Situationen und Massenbeschimpfung

Eine weitere (inhaltliche) Verwirrung ist das Beharren auf der Verelendungstheorie, nach der die Klassengesellschaft dort am meisten bekämpft wird, wo es den Leuten am dreckigsten geht. Von diesem Unsinn ausgehend, erscheint die Folgerung, daß es hier über kurz oder lang zu keiner revolutionären Situation kommen wird, schlüssig.

Nun ist es längst ein Allgemeinplatz, daß soziales Elend durchaus auch in Faschismus enden kann, auch die AntiNas weisen darauf hin. In der Tat ist es momentan mehr als berechtigt, in Erwartung des kollektiven Ausbruchs Sorgen zu hegen. (Daß deshalb aber ein "Volksaufstand" eine offene Diktatur an die Macht bringt, wage ich mal zu bezweifeln, es wäre zumindest historisch wohl erstmalig.) Daß in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zur Zeit wenig von dem Willen, die derzeitige Gesellschaftsform zu überwinden, zu spüren ist, hat sicher viele Ursachen, die aber an dieser Stelle nicht weiter erörtert werden sollen. Daß das aber daran liegt, daß es den Leuten nicht schlecht genug geht, darf getrost bezweifelt werden. Wenn wir uns die revolutionären Bewegungen der letzten 50 Jahre ansehen, läßt sich kaum sagen, das (materielle) Elend der Leute wäre eine Grundvoraussetzung für eine revolutionäre Situation (Vielmehr scheint es mir sogar fragwürdig, wie sich halb verhungerte, von Krankheiten

zernagte Menschen erfolgreich organisieren sollen). Weder '68 in Frankreich noch '77 in Italien können wir den "geknachteten, 14h täglich schuftenden Proleten, der mit seinen Klassenbrüdern auf engstem Raum zusammengepfercht ist" erblicken, den die AntiNas zum Sinnbild der Proletarier/innen verklären, wohl aber eine ganze Menge von Menschen, die Interessen entwickelt haben, die durch die kapitalistische Gesellschaft nicht befriedigt werden können und denen es sehr wohl schlecht ging (und auch noch geht) und die eben nicht nur ihr proletarisiertes Verhältnis zum Kapital thematisiert haben sondern so ziemlich alles, was wir heute auch so kennen: Frauen/Männer, Ökologie, Rassismus...

Unter welchen Umständen solche Situationen entstehen, kann (und muß) eine der Fragen sein, mit denen sich eine Linke rumzuschlagen hat, die den ganzen Kram hier tatsächlich überwinden will. Ein "klares antinationales Statement" (das ihr von mir immer haben könnt), sich in die Ecke zu setzen und die ebenso verschwommene wie verhaßte Masse mit Wattebällchen oder Stahlkugeln zu bewerfen, reicht nicht aus. Von dieserart "Opposition gegen Deutschland" geht eben keine Veränderung aus. Ebensovienig selbstverständlich von denen, von denen der Opposition-Spruch geklaut ist, die sich darin gefallen, rassistische und kapitalistische Politik "linksgerecht" zu verpacken, die sich voller Sorge um den "Standort Deutschland" ihrer letzten klaren Gedanken berauben lassen, und zu denen sich leider immer mehr kritische junge Menschen, wie die "Offensive in der PDS" hingezogen fühlen. Wenn Gewerkschaften und PDS am 1. Mai für mehr Arbeit(!) und neue Industriestandorte demonstrieren, beweisen sie nur auf's Neue, wie wenig sie sich gedanklich vom Kapitalverhältnis lösen können, wie sehr sie in ihm aufgegangen sind. Das ist dann auch der Grund, warum sowohl PDS als auch Gewerkschaften einen kräftigen Tritt brauchen: weil sie kritisches Potential systemkonform kanalisieren, und weil sie zum Teil aktiv (z.B. Gewerkschaften bei wilden Streiks) die Selbstorganisation der Klasse (wenn wir den Begriff schon mal benutzen) verhindern, weil sie Rassismen selbst in kritischen Bevölkerungsgruppen verankern. Diese Auseinandersetzungen öffentlich zu führen, heißt auch, sie in verständliche Worte zu kleiden, sich nicht in Abgrenzung zum "rassistischen Mob" hinter Fremdwörtern zu verstecken (so daß es selbst studierten Menschen langweilig wird, die Argumentation hinter der aufgeblasenen Fassade zu suchen), und dann märtyrerisch (wir sind der "aufrechte Rest") festzustellen, daß "die" uns sowieso nie verstehen werden. Es wird angesichts der gesellschaftlichen Situation schon so immer schwerer, zu verstehen, wie eine gesellschaftliche Alternative, die sich jenseits von Arbeit, Nation und Rasse, geschlechterspezifischer Rollenzuweisung usw. findet, aussehen soll. Wenn wir dann nicht mal versuchen, verstanden zu werden, sieht es mit der Veränderung natürlich trübe aus.

Aber zurück zur revolutionären Perspektive. Wer, wie die AntiNas, hofft, die revolutionäre Bewegung würde sich vorher bei Reichspogromnacht-Demos einfinden, ist weiter von der Realität entfernt, als es ihm/ihr lieb sein dürfte. Selbstverständlich werden die Leute vehement ihre eigene Situation thematisieren, und nicht eine, die 50 oder 100 Jahre zurückliegt. Und je nachdem, ob die von der Bewegung angestrebten Lösungen außerhalb der gesellschaftlichen Herrschaftsmechanismen stehen oder nicht, ist auch die Bewegung reformistisch (oder reaktionär) oder eben revolutionär. Daß sich eine Bewegung, die eine herrschaftsfreie Gesellschaft zum Ziel hat (und nur eine solche könnten wir ja als revolutionär begreifen), auch um den dann aktuellen Rassismus drehen muß, liegt auf der Hand, deshalb zu erwarten, daß Antifa-Demos am Vorabend der Revolution regen Zulauf bekommen, erscheint mir unrealistisch bis gefährlich.

Wenn wir tatsächlich wollen, daß die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in einem revolutionären Umsturz gipfeln (das sollten sich manche vielleicht noch mal überlegen), müssen wir uns natürlich auch an ihnen beteiligen. Zu hoffen, daß die allgemeinen kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten über kurz oder lang ohnehin zur Revolution führen, ist so blöd wie "die historische Mission". Revolutionen brechen nicht einfach so aus, sie werden gemacht. Dabei gilt es zum Beispiel, die Kämpfe zu lokalisieren, in denen Ansätze revolutionärer Organisation stecken könnten, oder die in revolutionären Bewegungen gipfeln könnten. Die Bewegung gegen die französischen Atomtests ließ irgendwie nicht auf eine revolutionäre Veränderung hoffen, Mietstreiks und Fabrikbesetzungen, aber auch die Kämpfe gegen das "Zwischen"lager in Gorleben schon eher, weil in ihnen tatsächlich wichtige Mechanismen dieser Gesellschaft infrage gestellt werden. Was sich aus solchen Kämpfen entwickelt, hängt von den Erfahrungen ab, die die Leute in ihnen machen. Zunächst mal ist da häufig die Erfahrung der Ignoranz der Macht, die sicher bei einigen Leuten was bewegt. Die Erfahrungen, die Kraft zu haben, etwas zu verändern, daß Organisation in Kämpfen Spaß macht, sollten wir nicht unterschätzen, auch wenn sie in Konflikten gemacht werden, die sich um solche wenig revolutionären Dinge wie die Erhaltung von Arbeitsplätzen drehen. In dem Maße wie z.B. die Gewerkschaften solche Erfahrungen verhindern, wie Parteien solche Kämpfe für ihre Parteipolitik verwerten (z.B. wenn du dich während einer Anti-Kriegsdemo von Bullen eingekesselt und mit CS-Gas benebelt urplötzlich auf einer Wahlkampfveranstaltung der Grünen wiederfindest), ist es dann auch Essig mit der revolutionären Perspektive. Daß es solche Kämpfe nicht geben würde, daß sich die Arbeiter/innen begeistert an Gruppenarbeit und "lean Production" beteiligen, daß sich Mieter/innen mit ihren Hausbesitzer/innen wegen der Sanierung ihrer Häuser in den Armen (statt in den Haaren) liegen, läßt sich doch lediglich aus den freiheitlich-demokratischen Medien oder den Wirtschaftsvorlesungen der Leipziger Uni entnehmen. Schon ein kurzer Blick hinter die Kulissen, ein einfaches Gespräch mit Beteiligten oder gar die Teilnahme an solcherart "Freizeitvergnügen" stellt einiges wieder vom Kopf auf die Füße.

Wenn die AntiNas in ihrem Text als erschwerendes Moment und schlechtes Omen die Tatsache anführen, daß "mitnichten nur die Möglichkeit existiert, Klassengegensätze zu sehen, sondern (mindestens) auch den Gegensatz zwischen dem Individuum als Träger von Produktionsverhältnissen und dem 'freizeitorientierten', hedonistischen Individuum im Nichtarbeitsbereich", so sei ihnen entgegengehalten, daß sich das auch nicht ändern wird und dieser Umstand auch bisher keine revolutionären Bewegungen verhindert hat. Es gibt immer mehrere mögliche Sichten auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, und das ist auch gut so. Die Möglichkeit, etwas anderes als Klassengegensätze zu sehen, existierte auch zu finstersten Urkapitalismus-Zeiten, als Zille seine Bilder malte. Abgesehen davon, daß es da natürlich auch noch die anderen Herrschaftsverhältnisse wie Männer/Frauen, Eltern/Kinder, Weiß/Schwarz Staat/Bürger usw. gibt, die wir sehen können (und müssen), gibt es natürlich auch noch jede Menge anderer Beziehungen, die eine Gesellschaft beschreiben. Die Menschen gehen immer auch Beziehungen außerhalb der Klasse ein, sei es kulturell (weil sie eben Techno hören wollen) oder ganz privat (weil der Onkel eben selbständiger Klempnermeister ist) oder oder oder... Die Frage ist doch aber, wie die Menschen sich in den gesellschaftlichen Kämpfen begreifen bzw. ob sie die Möglichkeit haben, sich z.B. als Klasse im Gegensatz zum Kapital zu verstehen, und unter welchen Bedingungen sie es dann auch tun. Das zu verstehen, bedarf es etwas mehr als die Beteiligung an "Theoriezirkeln", wenngleich theoretische Diskussionen,

die die Gesellschaft verstehen helfen, momentan sträflich vernachlässigt werden. Es bedarf des Zuhörens und Streitens, des Zuschens und Teilnehmens, wobei niemand einen Zentimeter hinter seine Überzeugungen zurückgehen muß. Die Stigmatisierung ganzer Bevölkerungsgruppen als "Rassist/inn/en" und "Faschist/inn/en" hilft im Verständnis gesellschaftlicher Entwicklung nicht nur nicht weiter, sondern erweist sich oft bei näherer Betrachtung als falsch.

Wohlstand und Luxus

Ebenso als falsch erweist sich die von CDU bis AntiNa immer wieder gern getroffene Feststellung, es würde den deutschen Arbeiter/inne/n zu gut gehen, sie würden zu hohe Löhne kassieren, und selbst die Arbeitslosen in diesem Land hätten kein größeres Problem, als ihren Zweitwagen zu finanzieren. (Unter Linken führt das dann dahin, die Arbeiter/innen hier als "Herrschende" zu begreifen, weil sie von der "ungerechten Weltwirtschaftsordnung" profitieren und alles für ihre Erhaltung tun würden.) "Klassenzugehörigkeit ist in großem Umfang wählbar, der Zwang zur Lohnarbeit, um die pure Subsistenz zu sichern, existiert in unserem Umfeld nicht mehr ... bzw. noch nicht" schreiben die AntiNas in ihrer Polemik gegen die "Offensive in der PDS". Nun weiß ich nicht genau, in welchem "Umfeld" die AntiNas leben, woher sie ihre Kohle beziehen, ich jedoch bin von Lohnarbeit abhängig und die meisten meiner Freund/innen auch. Ob diese Lohnarbeit als Schwarzarbeit oder mit Lohnsteuerkarte geleistet wird, und wie regelmäßig das passiert, ist doch dabei völlig egal. Die Erklärung, wie ich Kaltmieten von 11.50 DM (das ist in dieser Stadt "normal") für eine Wohnung aufreiben soll, dabei noch regelmäßig und vernünftigermaßen essen soll, ohne meine Arbeitskraft zu verkaufen (und Löhne unter 15DM sind auch für gelernte Arbeiter/innen nicht selten), bleiben uns sicher auch die AntiNas schuldig. Die meisten Arbeitslosen, die ich kenne, arbeiten nebenbei schwarz bzw. auf 490,-DM-Basis, um über die Runden zu kommen. Und um auf die "14 Stunden" zurückzukommen: Nein, 14 Stunden arbeiten relativ wenige Leute in diesem Land aber 10 Stunden sind keine Seltenheit, den Samstag wieder als normalen Arbeitstag einzuführen, wird die Wochenarbeitszeit auch nicht gerade verkürzen. Wer allerdings in dieser Stadt eine Arbeit hat, wird sich über mangelnde Wochenendarbeit ohnehin kaum beschweren können. In den Hotels, auf den Baustellen, bei Quelle sind Zusatzschichten (vor allen in Stoßzeiten) eher die Regel als die Ausnahme. Wer da entgegenhält, nach der Arbeit könnten die Prolet/inn/en dafür allerdings auch ihr reichlich verdientes Geld im "Freizeitparadies" verjubeln, irrt. Denn nach 10-12 Stunden auf Achse (den Arbeitsweg schenkt dir keiner) fühlst du dich kapputt und nicht nach "Freizeitparadies", dann kannst du vielleicht noch einmal Mensch-ärgere-dich-nicht mit deinen Kindern spielen, aber spätestens halb elf liegst du in der Falle, denn halb sechs klingelt der Wecker. Wer sich natürlich nur in den Clubs und Kneipen der Stadt umsieht, wird davon nichts feststellen, dazu müßte man schon in die Wohnzimmer der verhaßten Masse sehen. Daß es den Leuten hier immer noch besser geht als den Arbeiter/inne/n in Osteuropa oder Lateinamerika oder oder oder..., hat erstens was mit Kämpfen zu tun (die hier stattgefunden haben) und läßt sich ihnen zweitens kaum vorwerfen. Der Vergleich mit dem 30jährigen Äthiopier, dem vorgeworfen wird, daß er nicht wie seine Mitmenschen im Kindesalter verhungert ist, drängt sich auf. Wenn wir Menschen in dieser Beziehung etwas vorwerfen können, dann doch, wenn sie sich aktiv an der Ausbeutung (oder am Verhungern) anderer beteiligen, aber doch nicht, daß sie hier leben

und die Vorteile, die ihnen das bietet, nutzen. Menschen dazu aufzurufen, "den Gürtel enger zu schnallen", wie es die multikulturellen Moralist/inn/en gemeinsam mit den christlich-bescheidenen Reaktionär/inn/en tun, arbeitet lediglich in die Hände des Kapitals, denn daß der Reichtum, auf den die Moralist/inn/en so gern verzichten würden, dann nicht mehr entstehen würde, ist ein Ammenmärchen. Wenn auch klar ist, daß der Spalt zwischen arm und reich hier nicht annähernd so hoch ist, wie etwa in Brasilien, so ist es doch geradezu zynisch zu behaupten, er würde nicht existieren. In der Bundesrepublik verfügen 0.2% der Bevölkerung über ein Drittel des Geldeigentums (1.5 Billionen DM) und die Schere öffnet sich auch in den (nicht-mehr-)Industrieländern stetig.

Während die Stadt Leipzig ihre Sozialhilfeempfänger/innen mit dem Arbeit-statt-Sozialhilfe-Programm unter Androhung des Geldentzugs zur (völlig unterbezahlten) Lohnarbeit zwingt (und dabei oft Arbeiten erledigen läßt, die früher Festangestellte erledigten), kann ich eben nicht mehr davon reden, daß es hier keinen Arbeitszwang gäbe. Niemand soll mir erzählen, die Sozialhilfeabhängigen würden diese Arbeiten mit Freuden erledigen (weil sie ja dann wieder zur "herrschenden Klasse" gehören), 1993 fingen von 500 Leuten, denen ein solcher Job angeboten wurde lediglich 77 an zu arbeiten, was dazu führte daß im weiteren mit Geldmittelentzug gedroht wurde, um die Leute in die 2-3DM-Jobs zu zwingen. Der Zwang zur Lohnarbeit wird heute eben nicht nur über das Hungergefühl realisiert, sondern z.B. auch über Behördenwillkür und peinliche Befragungen. (Über die Rolle von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Wohlfahrtsstaat lohnt es sich durchaus auch mal nachzudenken. Die Entgleisung der 70er und 80er Jahre, den Zwang zur Lohnarbeit weniger zwingend zu machen, wird ja im Moment massiv repariert.)

Wer angesichts steigender Obdachlosenzahlen (bei gleichzeitigem Wohnungsleerstand) davon redet, "daß (hier) nach wie vor niemand von akuter Armut betroffen sein muß", reiht sich nahtlos ein in die Reihen rechtsradikaler und konservativ-liberaler Hetzer/innen, die "selbst schuld!" rufen und sich für keinen Pfifferling Gedanken darum machen, ob es sich dabei denn etwa um ein echtes Problem der gesellschaftlichen Organisation handelt, mit der diese Menschen nicht zurechtkommen. Wer einmal versucht hat, Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld zu kassieren, kann vielleicht verstehen, warum viele Menschen regelrechten Horror davor haben, sich der Willkür dieser Institutionen auszusetzen. Das traurige Ende ist oft genug der Schlafplatz im Park. Auf der anderen Seite gibt es Familien, die 30 Millionen Mark Lösegeld für ihren Jan Phillip zahlen können. Niemand soll sagen, es gäbe keinen Spalt zwischen (materiell) "Armen" und "Reichen". Daß die "Armen" deshalb als potentiell "Gute" betrachtet werden, ist ein böser Fehler, wobei ich aber den Eindruck habe, daß das meistens irgendwelchen Gruppen mehr unterstellt als es von ihnen tatsächlich vertreten wird. Daß diese Menschen aber trotz der ihnen oft anhaftenden unangenehmen Eigenschaften, wie Männerkult, Drogenabhängigkeit oder Rassismus, Träger/innen des Aufbegehrens gegen diese Verhältnisse sein müssen, läßt sich nicht leugnen.

Da es bei der Erspähung revolutionärer Perspektiven gar nicht darum geht, zu schauen, wo am meisten (materielle) Not gelitten wird, ist es auch müßig hervorzukramen, daß die ausgebeuteten deutschen Arbeiter/innen einen höheren (materiellen) Wohlstand genießen, als etwa russische Neokapitalist/inn/en (was ja gemäß der Armut=revolutionär-Theorie die russischen Kapitalist/inn/en auf der Revolutionäritätsskala nach oben schnellen läßt - mal abgesehen davon, daß es gar nicht unbedingt stimmt). Es geht vielmehr darum, wo sich Menschen gegen ihre Rolle im kapitalistischen Verwertungsprozeß zur Wehr setzen, wo das

Bedürfnis entsteht, eine neue gesellschaftliche Organisationsform zu etablieren. Daß das traditionell nicht bei Manager/inne/n und Banker/inne/n passiert, liegt auf der Hand, schließlich beschäftigen die sich damit, die kapitalistische Aneignung zu organisieren (Aus dieser Logik können sie nur schwer aussteigen, auch wenn sie Geld für antirassistische Gruppen spenden). Daß das zur Zeit leider auch nur geringe Teile der Klasse (was mehr einschließt als nur VW-Schlosser im Blaumann) betrifft, ist traurig aber wahr. In den Kämpfen geht es immer öfter nur noch darum, das Kapitalverhältnis so bequem wie möglich einzurichten, die Verteilung anders zu organisieren usw., die Gewerkschaften und "Links"-Parteien sind das traurige Spiegelbild dieser Situation. Der Wunsch, die eigene Rolle als Arbeiter/in zu überwinden, wird immer seltener laut. Das ist aber nicht nur an der "Klassenkampffront" so. Der breite Wille, eine echte gesellschaftliche Veränderung herbeizuführen, fehlt momentan auch in sämtlichen sozialen Bewegungen, sofern es sie überhaupt noch gibt. Welcher Schritte es bedarf, um aus dieser Krise herauszukommen, wäre ein weiterer Untersuchungsgegenstand einer revolutionären Linken (Man könnte zu diesem Thema viele Bücher lesen und noch mehr Bücher schreiben ohne auch nur einen Pflasterstein in die Hand zu nehmen - ist das nichts?). Die beleidigte Abkehr von den "Massen" und die Beschimpfung der Menschen wird aber wahrscheinlich nichts ändern.

Massenansatz und Rassismus

Um den Rassismus der Leute zu verstehen, braucht es mehr als den Hinweis auf konstruierte Blutbande, die von den Massen (dem "deutschen Kollektiv") begeistert aufgenommen werden. Die rassistischen Revolten der letzten Jahre, die sich gegen alles andere richten, als gegen Kapitalismus (auch wenn die Nationale Alternative sich "antikapitalistisch" nennt), die lediglich eine andere Organisationsform des Kapitals einfordern, haben ihre Ursache (natürlich) in der Situation, in der die Menschen hier leben. Die Verschärfung des Rassismus geht einher mit einer Verschärfung der meisten gesellschaftlichen Widersprüche (ohne daß diese Verschärfung jedoch momentan irgendeine nennenswerte Bewegung hervorbringen würde, die hoffen ließe), verstärkte Repression durch die Bullen, krassere Verhältnisse in den Fabriken, die Euthanasiedebatte, Streichung bzw. Kürzung von Lebensbeihilfen, auch die Position von Frauen in der Gesellschaft hat sich nicht gerade verbessert. In dieser Krise scheint die Formulierung einer gesellschaftlichen Alternative schwer.

In dem Maße, wie der Bruch mit der kapitalistischen Verwertungslogik den meisten undenkbar erscheint, in dem Maße wird auch die "Arbeit" quasi als positive Charaktereigenschaft wieder geschätzt. "Je mehr antikapitalistische Vorstellungen (sei es die Überzeugung, ein Existenzrecht zu haben, das abgekoppelt von der Arbeit ist, sei es die konkrete Negierung kapitalistischer Eigentumsformen) verdrängt werden, desto brutaler setzt sich das Diktum »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen« in allen erdenklichen Varianten durch. Eine davon ist Rassismus." (h. in WILDCAT-Zirkular #24). Daß die momentane Unsichtbarkeit einer gesellschaftlichen Alternative einhergeht mit einer Vergötterung der Arbeit, lassen die Wahlslogans sämtlicher Parteien (von "Deutsche Arbeit für deutsche Arbeiter" bis "Arbeit her!") deutlich sehen. Dabei wird "Arbeit" quasi zum Garanten für die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum, für den Gradmesser gesellschaftlicher Anerkennung. Das äußert sich auch im Rassismus. Entweder arbeiten die von rassistischer Ausgrenzung betroffenen schlecht ("polnische Billigarbeiter/innen"),

oder gar nicht (Flüchtlinge aller Art aber auch Behinderte und "Sozialbetrüger/innen") oder aber sie nehmen wenigstens jemandem die Arbeit weg, die er/sie wohl aufgrund seiner/ihrer Zugehörigkeit zu einem ominösen "Kollektiv" irgendwie mehr verdient hätte. Im Kampf gegen die gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit, das Gefühl, "wertlos" zu sein, erfahren solche Gruppenidentifikatoren, wie "Nation" oder "Rasse" eine Wiederbelebung, die allen Anlaß zur Sorge gibt. In welchem Maße wir aus diesem Schlamassel rauskommen, wird sich daran entscheiden, wie sehr es uns möglich ist, die herrschende Sicht auf die Verhältnisse zu verändern, Alternativen aufzuzeigen und klarzumachen, daß es gar nicht darum gehen kann, sich im enger werdenden System kapitalistischer Wohlfahrt weiter nach vorn zu drängeln, sondern daß es darum gehen muß, sich von ihm zu befreien. Dahingehend würde ich auch einen "Massen"ansatz verstehen. Es geht nicht darum, jede Regung der "Massen" zu bejubeln, sondern konkret darum, in den Auseinandersetzungen mit den "Massen" (für die meisten wird das ihr soziales Umfeld - Arbeit, Mietshaus, Verwandtschaft usw. - sein) Standpunkte zu vertreten, die weiter weisen als zum "Standort Deutschland", die Dinge beim Namen zu nennen, ohne weinerlich umzukehren, wenn die Frage kommt: "Und wer soll das bezahlen?".

"Fakten" und Argumente

Der folgende Absatz beinhaltet hauptsächlich Kritik an den im Text "Revolutionäre Perspektiven, Massenansatz und antinationale Kritik" angeführten "Fakten" und Argumenten, die der Einordnung der jeweiligen "Fakten" bzw. einer Bewertung der Argumente, die im vorstehenden Text keinen Platz gefunden hat, dienlich sein soll.

- "Teamarbeit und »Geschäftsprozessoptimierung« werden vom vermeintlichen revolutionären Subjekt begeistert auf- und nicht angegriffen" - eine bössartige Unterstellung, die wahrscheinlich auf Aussagen von Gewerkschaftsfunktionär/inn/en oder Wirtschaftsprofessor/inn/en basiert. Das ist eine glatte Lüge. Seit Einführung der Gruppenarbeit in den Fabriken kämpfen Arbeiter/innen (natürlich nicht alle, nicht gemeinsam und überhaupt) gegen diese verschärfte Form der Arbeitshetze. Und zwar weltweit. Geht doch mal zu Opel Eisenach und fragt die Leute, wie sie ihre Arbeit finden. Glaubt einfach nicht alles, was die bürgerlichen Medien bringen (müssen).

- "nach Angaben einer gut informierten MigrantInnengruppe (...) (gehörten) 80% der Täter/-innen bei rassistischen Angriffen nicht zum rechtsextremen Rand, sondern (waren) Normalbürger..." - was heißt denn das? Das heißt ja wohl (Gott sei Dank) nicht, daß 80% der deutschen Normalbürger/innen (Wer ist das überhaupt?) an rassistischen Angriffen beteiligt waren. Daraus, daß in Gorleben die einheimische Bevölkerung die "Chaoten" unterstützt, schließt ja auch niemand irgendeine großartige Realität, was das Verhältnis Landbevölkerung/Autonomie angeht. 100% meiner Freund/innen, die sich als "deutsch" bezeichnen würden und die ich "normal" nennen würde, waren nie an rassistischen Angriffen beteiligt, ja lehnen so etwas sogar völlig ab. Daraus kann ich ja wohl (offensichtlich) auch nicht schließen, daß es keine Rassist/inn/en gibt. Die Konstruktion von "Normalbürger/inne/n" ist doch völlig unzulässig. Woran erkennt man sie denn? Tragen sie blue Jeans? Halten sie sich für "deutsch"? oder müssen sie "mit ihrem Gerede von Wesen, Rasse, Mentalität, Nation das Vorhandensein eines deutschen Gen-Pools behaupten" ? Das würde ja die "Normalbürger/innen" in ihrer Anzahl schon wieder sehr beschränken.

• "Und prompt wurden sie auch aus Anlass dieser Angriffe von einigen linken Dumpfbacken umworben, von Leuten die behaupteten, daß die "Rebellion" der Anwohner gerechtfertigt sei, sich nur eben gegen das falsche Ziel richte" - die "linken Dumpfbacken" haben in ihrem Flugblatt lediglich davon geschrieben, daß Rebellion gerechtfertigt sei, nicht daß diese Rebellion gerechtfertigt wäre. Zu unterstellen, es hätte sich um den Versuch gehandelt, die an den rassistischen Angriffen Beteiligten zu agitieren, blendet die im Nachhinein gelaufene Diskussion völlig aus. In der haben die Flugblattschreiber/innen, die Mannheimer(?) Wildcat-Gruppe, nämlich klargemacht, daß es im Gegenteil darum ging, die Angreifer/innen von der übergroßen Mehrheit der Mannheim-Schönauer/innen, die an den Angriffen nicht beteiligt war, zu isolieren. Wenn die AntiNas schreiben, daß "die linken Flugblattverteiler nicht einmal auf die Idee (kommen), den Normalbürgern von Schönau ins Hirn zu hämmern, daß es unanständig ist, Wehrlose anzugreifen" machen sie nur zu deutlich, wie schlecht recherchiert das "besonders obszöne Beispiel" ist. Nach einer Beschreibung der Situation steht in dem besagten Flugblatt als erster Satz unter der Überschrift: "Die Dummheit und Feigheit mit der einige SchönauerInnen versucht haben, ihre Wut auf die Verhältnisse gegen Schwächere auszuleben ist absolut widerwärtig." Nun gut - das Wort "unanständig" fällt in diesem Zusammenhang nicht (zum Glück). Daß das Flugblatt dennoch ein Rassismusverständnis widerzuspiegeln scheint, das meint, im Rassismus äußere sich ein gerechtfertigter, wendbarer Protest, ist traurig, aber wahr. Der Rassismus, den die AntiNas aber dem Flugblatt selbst entnehmen, scheint mir an den Haaren herbeigezogen, um die These, wenn man die "Massen" agitieren wolle, müsse man sich rassistisch äußern, zu belegen.

Was an der Feststellung "es ist vollkommen klar, daß die Unterbringung von über 200 Menschen auf engstem Raum, die darüberhinaus noch aus verschiedenen Kulturkreisen kommen, zu Spannungen führt" rassistisch sein soll, bleibt mir verborgen (wobei die fettgedruckten Stellen in eurem Zitat fehlen, was das ganze doch etwas entstellt). Wenn 200 Menschen unfreiwillig auf engstem Raum zusammenleben, gibt das Krach. Die jungen Männer, die sich die Erfahrung eines Wehrdienstes gegönnt haben, werden ein Lied davon singen können. Daß das Argument irgendwie entschuldigend wirkt, läßt sich nicht leugnen (obwohl es im Flugblatt von "Aber das entschuldigt nichts!" gefolgt wird), aber deshalb finde ich es nicht rassistisch.

Der Spaß mit dem Weglassen wesentlicher Teile von Sätzen gipfelt in "Es gibt eine sehr große Drogenszene, vermutlich ... weil es so viele GI's gibt" - an der Stelle der drei Punkte steht im Original das Wörtchen "auch", was dem Satz einen völlig anderen Sinn verleiht. Mir fehlen die Erfahrungen mit GI's, aber ich halte es nicht für undenkbar, daß GI's außerhalb ihrer Dienstzeit einen guten Markt für bestimmte Chemikalien darstellen - eine solche Feststellung, die nicht in "einem der Gruppe nahestehenden Zirkular" sondern in einer Sonderbeilage der Wildcat #60 im Rahmen der Analyse der Lebensbedingungen in Mannheim-Schönau getätigt wird, kann ich nicht verwerflich finden. Daß "ihre größte Sorge den Befindlichkeiten des Mobs und dessen Verhalten" gilt, läßt sich an diesem Papier nicht belegen. Ebenso werden nämlich die Befindlichkeiten der Flüchtlinge thematisiert (ihre Situation in Mannheim-Schönau, die Uni-Besetzung des Berliner Antirassistischen Zentrums gemeinsam mit Flüchtlingen, Brief eines kurdischen Genossen...). Im Übrigen habe ich natürlich das Gefühl, daß es gar nicht so unwesentlich ist, sich dem Verhalten des "Mobs" zu widmen. Die Analyse der "Befindlichkeiten", d.h. der konkreten Situation der Leute, halte ich darüberhinaus nicht für überflüssig, sondern für dringend notwendig.

(Daß die Zitate wahrscheinlich aus dem wegen seiner schlechten Recherche kritisierten Buch "Lichterketten und andere Irrlichter" der Autonomen LUPUS-Gruppe stammen, entschuldigt nichts.)

- "Im übrigen verstehen sich auch die Autonomen, die in schöner Regelmäßigkeit griechische Restaurants, französische Kaufhäuser und die Autos türkischer "Bonzen" (auch der Gemüsehändler könnte damit gemeint sein) zerstören, als antikapitalistisch..." - mal ganz abgesehen, daß es diese "schöne Regelmäßigkeit" nicht mehr gibt, nehme ich mal an, das Problem der AntiNas ist, daß es "griechische", "französische" oder "türkische" Einrichtungen trifft und nicht "deutsche". Das ist natürlich etwas einseitig betrachtet, den die gleichen Autonomen zerstören auch die Scheiben der deutschen Bank, greifen deutsche Faschist/inn/en an usw... Und was einen 500er Daimler, der einem türkischen Bankdirektor gehört, von dem einer deutschen Hotelbesitzerin unterscheidet, sehe ich nicht. Daß Autonome Angriffe auf türkische Gemüsehändler/innen tätigen, muß schon besondere Gründe haben, gefielen sich die Genoss/inn/en der autonomen Fraktion doch eher in der Rolle der Beschützer/innen der "guten Kiezstrukturen und kleinen Läden" (vor allen vor randalierenden türkischen Kids, die die Gemüseläden vielleicht entglasen könnten).

- "Wir sollten zwar das Marx-Lesen nicht sein lassen..." - suggeriert, die AntiNas würden sich auf ihren Treffen die 2.500 Seiten Kapital um die Ohren hauen. Wir sollten nicht von Marx reden, wenn wir "Lohnabhängige - Kapital (marxistische Sicht)" gegen "Arm und Reich (nichtmarxistische Sicht)" stellen und es ansonsten nicht übers "Kommunistische Manifest" hinausgebracht haben. Mit Marx-Lesen (verstehen, interpretieren, kritisieren) hätten wir tatsächlich alle Hände voll zu tun, da bliebe kaum Zeit für mehr. Lassen wir also solche gewaltigen Floskeln, um uns gegenseitig zu beeindrucken.

- "...solange der "Standort Deutschland" von Arbeitern, Gewerkschaften und Staat (und nicht von Kapitalisten, die haben Profit und nicht Deutschland im Sinn!) ...verteidigt wird..." - die Trennung der "Kapitalisten" vom Staat ist eine gefährliche und unzulässige Betrachtung. Daraus, daß einzelne Unternehmen Interessen entwickeln, die denen des Staates entgegenlaufen, läßt sich eine solche Trennung nicht ableiten. Der Staat, den wir durchaus als ideellen Gesamtkapitalisten verstehen können, organisiert gesellschaftliche Verhältnisse, die einen möglichst reibungslosen (und profitablen) Ablauf des kapitalistischen Geschehens garantieren sollen. Daß dabei Widersprüche zwischen dem Staat und den Interessen einzelner Unternehmen entstehen, ist normal. Ebenso gibt es diese Reibungen zwischen den Entscheidungen von Unternehmerverbänden und den in ihnen organisierten Unternehmen, ohne daß jemand daraus schließt, Unternehmerverbände würden sich gegen das Kapital organisieren.

d.

Ein neuer Öffentlicher Dienst

(März 1996)

1. Seit zwanzig Jahren liefen die Dinge so, wie sie laufen mußten. Wenigstens seit der Krise von 1971-1974, als das multi-nationale Kapital, nachdem es die Kämpfe der Sechziger Jahre und die Niederlage von Vietnam absorbiert hatte, sein Entwicklungsprojekt als postindustrielle Modernisierung und liberale Politik wiederaufgenommen hatte. Der Neoliberalismus hatte sich in diesen Jahren durchgesetzt: düstere Jahre, auch wenn sie, wie in Frankreich von einigen offensiven Arbeiterkämpfen (wie den von 1986) und der Aufeinanderfolge der studentischen Explosionen - den ersten Äußerungen der Revolte der immateriellen Arbeit - erhellt wurden, um die herum sich der gesellschaftliche Protest vergeblich zu organisieren versuchte. Der Dezember 1995 zeichnet den *ersten massenhaften Bruch* des politisch-ökonomisch-ideologischen Regimes in der liberalen Epoche.

Warum enthüllen die Kämpfe von Dezember eine solche Stärke des Bruchs? Warum können wir sie als den Anfang vom Ende der Konterrevolution des 20. Jahrhunderts ansehen?

Die Antworten, die auf diese Frage gegeben werden, sind verschieden und größten Teils korrekt. Insbesondere ist es offensichtlich, daß sich in Bezug auf den Prozeß der Herausbildung des Kampfs und seiner Radikalisierung die Bewußtwerdung über die Unerträglichkeit der Globalisierungsprozesse und der europäischen Einigung in ihrer besonderen französischen Zuspitzung, das Gefühl des Verrats des "republikanischen Versprechens" von Seiten des neuen Präsidenten, ebenso wie die Gesamtheit der Widersprüche aus der neuen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit - Mobilität, Flexibilität, Bruch des Arbeitsmarkts, Ausschluß - und der Krise des Sozialstaats unmittelbar umgekehrt haben. Mir scheint vor allem die Definition des neuen Kontextes wichtig, in dem die einzelnen Forderungen aufgestellt werden: ein "biopolitischer"⁵ Zusammenhang in dem Sinne, daß der Kampf mit der Gesamtheit der Regeln zusammenstößt, welche die Gesamtheit der Reproduktionsbedingungen des Proletariats disziplinieren oder kontrollieren. Zusammengefaßt nimmt der Kampf seine universelle Bedeutung an, wird in dem Maße zum Kampf eines "Allgemeininteresses", in dem er das Diktat "Liberalismus oder Barbarei" ablehnt und in der Protestaktion und im Verlangen nach einer neuen Welt eine neue Schwelle von Möglichkeiten anzeigt.

Und dennoch würden wir durch diese Aussagen nicht die Radikalität und die Bedeutung des epochalen Bruchs dieses Kampfs verstehen, wenn wir uns nicht eine neue Frage stellen: *wer ist sein Akteur?* Wer ist das vorherrschende Subjekt in diesem Kampf gewesen? Welches ist die gesellschaftliche Schicht, der es in sehr kurzer Zeit gelungen ist, einen Forderungskampf in einen politischen Kampf gegen das globalisierte kapitalistische Kommando zu verwandeln? Und warum? Welches sind die materiellen Verkettungen, die die Ausweitung des Kampfs und sein Politisch-Werden bestimmt haben?

⁵

von griechisch "bios" = Leben. Den Begriff "bio-politisch" hat Negri von Foucault übernommen

2. Die erste Frage ist einfach: dieses Subjekt heißt "Arbeiter des Öffentlichen Diensts". Er war es, bei der Eisenbahn und im Nahverkehr, bei der Telecom, bei der Post, in den Krankenhäusern, in den Schulen, bei den Energiewerken usw., der den Kampf begonnen und angeführt hat, und den sektoriellen Forderungen eine allgemeine offensive Bedeutung gegeben hat. Aber die Antwort wäre banal, wenn wir unsere Aufmerksamkeit nicht auf das richten würden, was diese Bereiche heute im politischen und Produktionsapparat des reifen Kapitalismus auf neue Weise darstellen. Ich will sagen, daß bei anderen Gelegenheiten in der Geschichte der Arbeiterkämpfe die Fähigkeit, die Warenzirkulation zu blockieren grundlegend für das Entfesseln politischer Zusammenstöße war (die Streiks der Eisenbahner insbesondere haben die Geschichte der Arbeiteraufstände übersät): Heute jedoch wird die Fähigkeit der Arbeiter des Öffentlichen Dienstes, der Transporte, der Kommunikation, der Bildung, der Gesundheit und der Energie, mit bestimmender politischer Kraft das Produktionssystem miteinzubeziehen, entscheidend und ausschließlich. Dies wußten wohl Thatcher und Reagan, diese starken Initiatoren der liberalen Strategie, die zum Start der Umstrukturierung die Energiearbeiter oder die der Flugkommunikation zum exemplarischen Feind auserkoren hatten. Warum also?

Eine nicht banale Antwort entsteht erst, wenn wir anerkennen, daß in der Struktur des reifen Kapitalismus die Gesamtheit der Transporte, der Kommunikation, der Bildung und der Energie, also der großen Öffentlichen Dienstleistungen, nicht mehr einfach nur einen Moment der Warenzirkulation oder ein Element der Reproduktion der Reichtümer darstellen, sondern vielmehr den *Struktur-Behälter* der Produktion bilden. Sie haben uns tausendmal wiederholt, daß die Produktion zur Zirkulation geworden ist, daß wir "Just-in-time" arbeiten müssen, daß der Arbeiter ein Glied der gesellschaftlichen Kette werden soll. Gut, die Streikenden des Öffentlichen Dienstes haben gezeigt, wie sie, wenn sie das Glied der Zirkulation angreifen, die gesamte Produktionskette angreifen; wie, wenn sie auf den Behälter einwirken, der gesamte Inhalt reagieren muß. Und da wir hier nicht nur von Produktionsstrukturen sprechen, sondern von den *subjektiven Kräften*, die sich aus ihnen herausheben, erscheint es klar, warum der Kampf der Arbeiter des Öffentlichen Dienstes von Anfang an die Gesamtheit der Arbeiter "repräsentiert" hat, und warum ihr Kampf auf den strategischen Ort, den sie einnehmen, unmittelbar die Globalität des Produktionssystems und seine neuen sozialen und politischen Dimensionen miteinbezogen hat.

Selbst vom Standpunkt der objektiven Analyse des Produktionsprozesses, der all denen so sehr am Herzen liegt, die diesen Kampf "reaktionär" und "konservativ" nennen, wird also sofort entgegengehalten, daß diese Kämpfe und ihre Hauptakteure im Gegenteil zentral und entscheidend sind in der neuen Produktionsweise: sie haben den Kampf auf den höchsten Punkt der kapitalistischen "Reform" gebracht und sie aus diesem einzigen Grund vorübergehend blockiert.

3. Aber Akteure des Kampfes waren nicht einfach nur die Arbeiter und im besonderen die Arbeiter des Öffentlichen Dienstes: es waren gleichermaßen auch die Millionen Frauen und Männer, die sich in Paris und in allen Städten Frankreichs, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen, Anstrengungen unterworfen haben, wie sie einer Kriegszeit würdig wären. Die Medien haben diese Anstrengung in lyrischen Tönen geschildert - zunächst um zu versuchen, die Revolte der "Kunden" zu organisieren, dann, nachdem dieser Vorschlag massiv gescheitert war, um die Zivilisiertheit und den Gemeinschaftsgeist ihres Verhaltens angesichts der erlittenen

Auswirkungen der Streiks hervorzuheben. Aber haben uns die Industriosozologie, die neoliberale Ideologie und die gesamte Staatslektüre nicht jahrelang erzählt, daß in der postindustriellen Ära die Kunden selbst Produzenten der Dienstleistungen sind? Wie konnten sie nun, diese Ideologieproduzenten, sich so offen dementieren und versuchen, die Gemeinschaft der Kunden gegen die Arbeiter der Dienstleistungen zu stellen oder zumindest zu versuchen, sie als getrennte Gemeinschaft zu identifizieren?

Tatsächlich sind die "Kunden" die "Koproduzenten" des Öffentlichen Dienstes. Sie sind es nach unterschiedlichen Figuren (die von einem Maximum passiven Konsums und einem Minimum an Interaktivität zu einem Minimum passiven Konsums und einem Maximum an Interaktivität gehen: als Beispiel des ersten Falls gelten die Kunden der Energiedienstleistungen und des zweiten Falls die der Telekommunikation, der Bildung und der Gesundheit). Jetzt, im Kampf, hat sich diese "Koproduktion" mit höchstem Bewußtsein gezeigt. Die "Kunden" haben den Kampf der Arbeiter, die mit ihnen die Dienstleistungen produzieren, als ihr Interesse erkannt. Wenn die Dienstleistungen eine Koproduktion sind, dann ist ihr Wesen öffentlich. Hier soll nicht geleugnet werden, daß es Gegensätze geben kann und daß Widersprüche zwischen Angebot und Nachfrage der Dienstleistungen auftauchen können: es soll nur betont werden, daß auch diese Widersprüche sich innerhalb einer öffentlichen Dimension stellen. Also, wenn die Arbeiter der Dienstleistungen aus ihrem Kampf eine Anerkennung, eine Verteidigung und eine Bestätigung des öffentlichen Charakters ihrer Produktion machen, werden die "Kunden" vollkommen als "Koproduzenten" *dieses Kampfs* anerkannt.

Die Fußmärsche im Schnee, das "per Anhalter" Fahren, die Schlangen, das endlose Warten, werden also als Kampfepisoden gesehen. Der Streik wurde in seiner Macht nicht nur durch die lauten Gewerkschaftsdemos dargestellt, sondern vor allem durch die gemeinsamen Märsche jeden Morgen und jeden Abend. Es handelte sich nicht um einen "Streik per Vollmacht", sondern um einen diffusen, in das gesellschaftliche Leben verlängerten Streik, der in den Alltag eingedrungen ist. Dem vom kämpfenden Proletariat erfundenen Vokabular der Streiks (Gewerkschaftsstreik, Generalstreik, "Schachbrettstreik", wilder Streik usw.) wird jetzt diese neue Diktion hinzugefügt: *der Metropolenstreik*.

Man merke wohl: wenn wir diese metropolitane "Koproduktion" des Kampfs betonen, dann ermitteln wir einen Begriff von "Öffentlichem Dienst", der eine revolutionäre Bedeutung hat. In der Mitverantwortung, welche die "Kunden" sowohl gegenüber der Ausübung als auch gegenüber dem Streik der Dienstleistungen fühlen, muß man tatsächlich einen Akt der "Wiederaneignung der Verwaltung" erkennen. Ein direkter subversiver Akt. Vom Bewußtsein der Natur dieses Akts muß die Reflexion schließlich zu seinen Voraussetzungen kommen: zur Identifizierung des Öffentlichen Dienstes, und damit seiner Leitung und seiner allgemeinen produktiven Funktionen, als etwas Gemeinsamen. Gemeinsam wie alle Produkte der Kooperation: von der Sprache zur demokratischen Verwaltung. Eine Definition des "Öffentlichen Dienstes", die nichts mehr mit seiner staatlichen Definition zu tun hat.

4. Der Staat enthüllt seine kapitalistische Gestalt, wenn er den Öffentlichen Dienst privatisieren will. Demgegenüber enthüllen die Kämpfe eine subversive Gestalt, die über den Staat und seine Funktion als Tutor des Kapitals hinausgeht. Auch wenn einige deren Akteure den "Öffentlichen Dienst à la française" verteidigen. Ich glaube tatsächlich, daß es heute wohl Wenigen plausibel erscheint, jene Reste der Dritten Republik zu verteidigen, die - im

fordistischen Kompromiß zwischen den Volkskräften der Résistance und der gaullistischen Technokratie erneuert - heute anachronistischerweise überleben. Die Kämpfe sagen uns, daß, wenn ein "Öffentlicher Dienst à la française" überleben wird, so wird er sich in vollkommen neuen Begriffen präsentieren: als erste Erfahrung einer Rekonstruktion des Öffentlichen Dienstes in einer demokratischen Dynamik der Wiederaneignung der Verwaltung, der demokratischen Koproduktion der Dienstleistung. Hier eröffnet sich tatsächlich über die Kämpfe eine neue Problematik, eine *konstituierende* Problematik. Es geht darum, zu begreifen, was eine Öffentlichkeit der Dienstleistungen bedeutet, die, wenn sie sich der Privatisierungen und der Regeln des Weltmarkts entzieht, sich auch den ideologischen Mystifikationen entzieht, welche die globalisierende und direkt kapitalistische Funktion der Aktion des Nationalstaats verbergen. Das Bewußtsein über diese Problematik ist in den Kämpfen enthalten. Es stellt deren subversives Potential dar. Außerdem, wenn es stimmt, daß die Dienstleistungen heute die Hülle jeder Form von - staatlicher oder privater - Produktivität sind, wenn es stimmt, daß sie auf zentrale und exemplarische Weise die Rolle der Kooperation in der Gesamtheit der Produktion und der Zirkulation zeigen, dann wird dieser neue Begriff von *Öffentlichem Dienst* das Paradigma jeder neuen Erfahrung von vergesellschafteter Produktion bilden.

Also hat hier der Öffentliche Dienst, als Gesamtheit der vom Staat geschützten Aktivitäten für die Reproduktion des kapitalistischen Systems und die private Akkumulation, zu existieren aufgehört. Wir sehen uns einem *neuen Begriff* von Öffentlichem Dienst gegenüber, oder dem Begriff einer Produktion, die auf der Interaktivität aufgebaut ist, in der die Entwicklung des Reichtums und die Entwicklung der Demokratie nicht mehr zu unterscheiden sind, so wie es die Ausweitung der sozialen Verbindungen und die Wiederaneignung der Verwaltung durch die Subjekte der Produktion sind. Die Beseitigung der Ausbeutung wird hier sichtbar, nicht als Mythos, sondern als konkrete Möglichkeit.

5. Aber diese neue subjektive Dimension des Öffentlichen Dienstes ist nicht etwas, das nur die "gesellschaftlichen Arbeiter" betrifft, also die Arbeiter der gesellschaftlichen Dienstleistungen. Sie ist etwas, das - wie wir gesehen haben - die Koproduzenten der Dienstleistungen betrifft und also alle Bürger, die arbeiten. Das "Alle gemeinsam" der Kampflogans stellte also eine neue Gemeinschaft dar, eine gesellschaftliche Produktionsgemeinschaft, welche Anerkennung fordert. Diese Anerkennung ist doppelter Art. Einerseits ist es die Dynamik der Neuzusammensetzung, welche die Bewegung durchzieht, es ist die *Kampfgemeinschaft*, zu der alle Beschäftigten von den Arbeitern aufgerufen werden, welche die wesentliche Schiene der produktiven Kooperation bilden. Dies ist die erste Dynamik des Prozesses. An zweiter Stelle besteht die geforderte Anerkennung in der *Wiederaneignung* der Dienstleistung, sowohl von Seiten der Kampfgemeinschaft, als auch von Seiten derer, die arbeiten und die Dienstleistungen benutzen, um Reichtum zu produzieren.

Der Kampf funktioniert auf diese Weise als Vorabbild des Ziels, zu dem er strebt; die Methode - das Zusammensein, um zu gewinnen - ist das Vorabbild des Ziels - das Zusammensein, um Reichtum zu schaffen, außerhalb und gegen das Kapital.

Was hier betont werden soll, ist, daß im Kampf, den wir erlebt haben, und vor allem dort, wo der Öffentliche Dienst in Frage stand, der Begriff der *Gemeinschaft* um Wesentliches bereichert wurde. Der Gemeinschaftsbegriff wurde oft, auch und vor allem im subversiven Denken, als etwas angegriffen, das die konkreten Äußerungen der Ausbeutung mystifiziert

und sie auf eine Figur reduziert, in der die Assoziation der Subjekte eher von der Einheit der Funktion als von der widersprüchlichen Äußerung des Assoziations- und Produktionsprozesses gegeben war. Im Laufe des Kampfs, den wir analysieren, erscheint zum ersten Mal eine extrem artikulierte Gemeinschaft, eine *Gemeinschaft*⁶, die in sich alle Merkmale der Vielfältigkeit trägt - und die sich, als gesellschaftliches und produktives Ganzes, der Macht entgegensetzt.

Die Reflexion über die Bewegung führt schließlich zum Problem des *Übergangs* zu einem höheren Niveau der Organisation der Produktion, wo der Öffentliche Dienst als Ensemble der gesellschaftlichen Funktionen angesehen wird, die sich in ihrem ganzen Reichtum äußern und nicht mehr die Trennung in Produktions- und Kommandoebenen erfordern. Im Gegenteil, die Wiederaneignung des Kommandos in der produktiven Funktion und der Schaffung der Verbindung zur Gesellschaft werden zu einem *Kontinuum*. Das Problem des Übergangs zu einer autonomen sozialen Gemeinschaft, zum Kommunismus, wird nicht einfach nur in der Definition der Form des Kampfs gegen den Staat bestehen, sondern wird im Gegenteil im Wesentlichen in der Definition der Zeiten und der Formen liegen, in denen sich die Wiederaneignung der produktiven Funktionen der Gemeinschaft ergeben wird.

"Alle gemeinsam" ist ein Übergangsprojekt zum Kommunismus. Diese Kämpfe erlauben es uns, die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt, wieder bei ihrem Namen zu nennen. Und wenn die Arbeit, die zu tun ist, um in der Vorstellung die wirkliche Bewegung wieder zusammzusetzen und die Entwicklung der Geschichte ungeheuer groß ist, dann heißt dies nicht, daß wir - auf einer sehr hohen Ebene der Möglichkeit (wo der Kapitalismus selbst hohe Formen der Kooperation entwickelt) - nicht beginnen können, die Utopie der Bewegung mit Worten zu füllen, die dieses Verlangen enthalten.

6. Die Parole "Alle gemeinsam" wurde von der Bewegung als Aufforderung an die Arbeiter der Privatunternehmen verbreitet und aufgegriffen, sich dem Kampf anzuschließen. Wir haben gesehen, wie sich die Parole dann verändert hat. Aber es stimmt, daß ihre erste Bedeutung, die erste Aufforderung, ins Leere gegangen ist. Warum? Warum sind die Arbeiter des "juristisch" privaten Bereichs der Wirtschaft nicht in den Kampf eingestiegen?

Die Erklärungen, warum die Arbeiter der Privatwirtschaft nicht in den Kampf eingegriffen haben, sind sehr realistisch: sie gehen von Rechtfertigungen wegen der Lohnstruktur (individualisierter Lohn je nach Identifikation mit dem Betrieb, also im Streikfall der unmittelbaren Repression des Unternehmers ausgesetzt) zu Rechtfertigungen bezüglich der Krise der Gewerkschaften im privaten Bereich der Industrie und der Dienstleistungen. Diese Erklärungen, obgleich sie realistisch sind, vergessen dennoch ein strukturelles Element des Privatunternehmens, nämlich die Tatsache, daß in ihr die Tendenz der Veränderung der Produktionsstruktur in eine öffentliche Dienstleistungsstruktur noch nicht offensichtlich geworden ist und daß sie einerseits versteckt wird von der starken Fortdauer der *Manufakturindustrie*, und andererseits von der schändlichen Vorherrschaft der Regeln des privaten Profits, der oft entlang von *Finanzmodellen* neu interpretiert wird. Vielleicht ist der Moment gekommen, zu sagen, daß die produktiven Funktionen der Manufakturproduktion in jeder Hinsicht im Aussterben begriffen sind. Und daß folglich die Arbeiterschichten, die an die Funktionen der Manufaktur

⁶

im Original deutsch

gebunden sind, die durch die Drohungen mit Arbeitslosigkeit am erpressbarsten und daher *die schwächsten* sind. Genau aus diesem Grund sind sie weniger fähig, Angriffskämpfe zu führen. Sie sind nunmehr in ein Paradox eingeschlossen: in dem Moment, in dem sie kämpfen, werden sie gezwungen sein, es zu tun, um auch die Produktionsorte zu zerstören, in denen sie heute ihren Lohn erhalten. Sie sind ein wenig wie die Bauern einst in der Französischen Revolution: sie werden kämpfen, nicht um das Produktionssystem siegen zu lassen, dem sie angehören, sondern ein anderes Produktionssystem, in dem sie zerrieben werden.

Aber diese Interpretation betrifft nicht nur die Arbeiter des privaten Manufakturbereichs. Im Privatsektor sind nunmehr in immer größerem Maße Dienstleistungsunternehmen präsent. Die großen Manufakturunternehmen haben in immer umfassenderem Ausmaß direkt und indirekt produktive Funktionen ausgelagert, sie zu kommerziellen Dienstleistungen gemacht und sie in den Kontext der gesellschaftlichen Produktion eingereiht. Genau in diesem Bereich der privaten Dienstleistungen ist die Neuentdeckung des Öffentlichen und schließlich die Neuzusammensetzung des neuen Proletariats möglich. Sie ist möglich, wo die Arbeiterfiguren im Privatsektor zeitliche Flexibilität und räumliche Mobilität als Grundmerkmale haben. Wo der Profit - wie in den Bereichen des Öffentlichen Diensts - vor allem aus der *Ausbeutung der gesellschaftlichen Kooperation* entsteht.

Im Kampf vom Dezember gab es Verspätung und Verwirrung über die Form der Aufforderung an den Privatbereich, am Kampf teilzunehmen. Diese Aufforderung hatte die traditionelle Form des Appells an die Manufakturarbeiter des Privatsektors. Im weiteren Verlauf der Kämpfe werden es jedoch die Arbeiter der Dienstleistungen - auch der privaten - sein, die sich im neuen Begriff des Öffentlichen wiedererkennen - und also in der kooperativen Wiederaneignung der Produktion von Reichtum und Bildung der demokratischen Verwaltung der Produktionsgesellschaft.

7. Wir können nun zur Identifizierung des Subjekts des Dezemberkampfs zurückkehren. An der Oberfläche stellt es sich als Arbeiter des "Öffentlichen Diensts" dar, in zweiter Instanz erscheint es als "gesellschaftlicher Arbeiter" oder als Produzent gesellschaftlicher Beziehungen und durch diese als Produzent von Reichtum; an dritter Stelle wird diese Identität dadurch verstärkt, daß die Kunden der Dienstleistungen, oder allgemein die Bürger, den Kampf mitproduziert haben; an vierter Stelle erscheint es offensichtlich, daß die Öffentlichkeit der Dienstleistungen der strategische Ort der Ausbeutung und damit der neuen Widersprüche ist, auf denen sich Angriffskämpfe entwickeln können; an fünfter Stelle werden auch die Arbeiter der privaten Dienstleistungen, d.h. die Mehrheit der Arbeiter des Privatsektors, der sich in den Dienstleistungen neustrukturiert hat, von diesem Kampfzyklus angezogen. *Aber der gesellschaftliche Arbeiter ist ein immaterieller Arbeiter.* Er ist es, weil er eine hohe Schulbildung hat, weil seine Arbeit im wesentlichen intellektuell ist, weil seine Tätigkeit kooperativ ist. Eine Produktion, die aus linguistischen Aktivitäten besteht, steht heute im Zentrum der Gesellschaft und seiner Machtordnung. Also, der gesellschaftliche Arbeiter ist immateriell, soweit er an der neuen intellektuellen Natur der Arbeit beteiligt ist.

Aber diese neue intellektuelle Natur der Arbeit ist "Bios", das ganze Leben von Generationen und von Singularität. Das Subjekt des Dezemberkampfs hat durch den Kampf und seine Ziele die ganze komplexe Dimension des Lebens als Produktion von Subjektivität gezeigt, - und also als Verweigerung der Versklavung der intellektuellen gesellschaftlichen Kooperation an die Entwicklung des Kapitals.

Auf jeden Fall, sagten die kämpfenden Arbeiter im Dezember zur Regierung: Wenn ihr schon nicht die Freiheit dieser intellektuellen kollektiven Natur der assoziierten Arbeit anerkennen wollt, so seid ihr wohl gezwungen, deren Zentralität und Macht anzuerkennen und die Unmöglichkeit zu erleiden, über Lohn, über gesellschaftliche Reproduktion und über ökonomisch-politische Gestaltung zu sprechen, ohne diese Realität vollständig zu berücksichtigen! Telekommunikation und Ausbildung stellen die bedeutendsten Klassenbereiche des interaktiven Öffentlichen Dienstes, des "Bios" - vom Gesichtspunkt der Immaterialität her - dar, hier zeigt sich der *General Intellect*, den Marx als grundlegenden Agenten der Produktion im reifen Kapitalismus vorhergesehen hatte, als "bios". In den Prozessen der *Bildung* baut sich die Arbeitskraft ständig neu auf, entlang des ganzen Weges des Lebens und der Generationen, in voller Interaktivität nicht nur zwischen aktiven Singularitäten, sondern auch zwischen diesen und der Welt, der *Umwelt*, die sie umgibt und die ständig von der menschlichen Aktivität wieder aufgebaut wird. Die *Telekommunikation* repräsentiert in der nahen Zukunft die Gesamtheit der Zirkulation der produktiven Zeichen, der kooperativen Sprachen - sie bilden also die jenem konstanten Kapital externe Figur, das sich die menschlichen Hirne wieder angeeignet haben. Über Bildung und Telekommunikation sind die Prozesse der Produktion von Subjektivität mit den Versklavungsprozessen der produktiven Subjektivität und der Schaffung des Profit-Mehrwerts konfrontiert. Auf diese Knoten schließlich konzentriert sich der Kampf um die Form der Aneignung - denn Bildung und Telekommunikation stellen den höchsten Punkt und die ausdrücklichste Struktur der Produktion als Öffentlichem Dienst dar.

8. Die Kämpfe vom Dezember bieten eine ausgezeichnete Herausforderung an die revolutionäre Theorie. In ihnen dominieren in der Tat die Arbeiter der materiellen und immateriellen Dienstleistungen, d.h. der gesellschaftliche Arbeiter in der Gänze seiner produktiven Eigenschaften. Diese Kämpfe entstehen zwangsläufig auf der Ebene des reifen oder, wie man ihn auch nennen mag, postmodernen oder postindustriellen Kapitals. Die Arbeiter der Dienstleistungen stellen die gesellschaftliche Produktivität an erste Stelle und zeigen die Widersprüche, die sich bei ihrer Entwicklung eröffnen. Das Problem der Befreiung vom kapitalistischen Kommando und von der kapitalistischen Produktionsweise stellt sich hier auf neue Weise, weil sich der Klassenkampf auf neue Weise darstellt. Die Manufakturindustrie und ihre Arbeiter verlieren definitiv ihre zentrale Rolle, die sie in der Entfesselung und in der Führung des Klassenkampfes hatten, während die Arbeiter der Dienstleistungen, auch und vor allem die der Dienstleistungen im privaten Sektor der reifen Ökonomien, aufgerufen sind, ins Spiel des revolutionären Kampfs einzutreten.

Die Theorie muß sich mit dieser neuen Realität auseinandersetzen. Sie muß sich mit dem Verhältnis zwischen "general intellect" (oder der vorherrschenden immateriellen und intellektuellen Arbeit) und "bios" (oder der Dimension, auf der die intellektuelle Arbeit, als wiederangeeignetes konstantes Kapital, sich dem kapitalistischen Kommando entgegenstellt, das nun vollkommen parasitär geworden ist). Aber sie muß vor allem am Knoten arbeiten, der die *soziale Interaktivität* und ihre *politischen Formen*, die produktive Kraft und die konstitutive Macht umschließt. Bereits Lenin hatte sich das Problem zwischen ökonomischer Aneignung von

Seiten des Proletariats und den politischen Formen dieser Aneignung gestellt. In seiner Zeit und in den Produktionsverhältnissen, die er in Betracht zog, führte ihn der Realismus dazu, den Begriff der "Diktatur" als die Lösung anzusehen. Ohne Dreck über Lenin auszuschütten, der die Notwendigkeit begriffen hatte, Revolution und Unternehmen gleichzeitig laufen zu lassen, unterscheidet sich dennoch unsere Utopie der Befreiung radikal von seinem Standpunkt. Sie kann es realistischerweise tun, weil die Produktion heute eine Welt von interaktiven Verhältnissen ist, die nur die "Demokratie" formen und regieren kann. Demokratie, eine mächtige Demokratie der Produzenten steht heute im Zentrum unseres Forschungsinteresses. Das Öffentliche gegen den Staat fördern, die Demokratie der Produzenten gegen das Parasitentum des Kapitals formulieren, die Formen entdecken, in der sich die Interaktivität der Produktion (die durch die Entwicklung der Dienstleistungen enthüllt wurden) mit den (erneuerten) Formen der politischen Demokratie" äußern kann, das materielle Netz der *politischen Koproduktion der Gesellschaft* entdecken: Gut, dies sind neue Aufgaben der Theorie. Dringend, lebendig, weil es die Kämpfe waren, die sie vorgeschlagen haben.

Man merke wohl: bereits mehrere Theoretiker der gesellschaftlichen Reproduktion in der Postmoderne stellen sich analoge Probleme. Alle "Kommunitäre", die Sozialwissenschaftler⁸, welche den Neoliberalismus als "Einheitsdenken" nicht akzeptiert haben, vor allem im hauptsächlichen Land des Kapitalismus, den USA, arbeiten an dem Problem, das Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Kooperation und Schaffung von Demokratie zu beleuchten. Aber die Dezember-Kämpfe gehen weit über diese Themen hinaus: denn sie stellen sich das Problem nicht nur als Möglichkeit, sondern als Notwendigkeit, und sie nehmen die Lösung vorweg und beweisen, daß die Demokratie der Vielfalt eine revolutionäre Angelegenheit ist. Hier ist schließlich ein anderes, sicher nicht sekundäres Thema: was es bedeutet, die gesellschaftliche Kooperation zu revolutionieren und sich auf demokratische Weise die Verwaltung wiederanzueignen, um die Totalität der Produktion und der Reproduktion der Gesellschaft zu verwalten.

9. Mit den Kämpfen vom Dezember sind wir in eine neue Phase der politischen Praxis eingetreten.

Das erste Problem ist offensichtlich das, den Kampf wieder zu beginnen, nachdem er zu Ende gegangen ist. Und folglich die Front des gesellschaftlichen Arbeiters im Öffentlichen Dienst, aber vor allem im Privatsektor auszuweiten und zu unterstützen. Weiterhin geht es darum, auf breiteste und mächtigste Weise die Beiträge der Subjekte der Bildung (Schule, Universität usw.) und der Telekommunikation für die neue Perspektive einer revolutionären Bewegung zum Ausdruck zu bringen und die Koproduktion dieser Kämpfe mit den arbeitenden Bürgern zu organisieren.

Aber hier taucht das zweite und grundlegende Problem auf: eine Kampf- und *Organisationsform* zu entwickeln, die mit dem neuen Begriff von Öffentlichem Dienst übereinstimmt, den wir als Ausdruck der Kämpfe vom Dezember erkannt haben. Das heißt, eine Organisationsform, die es immer mehr erlaubt, die branchenspezifischen Forderungen mit denen des *bio-politischen Lohns*, des *Öffentlichen Diensts* und der *Wiederaneignung der Verwaltung* zu verbinden und auszuweiten.

⁸ z.B. Charles Taylor und Michael Walzer

Es ist offensichtlich, daß die von den kämpfenden Arbeitern bewiesene Fähigkeit, sich *im Stadtteil neu zu organisieren* und mit der traditionellen Arbeitsteilung der französischen Gewerkschaften zu brechen, als Paradigma der einheitlichen Neuzusammensetzung der Kampfziele und der allgemeinen Form der Kampfführung gesehen werden kann. In der Tat sind diese Organisationsformen ein Vorabbild neuer politischer Basis- und Masseninstanzen (die nicht mehr nur gewerkschaftlich sind). Sie enthüllen, wenn sie sich paradoxerweise auf die Ursprünge der Organisation der Arbeiterbewegung beziehen, ein zentrales Element der Organisation der postfordistischen Produktion: nämlich ihre gesellschaftliche Verbreitung. Diese einheitliche Lokalisierung scheint wohl die Basis einer Verallgemeinerung des Arbeiterinteresses am Lohn und am Kampf um die Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion zu sein; aber gleichzeitig ist es die einzige Basis, von der aus sich diese Initiative der Wiederaneignung der Verwaltung und der Öffentlichen Dienste bewegen kann. Denn nur diese kann es möglich machen, einen Horizont des Kampfs für die Demokratie zu eröffnen. □

Nachbemerkungen zum Text von Toni Negri:

Dem Text ist vorgeworfen worden, daß er unverständlich ist. Das liegt zum einen an am Negri'schen Politjargon. Zum anderen ist es ein propagandistischer Text: er vermischt Analyse und politische Propaganda, wie wir es schon aus dem 70er Jahren von Negri kennen. Damals propagierte er die Figur des gesellschaftlichen Arbeiters. Hintergrund war damals, daß die Massenarbeitskämpfe und die politischen Organisationen, die sich auf die Figur des Massenarbeiters bezogen hatten (wie die, zu der Negri gehörte) an eine Grenze gestoßen waren, daß die Kämpfe und Forderungen auf der Ebene der Fabrik mit der Umstrukturierung der Produktion konfrontiert waren. Es wurde die Ausweitung in die Gesellschaft propagiert. Die Figur des "gesellschaftlichen Arbeiters" sollte nun diese Ausweitung repräsentieren. Negri bezog sich dabei ganz konkret auf eine Masse von politisierten Jugendlichen, die in prekären Jobs drinsteckten, Häuser besetzten usw., also eine Art Subkultur, die sich in der 77er Bewegung dann

radikal äußerte. Diese Figur des "gesellschaftlichen Arbeiters" beruhte also zum einen auf einem realen Phänomen, war gleichzeitig eine Kritik an der reformistischen Politik der KPI und deren Facharbeiterorientierung, war letztendlich aber doch auch eine propagandistische Anbiederung Negris an diese Jugendlichen, denen er einredete, daß sie das neue vorherrschende Subjekt der Zukunft seien - was ja auch fatale Folgen hatte, wenn wir uns an den massenhaften Zulauf zum bewaffneten Kampf in den Jahren 77-79 erinnern. Ähnlich müssen wir das mit dem "immateriellen gesellschaftlichen Arbeiter" sehen. Es ist eine Verlängerung der Figur des "gesellschaftlichen Arbeiters" aus den 70ern und entspringt Negri's Erfahrungen und Untersuchungen in Paris der letzten 10-15 Jahre: zum einen die Studentenbewegung seit 86, der Bereich der Universitätsangestellten (in denen er sich wohl bewegt), Berichte von einem Streik der freien Mitarbeiter der Medien in Paris usw. In der Zeitschrift "Futur anthérieur" sind einige Untersuchungen über diesen Bereich der "immateriellen Arbeit" ver-

öffentlich worden. Der Begriff hat also einen realen Hintergrund. Natürlich hat Negri auch nicht aufgehört, Propagandist zu sein. Er greift ein paar Elemente der Dezemberbewegung auf, die er interessant findet und macht daraus propagandistische Thesen. Man kann ihm sicher unzulässige Verallgemeinerungen vorwerfen, doch die Punkte, die er anschneidet, sind höchst wichtig. Ich will versuchen, auf einige seiner Thesen näher einzugehen. Dabei kam mir der Umstand zu Hilfe, daß in der neuen Ausgabe der Zeitschrift "Die Beute" (Nr.2/96 - Sommer 1996) ein Artikel von Maurizio Lazzarato veröffentlicht wurde: "Klassenkampf in der Postmoderne", in dem ähnliche Thesen wie die von Negri vertreten werden, nur eben in wesentlich klarerer und verständlicherer Weise. Die Ähnlichkeit der Thesen ist auch kein Wunder, schließlich ist Maurizio Lazzarato ein enger Weggefährte Negri's und ebenfalls Mitarbeiter der Zeitschrift "Futur anthérieur".

1. Die Kunden als "Koproduzenten" des Öffentlichen Dienstes; Wiederaneignung der Verwaltung als demokratische Institution.

Negri's These von der "Koproduktion des Kampfes" geht von der Tatsache aus, daß der Streik der Beschäftigten des Öffentlichen Nahverkehrs z.B. von der Mehrheit der Kunden positiv gesehen wurde. Sie nahmen die Behinderungen wohlwollend hin, weil sie mit dem Streik sympathisierten. Natürlich liegt darin eine wesentliche Beschränkung, wenn sie dann versuchen, unter Einsatz aller Kreativität zur Arbeit zu gelangen, statt sich unter Einsatz derselben direkt am Streik zu beteiligen. Doch Negri will auf eine Interessenüberschneidung zwischen Produzenten und Konsumenten des Öffent-

lichen Dienstes hinweisen: einerseits bessere Arbeitsbedingungen, andererseits bessere Dienstleistungen. Oder weitergedacht: gegen die Ausbeutung der Produzenten, gegen die kapitalistisch/staatliche Kontrolle der Dienstleistungen. Daraus leitet er die Utopie einer "demokratischen Wiederaneignung des Öffentlichen Dienstes" durch Produzenten und Koproduzenten ab.

Bei Lazzarato liest sich das etwas einfacher. Er fängt nämlich ganz vorne an: *"Was mich an der französischen Streikbewegung frappt hat, war die Geschwindigkeit, mit der sie von korporativen zu allgemeinen Forderungen übergegangen ist. Diese Verallgemeinerung ist jedoch nicht abstrakt, als eine Art Politisierung vor sich gegangen, nämlich nicht als Übergang von ökonomischen Forderungen zu politischen, wie es eine Tradition der Arbeiterbewegung will, sondern als Verallgemeinerung nach der Logik einer Globalisierung, die auf Konstitution eines neuen sozialen Zusammenhangs, einer höheren Gesellschaftlichkeit hinausläuft. Es entstand eine Kollektivität, eine Vielfalt, die "Leben" und "Zeit" dieses sich konstituierenden Zusammenhangs dem "Leben" und der "Zeit" des Kapitals entgegensetzte."* Nebenbei erklärt er uns auch noch den Verweis auf den Foucault'schen Begriff der "Bio-Macht":

"Man kann in einer ersten Annäherung diese Bewegung erklären, indem man die Foucaultsche Definition der "Bio-Macht" umkehrt. Im vorliegenden Fall wird, im Gegensatz zu dem, was Foucault beschreibt, die Frage nach der "Macht zum Leben" auf radikale Art, demokratisch von unten gestellt, und sie ist nicht einfach Ausdruck statuarischer Formierung und Überwachung".

Daraus entsteht die Suche nach Möglichkeiten, eine andere Gesellschaft zu organi-

sieren. Und nicht nur für die Produzenten des Öffentlichen Dienstes. *"Auch wer nicht unmittelbar in die Organisation des Streiks einbezogen war, fühlte sich solidarisch, denn auf dem Spiel standen die Formen des "Lebens", und die gehen alle persönlich an."* Als konkrete Utopie propagiert Negri die Wiederaneignung des Öffentlichen Dienstes und dessen demokratische Verwaltung. Was uns zunächst etwas seltsam anmutet und bei uns hier als "demokratische Mitbestimmung", als Beteiligung an der Macht interpretiert werden könnte, liest sich doch vor dem Hintergrund der Dezemberbewegung etwas anders. Ausgehend von der Entwicklung einer konkreten Utopie - die natürlich immer eine zweiseitige Sache ist, da sie, solange es eine kapitalistische Gesellschaft gibt, immer von dieser rezipiert, also als neues dynamisches Element integriert werden kann - entwickelt Lazzarato eine Kritik am Denken der Linken, die immer noch dem Gegensatz Privat=neoliberal und staatlich=keynesianistisch huldigt und in der Kritik an der Privatisierung öffentlicher Unternehmen oder Dienste den Staat verteidigt. Demgegenüber sagt Lazzarato: *"(Der Staat) ist auch kein Instrument, das sich der Marktlogik entgegenstellt, sondern der Hauptakteur im Umstrukturierungsprozeß... Der Gegensatz zwischen Staat und Markt gehört zu den zahlreichen Illusionen der Linken und der Arbeiterbewegung... Die Kämpfe dieser Wochen ermöglichen es uns, die Alternative zwischen staatlich und privat zurückzuweisen. Sie verlangen, den Begriff der Öffentlichkeit neu zu definieren, und erlauben, eine Alternative zwischen Verstaatlichung und Privatisierung, zwischen Marktwirtschaft und Staatskapitalismus zu denken."*

Aneignung der Verwaltung - das kann

nichts anderes heißen, als den Öffentlichen Dienst der Aufsicht des Staates sowie der privaten Aneignung zu entziehen und an seiner Stelle auf die demokratischen Entscheidungen von unten zu setzen." Bei Negri heißt das eben mit anderen Worten:

"Der Staat enthüllt seine kapitalistische Gestalt, wenn er den Öffentlichen Dienst privatisieren will. Demgegenüber enthüllen die Kämpfe eine subversive Gestalt, die über den Staat und seine Funktion als Tutor des Kapitals hinausgeht."

2. Die "immaterielle Arbeit".

Hier fehlt mir - ehrlich gesagt - auch der richtige Durchblick. Negri und seine Leute sprechen von der "immateriellen Arbeit" als einer gesellschaftlichen Tendenz. Ausgehend von der Feststellung, daß die "materielle Arbeit" (worunter Negri wohl seine "Manufakturarbeit" meint, oder die klassische Industriearbeit fordistischer Prägung(?)) im Aussterben begriffen ist, setzen er und Lazzarato auf die "immaterielle Arbeit". Ich suche immer noch nach dem zentralen Artikel, in dem dieser Begriff genau definiert wird. Aus den Hinweisen, die Negri uns gibt, scheint es fast ein Synonym für "intellektuelle Arbeit" zu sein.

"Aber der gesellschaftliche Arbeiter ist ein immaterieller Arbeiter."

Negri versucht hier, die neuen Bereiche der Produktion (und der Gesellschaft) zu identifizieren, welche die Grundlage für eine neue Bewegung und für utopische Elemente eines "Kommunismus als wirklicher Bewegung" darstellen können. Die Euphorie, mit der er behauptet, ihn gefunden zu haben, kommt natürlich aus seinem Erleben der Dezemberbewegung. Lazzarato gibt in seinem Artikel folgende Definition für den Dienstleistungsbereich:

"Die Dienstleistungen nämlich sind ... der moderne Typus des Produktions- und Ausbeutungsverhältnisses, dem sich auch das, was man als Industrie bezeichnet, anpassen muß. Die öffentlichen Dienste sind strategische Orte in der neuen Produktion. Das Transportwesen gewährleistet die Flexibilität und Mobilität der Waren und der Arbeitskraft. Das Fernmeldewesen ist bereits das Epizentrum der Informationsökonomie und spielt, weil es die Informatik und die kulturelle Produktion umfaßt, eine ähnliche Rolle wie das Auto während der ruhmreichen dreißiger Jahre. Die Bildung produziert den Rohstoff der Wirtschaft des XXI. Jahrhunderts: das Wissen. Die Sozialleistungen regulieren die Gesundheit des gesellschaftlichen Zusammenhangs, von der die Produktivität des Systems abhängt."

Ich bin da etwas skeptischer, was die Definition neuer "zentraler Bereiche" betrifft. Aus Italien kommt eine ähnliche Kritik an Negri, die ihm vorwirft, den Aspekt der immateriellen Arbeit zu sehr zu verallgemeinern. Ich denke, da wäre noch etwas Untersuchungsarbeit und Diskussion vonnöten, um dazu genauer Stellung zu beziehen. Bis dahin kann ich es aber nur begrüßen, wenn Leute wie Negri damit angefangen haben und sich auch vorwagen und Neuland betreten. Wer wagt denn heute noch von Kommunismus oder von Utopien zu reden. Der große Teil der Linken diskutiert doch Entwicklungen hinterher, statt zu versuchen, sie vorwegzunehmen. Dies ist meiner Meinung nach der große Verdienst von Negri: daß er die richtigen Fragen stellt.

3. Kampfgemeinschaft zwischen Produzenten und "Koproduzenten".

"Die Reflexion über die Bewegung führt

schließlich zum Problem des Übergangs zu einem höheren Niveau der Organisation der Produktion, wo der Öffentliche Dienst als Ensemble der gesellschaftlichen Funktionen angesehen wird, die sich in ihrem ganzen Reichtum äußern und nicht mehr die Trennung in Produktions- und Kommandoebenen erfordern. Im Gegenteil, die Wiederaneignung des Kommandos in der produktiven Funktion und der Schaffung der Verbindung zur Gesellschaft werden zu einem Kontinuum."

Was zunächst völlig unverständlich erscheint, läßt sich aufklären.

In den 70ern propagierte Negri die "Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums" und die "Zerschlagung des kapitalistischen Kommandos". Er vertrat damals - ebenfalls in der Euphorie der Bewegung -, daß dem kapitalistischen Kommando die zentrale Bedeutung zukäme, da das Wertgesetz in Folge der Arbeiterkämpfe "in die Luft geflogen" und daher Ausbeutung zum reinen Kommando geworden sei. Er greift nun also diese Begriffe wieder auf, und meint damit - ohne sich diesmal zum Wertgesetz zu äußern - daß die Bewegung darüber nachdenken muß, wie sie die offensiven und utopischen Momente der Streiks in eine konkrete Umgestaltung der Gesellschaft umsetzen kann. Er redet dabei nicht von politischen Organisationen, in denen sich die Streikenden organisieren sollen, sondern denkt gleich die Umgestaltung des Öffentlichen Dienstes in der Aneignung durch Produzenten und Koproduzenten mit und entwirft hieraus die Utopie einer Organisation der umgestalteten Produktion - jenseits der kapitalistischen Verwertung. Das scheint uns ziemlich weit weg zu sein. Lazzarato bewegt sich da näher an der Gegenwart dran. Er greift

die Kritik der Bewegung am leninistischen "Übergang von ökonomischen zu politischen Forderungen" wieder auf und sagt weiter:

"Die Verbindung der ökonomischen und sozialen Probleme mit denen der Konstitution von Subjektivität scheint diese Streiks auszuzeichnen. Daran läßt sich die Entfernung ermessen, die sie von den klassischen Arbeiterkämpfen trennen, wo der Übergang zum Politischen den Eingriff von Organisationen verlangte, die im Staat, als Organisation der Biomacht, ihren Feind fanden."

Demgegenüber vertritt er die Notwendigkeit, die verallgemeinernden Elemente in der Bewegung zu stärken. Die politischen Organisationen stehen außerhalb der Bewegung. Die Frage der Organisation kann nur innerhalb der Bewegung gelöst werden. Für Lazzarato stellen sich folgende Fragen:

"Wie kann man kollektive Instrumente der Organisation und der Selbstrepräsentation schaffen, die die Heterogenität und Vielfalt der Akteure, der Subjekte und der Wünsche zusammenfassen, ohne sie in einer Vermittlung zu nivellieren, die nichts als eine Abstraktion wäre? Wie gelangt man zu Formen der Organisation und der Artikulation, die die Spaltungen und die Hierarchisierungen aufheben, mit denen der Kapitalismus und der Staat fortwährend der Bildung eines solchen kollektiven Zusammenhangs entgegenwirken?"

4. "Die Schaffung der Verbindung zur Gesellschaft"... "alle Bürger, die arbeiten."

Beim Treffen gegen Neoliberalismus in Berlin erzählte ein Eisenbahner aus Rouen, wie das Eisenbahndepot während des Streiks zum Treffpunkt aller Bereiche der Gesellschaft wurde, nicht nur der

Streikenden aus anderen Branchen, sondern auch von Menschen aus Nicht-Streikbereichen. Lazzarato schreibt in seinem Artikel:

"Der Streik ergreift unmittelbar die Stadt und die Peripherie als Organisationsraum. Der Arbeitsplatz ... funktioniert als "relais" für die Ausbreitung des Kampfes in der Stadt und der Peripherie."

Nun ist die Ausweitung von Arbeiterkämpfen in die Gesellschaft, von der Fabrik in den Stadtteil nichts neues ("Erobern wir uns die Stadt", hieß es schon in den 70ern in Italien). Doch Lazzarato sieht einen Unterschied: In der *"dominanten Tradition der Arbeiterkämpfe"* lief die Ausweitung über *"Stufen der Politisierung, deren Fluchtpunkt der Generalstreik war"*. Dies sei nun anders gewesen. Die Kämpfe vom Dezember gewannen zusätzlich zur Verankerung an ihrem jeweiligen Arbeitsplatz eine *"soziale und territoriale Dimension"*. Für ihn geht es darum, die Trennung in "Arbeiter" und "Bürger" aufzuheben, also letztendlich die zwischen Produzenten und Koproduzenten. Im ersten Moment regte sich bei mir ein gewisser Widerwille: Kommt Negri jetzt auch mit dem Konzept der "Zivilgesellschaft" und des "Bürgers". Doch Lazzarato hilft uns wieder weiter. Und er kommt gemeinsam mit Negri auf einen wesentlichen Aspekt von Marx zurück, der scheinbar in Vergessenheit geraten ist:

"Das bedeutet das Ende der Täuschung, daß sich die Humanität diesseits der anachronistischen Trennung des Menschen vom Arbeiter und Staatsbürger verwirklichen lasse".

a, Hamburg

Rettet das Faultier

Luis Royo

aus: Hika, Nr. 4/96 (Zeitschrift von ZUTIK aus dem Baskenland)

Wenn ich über die Arbeit unter dem Aspekt der Langeweile schreibe und die Arbeitsplätze als Gebiete des Gähnens bezeichne, so werden dies einige zu Recht als das dumme Geschwafel eines Beschäftigten betrachten. Angesichts des Dramas der Arbeitslosigkeit erscheint es unseriös, sich um die Kinnladen der Lohnarbeiter zu kümmern. Die Klagen von uns, die wir die Schnauze vom Arbeiten voll haben, sind nicht gut angesehen. Müde von den Vorwürfen und davon, daß sie mir die drei Millionen Arbeitslosen auf den Tisch knallen, habe ich beschlossen, meine Theorien und Ironien über das Gähnen und die Arbeitssucht zurückzuziehen, und mein schlechtes Verhältnis zur Maloche klandestin zu halten. Über meine morgendlichen Depressionen werde ich nur noch mit der Zigarette sprechen.

Gerade als ich mit mir diesen Dialog führte und mich auf den Rückzug begab, erreichte mich eine Nachricht. Demzufolge hat sich auf der anderen Seite des Atlantik, in Argentinien, eine *Stiftung für Allergie gegen Arbeit* gegründet (FAT, Fundación de Alergia al Trabajo). Ich las weiter, und meine Laune stieg: Da waren sie wieder, die Kritik, der Humor, die Ironie, die Ziele und Forderungen einer Organisation, von der ich geträumt hatte. Ich habe ihnen noch am selben Tag geschrieben, und das Folgende ist ein Teil von dem, was sie mir über eine Stiftung erzählt haben, die ich in Euskadi bekannt machen will – wenn es nicht viel Arbeit macht.

Die FAT, eine Organisation mit internationalem Sitz in Lissabon, und seit 1995 mit einer Filiale in Argentinien, hat u.a. das Ziel, eine Kampagne gegen die Arbeitssucht in Gang zu bringen. Die Stiftung beobachtet mit Sorge diese Sucht, die Familien auseinanderbringt, Eltern und Kinder trennt, Ursache von Scheidungen ist, geistige Grundwerte (wie Faulheit, Verweichlichung, Trägheit, Willensschwäche) untergräbt und zahlreiche Krankheiten (Streß, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Übersättigung) sowie die verbreiteten Arbeitsunfälle und ein enormes soziales und ökologisches Ungleichgewicht verursacht. Deshalb hat sie beschlossen, solche Menschen zu unterstützen, die nach einer Überdosis manchmal Allergien entwickeln, die sich in verschiedenen Formen von Ablehnung und Abneigung gegenüber den Arbeitsverpflichtungen äußern. Einige dieser Formen – wie lustloses Arbeiten, Absentismus, ständiges Zuspätkommen, Verweigern des Lernens oder stundenlanges Im-Bett-Liegen – sollen auf ihr therapeutisches Potential hin untersucht werden, als ein Gegenmittel, mit dem der Arbeitssucht vorgebeugt und Süchtige rehabilitiert werden können.

Die Stiftung verpflichtet sich, für die medizinische Anerkennung von Allergiker-Attesten zum Schutz für Beschäftigte zu kämpfen, die wegen einer Allergiekrise fehlen oder zu spät zur Arbeit kommen müssen. Sie empfiehlt die Ausweitung von Unterstützungszahlungen auf alle Personen, bei denen eine medizinische Beobachtung ergibt, daß sie aufgrund ihrer Allergie keinen Arbeitsplatz oder irgendeine andere bezahlte Beschäftigung behalten können. Mitglieder der FAT werden für alle, die sich zu ihrer Arbeitsallergie oder Arbeitssucht bekennen, Selbsthilfegruppen koordinieren. Die Stiftung schlägt zudem eine Arbeitszeitverkürzung auf 15 Stunden pro Woche vor und vertritt eine kritische Position gegenüber allen industriellen

Aktivitäten, die in irgendeiner Weise eine Verwaltung der eigenen Zeit bedeuten (Tourismus, Freizeitprogramme, Sport).

Die argentinische Filiale hat beschlossen, sich selbst aufzulösen, nachdem sie am 2. Mai 1995 einen Unlust-Marsch (von hundert Metern) durchgeführt hatte, um den *Internationalen Tag der Muße* zu feiern. Eine Gruppe von Dissidenten der Ersten Arbeiterinternationale, die sich 1898 in Bordeaux zur Gründung einer Internationale der Muße getroffen hatte, hatte diesen Tag als Feiertag in allen zivilisierten Ländern vorgeschlagen.

Auf diese Weise wollte die FAT-Argentinien – taktisch selbstaufgelöst, aber strategisch intakt – den Zeitungsmedien ausweichen, die ihre Botschaft verfälschten, die in der Forderung nach dem Recht auf Muße enthaltene soziale Kritik weglassen, und sie zu einer Ware des Spektakels machen. Die Geschichte der Stiftung liegt in der Tradition des politischen Humors, der ästhetischen Avantgarden dieses Jahrhunderts (Dadaisten, Situationisten, Graffiti-Gruppen usw.) und sie bezieht sich wieder auf die alten sozialen Utopien, bei denen der Arbeitstag nicht mehr als drei oder vier Stunden im täglichen Leben der Menschen einnahm.*

Die FAT hat eine weltweite ökologische Kampagne unter dem Motto »*Rettet das Faultier*« gestartet, bei der es darum geht, das – nach der Definition der Allergiker – einzige *Kulturtier* vor der Ausrottung zu bewahren. Für Osvaldo Baigorria, einen der Sprecher der Stiftung, »hat ein Tier, das den ganzen Tag auf einem Baum verbringt, ohne irgendetwas zu tun, keine große Zukunft. Felix Guattari betont in seinem Buch *Die drei Ökologien*, daß es viele vom Aussterben bedrohte kulturelle Arten gibt, er nennt als Beispiele das Kino und die Solidarität. Für uns ist die Faulheit eine aussterbende kulturelle Art, und das Faultier ist ein Symbol.«

Schließlich ruft die Stiftung zur Vorbereitung auf den 2. Mai 1996, den Internationalen Tag der Muße, dazu auf, regionale Kommissionen für die Städte oder Länder zu bilden, die Feiern, Demonstrationen oder einschlägige Aktivitäten koordinieren sollen. Eine öffentliche Kundgebung, eine Fiesta, die Veröffentlichung eines Manifestes, alles – besonders alles, was keinen großen Kraftaufwand erfordert – kann ein Beitrag sein. Und sie hofft, wir hoffen, daß wir ausgehend von dieser Haltung des Feierns eines Tages den Geist und das Fleisch der Internationale der Muße wieder erleben können. Die Klandestinität wird erträglicher sein. Zuguter Letzt habe ich meine Internationale gefunden. ■

* »Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder, in denen die kapitalistische Zivilisation herrscht. Diese Sucht, die Einzel- und Massenelend zur Folge hat, quält die traurige Menschheit seit zwei Jahrhunderten. Diese Sucht ist die Liebe zur Arbeit, die rasende Arbeitssucht, getrieben bis zur Erschöpfung der Lebensenergie des Einzelnen und seiner Nachkommen. Statt gegen diese geistige Verirrung anzukämpfen, haben die Priester, die Ökonomen und die Moralisten die Arbeit heiliggesprochen. (...)« So leitete Paul Lafargue 1880 seine Schrift »Das Recht auf Faulheit. Widerlegung des »Rechts auf Arbeit« von 1848« ein. Am Ende schreibt er: »Wenn die Arbeiterklasse sich das Laster, welches sie beherrscht und ihre Natur herabwürdigt, gründlich aus dem Kopf schlagen und sich in ihrer furchtbaren Kraft erheben wird, nicht um die famosen *Menschenrechte* zu verlangen, die nur die Rechte der kapitalistischen Ausbeutung sind, nicht um das *Recht auf Arbeit* zu verlangen, das nur das Recht auf Elend ist, sondern um ein ehernes Gesetz zu schmieden, das jederman verbietet, mehr als drei Stunden pro Tag zu arbeiten, so wird die alte Erde, zitternd vor Wonne, in ihrem Inneren eine neue Welt sich regen fühlen...« (Anm.d.Ü.)

HAUPTSACHE ARBEIT

... die erfolgreichste Geschäftsidee,
seit es Unternehmer gibt

Leben wir nur,
um zu arbeiten?



Geht uns die Arbeit aus? Politiker, Gewerkschafter, Unternehmer wollen uns das seit Jahren weismachen. Das Gegenteil ist der Fall. Diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben, müssen heute im Durchschnitt mehr, härter, länger und für weniger Geld arbeiten als, sagen wir, vor zehn Jahren. Nicht nur hier, sondern überall auf der Welt. Die multinationalen Konzerne erobern sich heute die letzten Flecken der Erde, um den Planeten in ein gigantisches Arbeitshaus zu verwandeln.

Und die Arbeitslosen? Nur wenige können die freie Zeit genießen. Viele (wahrscheinlich die meisten) arbeiten nebenher, auch sie unter schlechteren Bedingungen als früher. Arbeits- und Sozialämter machen uns Streß, miese Jobs anzunehmen. Das fehlende Einkommen soll durch mehr Eigenarbeit im Haushalt ausgeglichen werden, was nach wie vor den Frauen aufgehalst wird.

Eine bestimmte Sorte Arbeitsplätze ist rar geworden. Nämlich die, wo mensch für eine halbwegs machbare Arbeit einen halbwegs ausreichenden Lohn kriegt und davon ausgehen kann, daß das morgen noch so sein wird. Unter der Parole »Arbeitsplätze!« haben wir uns auf ein bitteres Wettrennen mit den KollegInnen in den Schwesterbetrieben, bei der Konkurrenz oder »im Ausland« eingelassen.

Hauptsache Arbeit! In fast jedem Betrieb kann die gleiche Geschichte erzählt werden. Erst Drohung mit Schließung, Auslagerung, Entlassungen, denn »die anderen sind billiger«. Dann Verhandlungen. Dann »Zustände«: Weniger Geld, flexiblere Arbeit, weniger Pausen etc. Und vielleicht noch Geld vom Land oder der Stadt – natürlich nicht für die ArbeiterInnen, sondern für die Firma. Bei der Vulkan-Werft in Bremen lassen sich die ArbeiterInnen auf diese Weise 23 Prozent ihres Lohns klauen, bei KHD in Köln verzichten die ArbeiterInnen auf 110 Millionen Mark, als ob sie was zu verschenken hätten.

Hauptsache Arbeit! Die KollegInnen der Schwesterbetriebe, bei der Konkurrenz und »im Ausland« sind aber mitgerannt – auch dort mehr Arbeit, weniger Geld und Arbeitsplätze.

Hauptsache Arbeit! Damit wird inzwischen jede Sauerei gerechtfertigt. Von der kommenden Nullrunde im Öffentlichen Dienst (weil kein Geld da ist), über den Bau des Transrapid (weil kein Geld da ist?), über die Lockerung von Sicherheits- und Umweltschutzvorschriften bis hin zur Aufrechterhaltung der Rüstungsproduktion wie zu Zeiten des Kalten Krieges.

Hauptsache Arbeit! Dafür muß der »Standort Deutschland« billiger werden: Ein Rennen Kopf an Kopf mit den ArbeiterInnen in den USA oder in Südostasien? Ein Rennen zwischen einheimischen und eingewanderten ArbeiterInnen, die systematisch gegeneinander ausgespielt werden?

Wie bei jedem Sportereignis: dieses Rennen gewinnt nur der Veranstalter. Überall explodieren die Gewinne der Konzerne. Richtig unverschämt sind die Ansprüche geworden: die BASF verlangt von allen Kostenstellen eine Kapitalrendite von 15 Prozent, Mercedes-Benz bescheidet sich mit 12 Prozent.

Keine Lust mehr auf das ewige Wettrennen in der Tretmühle!

Niemand weint den Verhältnissen nach, wie sie vor zehn oder zwanzig Jahren herrschten. Wir waren es, die angefangen haben zu sagen: wir wollen kein Fließbandleben mehr. Ein Leben lang am selben Platz? 40 Jahre lang immer von 7 bis 17 Uhr? Wir wollen unser Leben selbst bestimmen... Die Unternehmer haben daraus Flexibilisierung in ihrem Sinn gemacht.

Die USA und Südostasien werden uns immer wieder als »erfolgreiche Modelle der Flexibilisierung« angeboten: Dort arbeiten ganz legal Leute für Löhne, die nicht zum Überleben reichen, und unter Bedingungen, die schlicht lebensgefährlich sind. (Das gibt es auch bei uns, ist hier aber meistens Schwarzarbeit, wie z.B. auf den

Baustellen, wo die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle drastisch angestiegen ist). Aber gerade aus den USA und aus Asien kommen ermutigende Zeichen. Die Arbeiter – und vor allem die Arbeiterinnen – haben dort wieder angefangen, zu kämpfen. Vor kurzem haben z.B. 3500 ArbeiterInnen in einer Bremsenfabrik in Dayton/USA die gesamte Produktion von General Motors in den USA lahmgelegt. Aus China, Südkorea oder Indonesien erreichen uns fast täglich Berichte über Streiks und Revolten gegen die Diktate der multinationalen Konzerne, die dort produzieren lassen. Auch in Europa ist es lebendiger geworden, vor allem die ArbeiterInnen in Frankreich suchen nach einem Weg, den Unternehmern und ihrer Regierung den Weg zu versperren.

Auch wir sollten jetzt sagen: **Wir rennen nicht mehr mit!** Wir wollen ein besseres Leben, dazu gehört hier und heute auch ein ausreichendes Einkommen. Aber das ist etwas ganz anderes, als jedem Arbeitsplatz hinterherzuhecheln. Sollen sie doch versuchen, ihre Autos in Malaysia zu bauen! In den Ländern, in die sie die Produktion auslagern, entwickeln sich die Kämpfe heute schneller, als es die Unternehmer erwartet haben. Und überall kämpfen heute Menschen dagegen, von ihrem Land vertrieben und in die Tretmühle der Lohnarbeit gezwungen zu werden – von Indonesien bis Mexiko.

Wir ArbeiterInnen werden weltweit angegriffen, da kennen die Unternehmer keine Standortpolitik. Weil sie Angst vor unserer Antwort haben, wollen sie uns weismachen, daß wir unsere Lebensbedingungen halten können, wenn wir uns an »unsere Nation« klammern. Ob »Standort Deutschland« oder »Ausländer raus« – nationale Lösungen helfen nur denen, die uns ausbeuten. Wird Zeit, daß wir ihre Grenzen nicht mehr anerkennen, denn unsere Bedürfnisse sind grenzenlos. Ein Leben, das nicht an die Arbeit gefesselt, durch den Wecker oder den Akkordsoll bestimmt ist.

Die ganze Richtung ändern!

...da wird uns keiner helfen von denen, die heute *Bindnisse für Arbeit* schließen. Auch ein Wechsel an der Regierung ändert nichts. Und zu Viele lamentieren noch: Man kann ja doch nix machen...

Doch: jeder kann anfangen – keine Lust mehr auf das unsinnige Wettrennen. Weniger arbeiten. Krankfeiern wann immer nötig. Nicht jeden Job annehmen. Den KollegInnen beistehen, die dasselbe tun. Über die Möglichkeiten reden, sich zu wehren und die ganze Richtung zu ändern.

Revolution heißt, die Verhältnisse vom Kopf auf die Füße stellen, nicht mehr vom Diktat des Profits und der Akkumulation ausgehen, sondern von uns ausgehen, unsere Bedürfnisse und Wünsche in den Mittelpunkt stellen. Heute sind wir viele, fast sechs Milliarden Menschen leben zusammen auf diesem Planeten, und die übergroße Mehrheit opfert jeden Tag ihr Lebensglück auf dem Altar des Profits. Zugleich sind aber auch die Abhängigkeiten und Verbindungen zwischen uns allen noch nie so dicht gewesen wie heute. Der Profit der multinationalen Konzerne stammt aus nichts anderem, als aus dieser globalen Zusammenarbeit. Wenn wir gemeinsam nicht mehr mitspielen, uns nicht aufeinander hetzen lassen, was könnten sie uns entgegensetzen?

In der heutigen Demonstration sehen viele eine Möglichkeit, unsere Wut auf die Politik der Herrschenden auszudrücken, es denen da oben mal lautstark zu zeigen. Aber solch eine Demonstration ist nur ein Symbol. Solange es dabei bleibt, ist es den Unternehmern, Politikern und Gewerkschaften nur recht, wenn auf diese harmlose Weise mal »Dampf abgelassen« wird. Ab Montag wird schließlich wieder gearbeitet, damit der Rubel rollt! Und wenn nächste Woche das Ergebnis der Schlichtung im öffentlichen Dienst herauskommt, werden die Gewerkschaften sagen: Am Samstag haben Hunderttausende demonstriert, leider war trotzdem nicht mehr drin! Also müssen wir diese bittere Kröte schlucken.

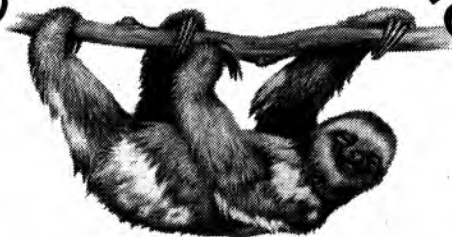
Die Unruhe und der Aufruhr müssen dort stattfinden, wo es Unternehmern und Regierenden weh tut, wo die Produktion ihres geheiligten Profits und ihr Reichtum bedroht werden. Wenn diese Demonstration nicht nur ein Ventil sein soll, dann muß ihnen bald der ganze Kessel um die Ohren fliegen!



Fischer Gölde, Ludwigshafen, 11.6.96: Produktion ab nach Ungarn? 90 Jobs weg?



Rettet das Faultier



**Weniger Arbeit,
mehr Leben !!!**

Unsere kollektive Faulheit untergräbt das Kapitalkommando!

Statt die Welt des kapitalistischen Kommandos radikal in Frage zu stellen, hat sich die alte Arbeiterbewegung die Liebe zur Arbeit auf die Fahnen geschrieben. Schon vor über hundert Jahren bemerkte dazu ein Kritiker dieser Arbeiterbewegung:

»Wenn die Arbeiterklasse sich das Laster [die rasende Arbeitssucht], welches sie beherrscht und ihre Natur herabwürdigt, gründlich aus dem Kopf schlagen und sich in ihrer furchtbaren Kraft erheben wird, nicht um die famosen Menschenrechte zu verlangen, die nur die Rechte der kapitalistischen Ausbeutung sind, nicht um das Recht auf Arbeit zu verlangen, das nur das Recht auf Elend ist, sondern um ein ehernes Gesetz zu schmieden, das jederman verbietet, mehr als drei Stunden pro Tag zu arbeiten, so wird die alte Erde, zitternd vor Wonne, in ihrem Inneren eine neue Welt sich regen fühlen...«. (Paul Lafargue, Das Recht auf Faulheit, 1880)

Hören wir auf, der Gesellschaft des Arbeitszwangs hinterherzulaufen! Sie hat uns außer Elend, Ausbeutung und Unterdrückung nichts mehr zu bieten. Der Sinn des Lebens ist nicht die lebenslange Arbeitsqual – versüßt durch die Rente als disziplinierende »Durchhalteprämie«.

Es helfen aber auch keine individuellen Auswege: sich irgendwie an den Arbeitshäusern vorbei durchs Leben schlagen, die Hoffnung als Selbständige dem Trott entrennen zu können, auf der sozialen Stufenleiter ein Stückchen weiter nach oben klettern, um selber andere zur Arbeit zu kommandieren... Dem täglichen Hamsterrad zu entfliehen, ist keine Lösung, es muß ein für allemal und für Alle zerstört werden!

Statt einzeln vor der Arbeit zu flüchten – gemeinsam gegen die Arbeit kämpfen!